



Landtag von Baden-Württemberg

99. Sitzung

15. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 21. Mai 2014 • Kunstgebäude

Beginn: 10:01 Uhr

Mittagspause: 12:51 bis 14:01 Uhr

Schluss: 17:05 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	5885	4. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung der Gesetze zur Ausführung des Zwölften und des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und zur Ausführung der Aufgaben nach § 6 b des Bundeskindergeldgesetzes – Drucksache 15/5166	5926
1. Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Staatsministeriums – Rechtspopulismus darf Errungenschaften Baden-Württembergs in der EU nicht gefährden – Europa braucht Demokratie mit Demokraten – Drucksache 15/5093.	5885	Beschluss	5926
Abg. Josef Frey GRÜNE	5885, 5892	5. Regierungsbefragung	
Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU	5887	5.1 Straßenbau	5917
Abg. Peter Hofelich SPD	5888	Abg. Felix Schreiner CDU	5917, 5919
Abg. Leopold Grimm FDP/DVP	5889	Staatssekretärin Dr. Gisela Splett	5917, 5918, 5919, 5920, 5921
Minister Peter Friedrich	5890	Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE	5917, 5919
Beschluss	5893	Abg. Claus Schmiedel SPD	5918
2. Aktuelle Debatte – Mehr Steuergerechtigkeit in Europa – internationale Steuergestaltungen bekämpfen – beantragt von der Fraktion der SPD	5893	Abg. Hidir Gürakar SPD	5920
Abg. Klaus Maier SPD	5893, 5900	Abg. Rudolf Köberle CDU	5921
Abg. Claus Paal CDU	5894	5.2 KMK-Vorausberechnung der Studierendenzahlen	5921
Abg. Muhterem Aras GRÜNE	5896, 5900	Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE	5922, 5925
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP	5897, 5901	Ministerin Theresia Bauer	5922, 5923, 5925, 5926
Minister Dr. Nils Schmid	5898	Abg. Sabine Kurtz CDU	5923
3. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung eines Dritten Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2014 – Drucksache 15/5187	5902	Abg. Georg Wacker CDU	5926
Minister Dr. Nils Schmid	5902	6. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Europa und Internationales zu der Mitteilung der Landesregierung vom 23. März 2014 – Bericht über aktuelle europapolitische Themen – Drucksachen 15/4990, 15/5011	5926
Abg. Peter Hauk CDU	5903, 5914	Abg. Gerhard Stratthaus CDU	5927
Abg. Andreas Schwarz GRÜNE	5906, 5915	Abg. Josef Frey GRÜNE	5928
Abg. Hans-Martin Haller SPD	5908, 5916	Abg. Rita Haller-Haid SPD	5930
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP	5910, 5916	Abg. Leopold Grimm FDP/DVP	5931
Minister Winfried Hermann	5912	Minister Peter Friedrich	5933
Beschluss	5916	Beschluss	5935

<p>7. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Innenministeriums – EU-Fördermittel für Städte, Gemeinden und Landkreise in Baden-Württemberg – Drucksache 15/4663 5936</p> <p>Abg. Walter Heiler SPD 5936</p> <p>Abg. Karl Klein CDU 5938</p> <p>Abg. Beate Böhlen GRÜNE 5938</p> <p>Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP 5939</p> <p>Minister Alexander Bonde 5939</p> <p>Beschluss 5941</p> <p>8. Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft – Duale Ausbildung stärken – Meisterbrief darf nicht weiter entwertet werden! – Drucksache 15/4687 (Geänderte Fassung) 5941</p> <p>Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU 5941</p> <p>Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE 5942</p> <p>Abg. Hans-Peter Storz SPD 5943</p> <p>Abg. Leopold Grimm FDP/DVP 5944</p> <p>Staatssekretär Ingo Rust 5945</p> <p>Beschluss 5946</p> <p>9. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Europa und Internationales zu der Mitteilung des Staatsministeriums vom 1. April 2014 –</p>	<p>Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Bestandsaufnahme der Strategie Europa 2020 für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum – Drucksachen 15/5038, 15/5176</p> <p>10. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Europa und Internationales zu der Mitteilung des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz vom 8. April 2014 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen – Drucksachen 15/5054, 15/5174</p> <p>11. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Europa und Internationales zu der Mitteilung des Innenministeriums vom 25. April 2014 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Ein offenes und sicheres Europa – Praktische Umsetzung – Drucksachen 15/5118, 15/5175 5946</p> <p>Gemeinsamer Beschluss zu den Tagesordnungspunkten 9 bis 11 5946</p> <p>Nächste Sitzung 5946</p>
--	---

Protokoll

über die 99. Sitzung vom 21. Mai 2014

Beginn: 10:01 Uhr

Präsident Guido Wolf: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 99. Sitzung des 15. Landtags von Baden-Württemberg.

Urlaub für heute habe ich Herrn Abg. Gerhard Kleinböck und Herrn Abg. Günther-Martin Pauli erteilt.

Krankgemeldet sind Herr Vizepräsident Wolfgang Drexler, Frau Kollegin Anneke Graner und Herr Kollege Karl-Wolfgang Jägel.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt haben sich Frau Staatsrätin Erler und – ab 16:00 Uhr – Herr Minister Friedrich.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verweise ich auf eine Zusammenstellung der *E i n g ä n g e*, die vervielfältigt auf Ihren Tischen liegt. – Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu.

*

Im Eingang befinden sich:

1. Schreiben des Justizministeriums vom 6. Mai 2014, Az.: 1223/0151 – Ausschuss zur Wahl der ehrenamtlichen Verwaltungsrichter; Wahl der Vertrauensleute und deren Vertreter durch den Landtag

Überweisung an den Ständigen Ausschuss zur abschließenden Durchführung der Wahl der Vertrauensleute und deren Vertreter

2. Mitteilung der Landesregierung vom 13. Mai 2014 – Integriertes Energie- und Klimaschutzkonzept Baden-Württemberg (IEKK) – Drucksache 15/5186

Überweisung an den Ausschuss für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Verkehr und Infrastruktur und federführend an den Ausschuss für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft

3. Mitteilung der Landesregierung vom 13. Mai 2014 – Jährliche Unterrichtung des Landtags gemäß § 23 a Absatz 10 Polizeigesetz (PolG) über den erfolgten Einsatz technischer Mittel mit Bezug zur Telekommunikation – Drucksache 15/4907

Überweisung an den Innenausschuss

*

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Staatsministeriums – Rechtspopulismus darf Errungenschaften Baden-Württembergs in der EU nicht gefährden – Europa braucht Demokratie mit Demokraten – Drucksache 15/5093

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort zur Begründung erteile ich Herrn Kollegen Frey.

Abg. Josef Frey GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir nehmen in dieser Woche vor der Europawahl gern die Gelegenheit wahr, deutlich zu machen, wie wichtig uns das europäische Haus und dessen Weiterentwicklung ist.

Allein die Tatsache, dass Baden-Württemberg Einfuhren aus der EU im Umfang von 80 Milliarden € und Ausfuhren in die EU im Umfang von 90 Milliarden € aufweist, zeigt, wie eng verflochten unser Land mit der Europäischen Union ist.

Dies gilt aber nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht. Wenn wir auf die 69 Jahre seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs, die in diesem Monat vergangen sind, zurückblicken, dann blicken wir auf eine Zeit des Friedens zurück. Blickt man ausgehend von dem Jahr 1945 weitere 69 Jahre zurück, dann blickt man zurück auf eine Zeit, in der Deutschland mindestens drei Kriege gegen Frankreich geführt hat, gegen den damaligen Erzfeind, der mittlerweile zum Freund geworden ist.

Was hat unser Land damals falsch gemacht? Die Deutschen haben damals mit kleingeistigem Nationalismus und Größenwahn gedacht, sie könnten die Welt verändern. Nach dem Zweiten Weltkrieg haben wir es geschafft, mit der Europäischen Union Versöhnung und Wiederaufbau in den Vordergrund zu stellen. Menschen wie Charles de Gaulle und Konrad Adenauer haben den Sprung geschafft, sich aufeinander zuzubewegen und die Synapse zwischen Frankreich und Deutschland zu bilden, auf der Europa bis heute aufbaut.

Wollen wir heute diese Errungenschaften den Rechtspopulisten der AfD überlassen? Ich meine: nein.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Haben diese Rechtspopulisten je ein Konzept vorgelegt, das eine Alternative für Europa – nicht für Deutschland – darstellt? Ich kenne kein solches Konzept. Sie haben auch nicht gesagt, was 2008 geschehen wäre, hätten wir während der damaligen Währungskrise noch Nationalstaaten mit eigenen Währungen gehabt. Ich hätte auch im Hinblick auf die Ukraine Schlimmstes befürchtet, wenn die dortige Situation eingetreten wäre, ohne dass es die Europäische Union gäbe. Die Europäische Union ist dort nämlich die Lösung des Problems, aber nicht das Problem selbst. Das zu beachten ist wichtig.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

(Josef Frey)

Demgegenüber gibt es seitens der AfD Aussagen wie die, dass die Europäische Union eine „Entartung der Demokratie“ sei. Oder es wird von einem „sozialen Bodensatz“ gesprochen, der lebenslang in unserem System verharre. Damit sind die Migranten gemeint. Das ist nicht nur kleingeistiger Nationalismus, meine Damen und Herren, sondern es ist auch noch mit falschen Aussagen begründet und aus braunen Wörterbüchern abgeschrieben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Natürlich müssen wir die EU – ich habe es eingangs gesagt – weiterentwickeln und verbessern. Vor allem hinsichtlich der Demokratie besteht ein Misstrauen in der Bevölkerung. Es wird beklagt, die Bevölkerung und die Gewaltenteilung würden nicht gebührend berücksichtigt. Das wird neuerdings auch an der Verhandlungsstrategie der EU im Zusammenhang mit TTIP deutlich. Die Menschen wollen mehr in die Entscheidungen einbezogen werden und nicht weniger, und sie wollen mehr an dem Haus Europa mitbauen und nicht weniger.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Natürlich können wir Europa und die Europäische Union der Bevölkerung in unserem Land nicht schmackhaft machen, wenn jeweils die Gebietskörperschaft Erfolge, die eigentlich auf die EU zurückzuführen sind, auf die eigene Kappe nimmt, aber dann, wenn es nicht funktioniert, wenn es einmal nicht gut läuft, der EU die Schuld zuweist. So macht man keine Werbung für die Europäische Union, und so tut man der Europäischen Union auch massiv unrecht.

Gerade wir in Baden-Württemberg müssen daran denken, dass wir ohne die EU keine Tramverbindung zwischen Weil am Rhein und Basel und keine Tramverbindung zwischen Kehl und Straßburg hätten und dass wir kein EU-Forschungsförderungsprogramm hätten, im Rahmen dessen in der letzten Förderperiode allein 1,4 Milliarden € an baden-württembergische Universitäten geflossen sind. Das sind Maßnahmen, die Europa konkret spürbar machen. Das müssen auch wir, die Politiker, in diesem Land transportieren, um zukünftig eine positive Stimmung für Europa zu schaffen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Unsere Verantwortung liegt auch darin, eine Politik zu praktizieren, die auf Fakten beruht. Wenn aber die CSU nun eine Sozialneiddebatte gegenüber Bulgaren und Rumänen ausruft,

(Abg. Matthias Präfrock CDU: Quatsch!)

die auch noch falsch ist, dann ist das weder christlich noch sozial, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Abg. Karl Zimmermann CDU: Falsch!)

Denn unter den bulgarischen und rumänischen Miteuropäerinnen und Miteuropäern sind im Verhältnis mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigte als unter der deutschen Bevölkerung.

(Abg. Matthias Präfrock CDU: Schauen Sie doch einmal nach Mannheim!)

Deswegen ist diese Aussage eine Lüge gewesen. Diese Lüge hat sehr viel Schaden angerichtet, auch für die Integration die-

ser Menschen, die wir auf unserem Arbeitsmarkt dringend benötigen.

Solche Stammtischdebatten bilden den Boden für das Erstarren von AfD, Front National, SVP und wie sie alle heißen. Hier tragen wir in der Form und in den Inhalten unserer Aussagen Verantwortung dafür, dass Europa wie bisher ein Erfolgsmodell bleibt.

Das wusste bereits Konrad Adenauer. Er hat 1948 gesagt:

Die Rettung Deutschlands und die Rettung Europas sind identisch.

Wenn die CDU nun heute Grußworte bei der AfD-Demonstration in Stuttgart überbringt, dann öffnen Sie, Herr Hauk, die Türen und bereiten den Boden für diesen Rechtspopulismus, den ich hier skizziere.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Zuruf von den Grünen: Genau! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Verunglimpfung! – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD: Das war wirklich unmöglich! Arm in Arm mit der AfD!)

Die Landesregierung zeigt in der Stellungnahme zu unserem Antrag, wie man mit dieser Situation umzugehen hat. Schweizer Politiker geben sich derzeit im baden-württembergischen Staatsministerium die Türklinke in die Hand. Das zeigt, wie wichtig es uns ist, die Brücken zur Schweiz nicht abzubauen, sondern weiter aufzubauen. Für uns ist klar: Die Freizügigkeit gilt als Grundrecht der EU als unantastbar. Deswegen werden wir unsere Landesregierung massiv unterstützen, damit in der Schweiz, aber auch in anderen Kreisen klar ist, dass die Freizügigkeit nicht zur Debatte gestellt wird.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Unsere Landesregierung steht mit unserer Fraktion hinter den europäischen Werten, die im Lissaboner Vertrag festgehalten sind. Ich möchte nur noch einmal auch der CDU sagen: Dazu gehören die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Was bilden Sie sich eigentlich ein?)

Minderheitenschutz und Wahrung der Menschenrechte.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Das gilt natürlich auch für Menschen aus Bulgarien und Rumänien und von wo auch immer, die hier bei uns Arbeit suchen. Alle 28 Nationen der EU

(Zuruf des Abg. Matthias Präfrock CDU)

haben sich mit der Unterzeichnung der Europäischen Verträge verpflichtet, diese Werte einzuhalten. Wir müssen da vorgehen. Mit 69 Jahren Frieden ist die EU ein Erfolgsmodell. Wir unterstützen unsere Landesregierung, hier voranzuschreiten.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Guido Wolf: Für die CDU-Fraktion spricht Kollege Professor Dr. Reinhart.

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wenn von Donnerstag bis Sonntag 400 Millionen Menschen zur Wahl aufgerufen sind, dann ist es, denke ich, unser aller Anliegen, an einem Tag wie heute positiv für Europa zu werben. Ich will hinzufügen: Wir, die Union, sind seit Beginn dieser Europäischen Union die Europapartei. Die Christdemokraten Adenauer, Schumann, De Gasperi haben das begonnen und aufgebaut. Übrigens: Roman Herzog hat als Vorsitzender des Europäischen Konvents die Charta der Grundrechte der Europäischen Union betreut und mit erarbeitet. Deshalb verwahren wir uns hier dagegen, wenn Sie CDU oder CSU in einem Atemzug mit der AfD gleichstellen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Fragen Sie sich doch lieber einmal, warum! – Weitere Zurufe – Glocke des Präsidenten)

Auch bei der Frage der Zuwanderung wird es zu Recht darum gehen, dass keine missbräuchliche Zuwanderung in Sozialsysteme, sondern eine bedarfsgerechte, legale Zuwanderung stattfindet. Dazu stehen wir genauso, wie wir zur Freizügigkeit stehen. Das ist eine klare Position, die wir immer betont haben.

(Beifall bei der CDU)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir alle wollen natürlich nicht, dass am kommenden Wochenende die Extremisten, sei es von rechts oder links, zunehmende Stimmenanteile verzeichnen oder sozusagen die stärkste Stimmenführerschaft bekommen. Ich will Ihnen auch bewusst sagen: Ich habe mich gefreut, dass der Spitzenkandidat der EVP öffentlich erklärt hat, dass er sich nicht von Rechts- oder Linksextremen als Kommissionspräsident wählen lassen wird, sondern von Demokraten gewählt werden will. Deshalb kämpfen wir um die Mehrheit der Demokraten und der EVP wie in der Vergangenheit.

(Beifall bei der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Dieses Europa ist ohne Demokraten auch nicht denkbar. Insofern beinhaltet diese heutige Aktuelle Debatte eine rhetorische Frage, die wir debattieren.

Meine Damen und Herren, ich glaube, wir müssen jetzt in den Fragen „Wie nehmen wir es mit Extremisten auf? Oder schweigen wir einfach über sie?“ die Diskussion mit Extremisten ernst nehmen. Sie totzuschweigen wäre ein Fehler. Deshalb geht es sicherlich darum, dass wir die Stärken Europas gerade jetzt in dieser Zeit betonen. Wenn wir täglich nach Syrien oder in die Ukraine schauen, wissen wir angesichts der dortigen Konflikte, worum es geht. Dieses große Geschenk der längsten Friedenszeit der modernen Geschichte bei uns in Europa verdanken wir den Gründungsvätern und der Friedensgemeinschaft der Europäischen Union. Wir werden für Europa werben und dafür einstehen. Deshalb begrüßen wir auch positive Ausführungen dazu.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, natürlich wird zu Recht darauf hingewiesen, dass unser Heimatland Baden-Württemberg das Exportland Nummer 1 ist. Von den Exporten im Volumen von 160 Milliarden € gehen rund 60 % in die Staaten der Europäischen Union. Das heißt, jeder dritte Arbeitsplatz ist im Grunde genommen abhängig von diesem Binnenmarkt der Europäischen Union. Deshalb ist es gerade für Wohlstand und Arbeit in unserem Land wichtig, für die Vorteile des Binnenmarkts zu werben und auch dessen positive Funktionen in den Mittelpunkt zu stellen.

Natürlich gehört auch die Währungsunion zu diesem Thema. Ich will Ihnen schon sagen: Wenn ich höre, dass der Spitzenkandidat der Sozialisten, Herr Schulz, wie auch viele Länder Europas mit den Sozialisten an der Position festhält: „Wir wollen eine Haftungsgemeinschaft, eine Schuldunion, wir wollen Eurobonds“, dann sage ich auch heute klipp und klar: Wir unterstützen die Politik von Angela Merkel, die sagt: „Solidarität nur gegen Solidität“, die sagt: „Eigenverantwortung“ und die vor allem sagt: „Keine Eurobonds mit uns.“

(Beifall bei der CDU – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Jawohl!)

Natürlich gibt es auch immer wieder Diskussionen über Vorteile, Nachteile, Kritik zu Europa. Wir wollen, dass man sich in Brüssel auf die Kernaufgaben konzentriert. Ich habe hier oft gesagt – ich habe das übrigens schon vor zehn Jahren im Bundesrat gesagt –: Nicht jede Aufgabe in Europa ist eine Sache für Europa. Das ist mittlerweile oft wiederholt und zitiert worden. Wir brauchen die richtige Balance zwischen Einheit und Vielfalt. Natürlich gehört dazu nicht eine Privatisierung der Wasserversorgung oder eine Entwertung des Meisterbriefs, sondern man muss sich auf die großen Themen konzentrieren. Ich glaube, dann sind die Erfolge auch sichtbar.

Die Bedeutung der gemeinsamen Währung zeigt sich mittlerweile bei Irland, bei Portugal, bei Spanien. Insofern ist es wichtig, nachdem die Akzeptanz Europas gelitten hat, nachdem am vergangenen Wochenende die Forschungsgruppe Wahlen veröffentlicht hat, dass immer noch 60 % der Befragten auf die Frage zur am kommenden Sonntag anstehenden Wahl antworten: „Uns ist Europa gleichgültig, auch diese Wahl“, dass wir alle gemeinsam als Demokraten für die Bedeutung dieser Wahl werben.

Das Land Baden-Württemberg hat viele Partnerschaften in Europa aufgebaut. Ich will hier beginnen mit den Gemischten Kommissionen mit Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Kroatien oder Serbien. Ich will die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit dem Elsass, mit der Schweiz, die „Vier Motoren“ hier erwähnen. Ich will auch die Donaumaumstrategie, die unsere Idee war und die wir aufgebaut haben, hier erwähnen. Denn auch das ist Partnerschaft. Ich erwähne die 900 europäischen Städtepartnerschaften. Das ist Begegnung von Menschen.

Deshalb ist Europa für uns eine Herzensangelegenheit. Dafür werben wir heute und auch am Wochenende.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Präsident Guido Wolf: Für die SPD-Fraktion spricht der Kollege Hofelich.

Abg. Peter Hofelich SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf an die beiden Vorredner anschließen und den Standpunkt vertreten, der bei diesem Thema heute auch vertreten werden muss. Ich glaube, dass die heutige Debatte für diesen Landtag von Baden-Württemberg einen großen Schritt nach vorn bringen kann, indem wir nämlich gerade kurz vor der Europawahl eine Schneise schlagen für eine positive europäische Grundüberzeugung in Baden-Württemberg, an der wir alle arbeiten, zu der die Elemente Freiheit, Solidarität und Demokratie gehören. Es wäre ein Gewinn, wenn diese Grundüberzeugung über diesen Plenarsaal hinausstrahlt.

Ich denke, dass es richtig ist – das ist gerade angesprochen worden –, dass der neue Präsident der Kommission von demokratisch gesinnten Abgeordneten gewählt wird. Das sollten wir uns auch gegenseitig hier versprechen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Volker Schebesta CDU: Prima! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Da wir hier im baden-württembergischen Landtag über Nationalismus in Europa reden, erinnere ich an einen Satz, der ein Vermächtnis ist, besonders für diejenigen, die in unserer politischen Tradition stehen: „Die Nationalisten grenzen sich gegen andere Nationen ab; sie sind negativ. Die Patrioten setzen sich für ihr Land ein.“ Das hat uns Willy Brandt ins Stammbuch geschrieben. Deswegen ist es wichtig, dass wir aus Deutschland heraus auch europäische Patrioten sind. Darauf kommt es in dieser Situation besonders an, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen sowie der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Die SPD hat schon zwischen den Kriegen mit dem Heidelberger Programm die Grundlagen gelegt. Dennoch ist es schwierig, das immer wieder neu zu begründen. Das wissen wir als Politikerinnen und Politiker. Nicht jeder Tag kann ein Sonntag sein. Wer redet, muss über die Realität sprechen. Gerade dieser Patriotismus für Europa ist für manche eine Pflicht und nicht unbedingt eine Berufung. Deswegen haben wir da, denke ich, immer wieder an uns selbst zu arbeiten.

Rechtspopulismus ist eine Realität in Europa. Es gibt einen fließenden Übergang zum Rechtsextremismus. Das darf uns nicht in Ruhe lassen. Der Kern dieses Rechtspopulismus ist das Ressentiment; das Ressentiment gegen irgendetwas ist das Verbindende. Dahinter steckt die Unsicherheit über die eigene Identität. Viele fragen sich in dieser größer gewordenen, zusammengewachsenen Welt: „Wer bin ich?“ Das muss man auch in Deutschland ernst nehmen. Wir sehen vor allem in anderen Ländern, dass dieses Ressentiment und die Suche nach der eigenen Identität Probleme sind.

Wenn die Politik zulässt, dass es heißt, „die da oben“, „die anderen“ oder „die Verhältnisse“ seien schuld, entsteht eine Situation, in der nach Blitzableitern gesucht wird. Dieser Blitzableiter ist derzeit Europa. Ich sage in diesem Landtag: Wir dürfen nicht zulassen, dass Europa der Blitzableiter ist in einer Situation, die wir bezogen auf das Verhältnis von Bürgern und Politik wieder verändern müssen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Es ist unsere Aufgabe, dass wir das rechtzeitig aufspüren. Dies ist nicht überall gelungen. Dies wird man an dieser Stelle konzedieren müssen, wenn man die Bewegungen in manchen europäischen Ländern betrachtet wie in Ungarn – mit der dortigen Situation können wir in keiner Weise zufrieden sein – oder auch in Italien, von wo wir von der Lega Nord nur Dinge hören, die uns unruhig werden lassen.

Deswegen müssen wir auch zur Kenntnis nehmen, dass wir diese Bewegungen nicht allein auf der politischen, auf der rationalen Ebene einfangen werden. Es haben sich – gestatten Sie mir diese etwas unpolitische Bemerkung – bei vielen Menschen, die Teil dieser Bewegungen sind – das sieht man, wenn man fernsieht –, sozusagen archaische Lebensformen – der Umgang mit der Waffe, der kraftstrotzende Auftritt – wieder eingeschwungen. Es ist beunruhigend, dass der zivile Umgang miteinander in Europa nicht gesichert ist. Das ist enorm schwierig. In der Ukraine sieht man bis vor den Wahllokalen Menschen mit Waffen. Das ist zutiefst beunruhigend.

Ich will dazu einfach sagen: Meine Partei – ich will es aber nicht gegen andere wenden – hat nicht zu denen gehört, die es nicht erwarten konnten, im Fernsehen von drei Programmen auf 30 Programme, auf 300 Programme zu kommen. Es ist eine Schwierigkeit, dass kulturelle Prägungen bestehen, die nahelegen, dass rechtsextremes, rechtspopulistisches Verhalten Platz greift. Das ist eine Schwierigkeit.

Es geht jetzt darum, dass wir hinstehen, dass wir sicherlich auch abwehren und sagen: „Die Errungenschaften Baden-Württembergs dürfen nicht gefährdet werden.“ In Wirklichkeit geht es darum, dass wir mit unserer demokratischen Kultur in Europa all denen, die anders auftreten wollen, die Stirn bieten. Wir brauchen in der politischen Auseinandersetzung einen offensiven Geist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Ich will dazu ein paar Sätze sagen: Gerade Baden-Württemberg, ein international ausgerichtetes Land, ist darauf angelegt, dass mit Minderheiten tolerant umgegangen wird, dass Religionsfreiheit betont wird, dass Freizügigkeit gewollt wird. Das ist sozusagen das Lebenselixier, und nur daraus können wir unsere Stärke beziehen. Wir haben überhaupt keine Wahl, uns in eine andere Richtung zu bewegen.

Ich will ein paar Punkte nennen, die ich für ein solches offensives Verständnis für wichtig halte.

Das eine ist – davon habe ich schon gesprochen –, dass wir Patriotismus für Europa brauchen. Dessen Kern bilden die Verfassungen, die ab 1789 geschaffen worden sind. Deswegen ist es das Wichtigste, dass wir einen Verfassungspatriotismus leben, der auch tatsächlich von unserem Land, von Baden-Württemberg aus, von Deutschland aus ausstrahlt. Es ist wichtig, bei Kontakten auch darauf hinzuweisen, was Grundrechte bedeuten. Wir sollten sie nicht bloß larmoyant sozusagen im Gepäck mitschleppen. Aspekte, die hier für uns eine Rolle spielen, wie etwa die kommunale Selbstverwaltung, können an anderer Stelle auch sinngebend und wohltuend sein. Deswegen bin ich dafür, dass wir mit unserem Verfas-

(Peter Hofelich)

sungspatriotismus offensiver umgehen. Meine Damen und Herren, ich halte das für die künftige Praxis in unseren Auslandsbeziehungen für wichtig.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Der zweite Punkt ist das Regionalbewusstsein. Viele der rechts-populistischen Bewegungen speisen sich aus einem missbrauchten Regionalbewusstsein. Die Situation in Baden-Württemberg ist anders. Wir wissen, dass Globalisierung keine Abwehr verträgt, sondern eine Aufnahme, einen Ausgleich braucht. Dies erkennt man, wenn man daran denkt, dass wir mit regionalen Lebensmitteln künftig besser umgehen müssen. Deswegen gilt immer: Regionalität und Globalität sind zwei Seiten einer Medaille. Ein solches Regionalbewusstsein kann man in Europa tatsächlich brauchen und nicht eines, das auf Abschottung angelegt ist. Der baden-württembergische Weg gemäß dem Prinzip „Stark hier im Land und solidarisch in Europa und in der Welt“, den wir mit unserem Regionalbewusstsein gehen, ist der richtige Weg.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Der dritte Beitrag ist eine Beispielkultur. Wir können die Köpfe nicht allein im Abstrakten gewinnen. Man muss denen, die verführt und die verleitet sind, auch sagen können, was daran gut ist, wenn man aus dem demokratischen Fundus heraus etwas tut. Ich nenne einfach einmal die duale Ausbildung, von der wir hier in diesem Haus – Gott sei Dank – zunehmend reden. Das ist ein Beispiel, das man nach außen transportieren kann. In der dualen Ausbildung gibt es auch ein persönliches Verhältnis zwischen dem Ausbilder und dem Auszubildenden, in dem der Ausbilder, wenn er eine Autorität ist, z. B. auch sagen kann: „Junge, du bist beim falschen Klub, wenn du bei Jobbik in Ungarn mitmachst.“ Das ist etwas, was dann vielleicht auch geschieht.

Deswegen gilt es bei einer Beispielkultur z. B. auch darüber zu reden, wie sich die Wohlfahrtsverbände für eine zivile und demokratische Gesellschaft positiv auswirken. Das ist auch etwas, was es an anderer Stelle so nicht immer gibt.

Die baden-württembergischen guten Beispiele – nicht im Sinne eines imperialen Getues – vertragen eine Vielfalt.

Das Vierte ist: Wir haben ein Interesse an einer europäischen Wirtschaftspolitik. Ich möchte mich schon noch einmal mit dem Thema Haftungsgemeinschaft auseinandersetzen, das Sie, Kollege Reinhart, angesprochen haben. Wir haben dieses Thema hier in letzter Zeit etwas liegen lassen. Ich will deutlich machen: Allein zu sagen, Frau Merkel liege richtig mit ihrer Ansicht, dass wir sozusagen nicht gegenseitig immer für die anderen bezahlen wollen, ist europäisch zu kurz gesprungen.

(Zuruf des Abg. Matthias Präfrock CDU)

Europa ist aufgrund seiner Position in der Welt nicht mehr in der Lage, eine Steuerung mit 20 Wirtschaftspolitiken zu haben. Es ist notwendig, eine europäische Wirtschaftspolitik zu entwickeln. Sie wird auch darauf angelegt sein müssen, dass es Ausgleich gibt.

(Zuruf des Abg. Matthias Präfrock CDU)

Ich finde es schwach, Herr Kollege, wie die Eurobonds heruntergeredet worden sind.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen
– Abg. Peter Hauk CDU: Die sind auch Schwachsinn!
Da gibt es nichts herunterzureden! – Gegenruf der
Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE)

– Herr Hauk, hören Sie mir zu. – Was ist zu tun, wenn ein Land, das noch nie richtig Industrie hatte, eine Industrie bekommen soll? Da können wir doch nicht sagen: „Die Marktkräfte regeln das schon.“ Da ist es doch notwendig, eine Projektfinanzierung zu machen. Bestimmte Industrien können durch Eurobonds tatsächlich auch einmal hochkommen. Das sind Finanzierungen, bei denen investiert und nicht Geld ausgegeben wird. Das sollten Sie an dieser Stelle vielleicht einmal bedenken, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Zurufe der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch und Dr.
Wolfgang Reinhart CDU)

Sie werden merken, wie dieses Thema wieder aufkommen wird. Dann werden Sie sagen: „Hoppla, wir haben es gar nicht so gemeint.“

Zum Schluss will ich Ihnen noch sagen: Dieses Land und dieser Kontinent brauchen vor allem etwas, was bisher auch etwas untergegangen ist. Ich kann mich erinnern: Als ich Weißen Sonntag hatte, bin ich mit dem Buch „Zivilcourage“ von John F. Kennedy beglückt worden.

(Minister Winfried Hermann: Ich auch! Das war ein Geschenk der Zeit!)

Darin stehen ziemlich viele gute Geschichten aus Amerika darüber, wie man sich gegen etwas wehrt, wie man für etwas hinsteht und wie man sich für etwas einsetzt.

Deswegen sage ich: Es ist ganz wichtig, dass wir in der Situation, in der wir uns befinden, keine Gleichgültigkeit, sondern Zivilcourage haben. Vor allem darauf kommt es an.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf von der SPD: Bravo!)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion der FDP/DVP spricht Herr Abg. Grimm.

Abg. Leopold Grimm FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Kommen wir ein wenig zum Antrag zurück, über den wir heute sprechen. Wir haben uns schon am 30. April 2014 bei der Einsetzung der Enquetekommission „Konsequenzen aus der Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU)/Entwicklung des Rechtsextremismus in Baden-Württemberg – Handlungsempfehlungen für den Landtag und die Zivilgesellschaft“ darüber unterhalten: Die Grünen blicken nur nach rechts und blenden den Linksextremismus nach wie vor völlig aus. Das hat System, und das ist auch europaweit so.

Ich erinnere an die Demonstration zum Bildungsplan in Stuttgart. Deren Anliegen mag man nicht teilen, aber Tatsache ist,

(Leopold Grimm)

dass das ganze Geschehen wegen linker militanter Gruppen ausgeartet ist.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Glauben Sie, das hat europäische Bedeutung?)

Das weiß jeder hier. Tatsache ist auch, dass wir viele Demonstrationen gegen Stuttgart 21 erlebt haben.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Unter diesen Demonstranten gibt es eine ganze Menge integrierter Leute, deren Meinung wir respektieren, auch wenn wir sie nicht teilen. Man muss aber schon ziemlich blind sein, um nicht zu sehen, dass auch dieses Geschehen von einer ganzen Reihe linker militanter Gruppen, gewaltbereiter Aktivisten genutzt wurde, die, wie wir wissen, sogar munter durch die Republik ziehen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Zu Europa hat der Mann keine Meinung!)

Natürlich hat diese Debatte einen europapolitischen Hintergrund. Trotzdem: Dieses Spiel der Grünen spielen wir nicht mit.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Es ist offensichtlich auch ein politisches Spiel, das gespielt wird. Es bleibt das auf der Strecke, was wir wirklich wollen, nämlich eine ernsthafte und umfassende Bekämpfung von Extremismus und Populismus in jeder Form.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Konkret zum Antrag: Wir müssen uns klar darüber sein, dass die Grünen bundesweit keine Volkspartei sind und auf absehbare Zeit auch nicht werden.

(Widerspruch bei den Grünen – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

– Wir wissen, dass Sie das nicht sind, auch wenn Sie hier im Land vermeintlich diesen Anspruch erheben.

Dass den Grünen wie übrigens auch uns das Votum gegen Masseneinwanderung bei der Volksabstimmung in der Schweiz nicht passt, ist uns auch klar.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Sind Sie für die Volksabstimmung in der Schweiz?)

Wenn wir aber die direkte Demokratie ausbauen wollen, müssen wir mit solchen Ergebnissen leben – egal, von welcher politischen Richtung die Initiative gestartet wurde und ob das Ergebnis passt oder nicht.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Die politische Meinung in der Bevölkerung ist leider immer noch nicht so, wie es sich manche kleine und pluralistisch orientierte Parteien vorstellen. „Europa braucht Demokratie mit Demokraten“ – was wollen Sie mit diesem Titel aussagen? Sind aus Ihrer Sicht die Republikaner Demokraten? Was tun die Grünen, um undemokratische Gruppen und Parteien in der

Bundesrepublik zu bekämpfen? Akzeptieren sie Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts?

(Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

Es tut mir leid, aber mit solchen banalen Parolen werden Sie diesen uns alle berührenden Themen nicht gerecht.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Konsequenzen der Landesregierung laut Stellungnahme zu dem vorliegenden Antrag: null. Die Zusammenarbeit mit den Nachbarländern wird nicht infrage gestellt. Ungarn wird sogar als aktiver Partner gelobt – als ob wir darüber im Parlament nicht bereits sehr kritisch gesprochen hätten.

Natürlich ist auch jedes Projekt wie etwa das Lehrlingsaustauschprogramm xchange ein Beitrag zur Völkerverständigung und ohne Zweifel auch wichtig. Aber seien wir doch einmal ehrlich: Die große Linie bei der Bekämpfung extremistischer Parteien fällt der Landesregierung schwer, wie man an der Bezugnahme auf viele wichtige, aber kleine Projekte sehen kann: statt eines großen Wurfs viel Klein-Klein.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Präsident Guido Wolf: Für die Landesregierung spricht Herr Minister Friedrich.

Minister für Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten Peter Friedrich: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst danke ich für den großen Konsens, den es hier in Baden-Württemberg, den es hier im Landtag, bei den Parteien in Baden-Württemberg gibt, dass wir gemeinsam für eine stärkere europäische Integration und für ein Gelingen Europas kämpfen. Auch wenn wir in einzelnen Fragen unterschiedliche Vorstellungen zur Europapolitik haben, stellt keine der hier vertretenen Fraktionen und keine der Parteien im Wahlkampf die europäische Idee infrage. Darüber herrscht guter Konsens unter Demokratinnen und Demokraten.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen sowie der CDU)

Wenn wir uns die Erwartungen für den Wahlsonntag und die politischen Entwicklungen in einigen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union anschauen, müssen wir leider feststellen, dass wir es in ganz Europa mit einem Erstarken rechtspopulistischer, antieuropäischer und zum Teil auch diskriminierender Parteien zu tun haben – eine Bewegung, die derzeit insgesamt aus verschiedenen Gründen stattfindet.

Es ist durchaus soziologisch erklärbar, dass es angesichts einer seit fünf Jahren andauernden Wirtschaftskrise in Europa mit entsprechenden Auswirkungen – zwei Drittel der Jugendlichen in Griechenland sind arbeitslos; 50 % der Jugendlichen in Spanien sind ohne Perspektive; das gilt in etwa auch in Ungarn – viele Zweifel am europäischen Projekt gibt, dass Parteien und Rattenfänger versuchen, das für rechtspopulistische, übertrieben nationalistische Kräfte zu nutzen und zu instrumentalisieren.

(Minister Peter Friedrich)

Daher kommen wir wegen des Erstarkens der rechtspopulistischen und antieuropäischen Bewegungen nicht umhin, festzustellen: Die Krise, die in Europa in den letzten fünf Jahren stattgefunden hat, ist nicht nur eine Finanzkrise, eine Wirtschaftskrise, sondern auch eine soziale Krise, die die Menschen in Verzweiflung treibt. Es wird versucht, mit dieser Verzweiflung politisch Schindluder zu treiben.

Wir erleben natürlich auch in vielen europäischen Ländern, dass die EU bzw. die europäische Integration stellvertretend für viele Prozesse in der Gesellschaft als Schuldige ausgemacht wird: für das Voranschreiten der Globalisierung, für die Digitalisierung, für eine neue Vielfalt in den Gesellschaften, für Minderheiten, die sich selbstbewusst zu Wort melden, auch in Fragen der Gleichberechtigung. All diese Entwicklungen, die die Gesellschaften verändern, führen auch immer zu Gegenreaktionen. Dafür wird sehr häufig die Europäische Union verantwortlich gemacht.

Wir erleben es im politischen Alltag häufig bei uns selbst, dass wir uns die Verdienste um den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt gern selbst zuschreiben, während wir bei all dem, was nicht gelingt, gern mit dem Finger nach Brüssel zeigen. Das ist ein Argumentationsmuster, auf das wir selbst manchmal hereinfliegen. Mir passt es nicht, dass auch wir selbst als überzeugte Europäerinnen und Europäer in der Europakampagne manchmal als Erstes auf alles hinweisen, was uns noch stört – so funktioniert Politik halt häufig – und die Verdienste zu wenig in den Vordergrund stellen.

Aber es gibt schon einen Unterschied zu dem, was teilweise von einigen Parteien verfolgt wird. Es lohnt sich sehr, differenziert anzuschauen, was für Parteien das sind und mit welchen Mustern sie argumentieren, um zu versuchen, Wählerstimmen zu generieren. Der Front National, Wilders in den Niederlanden, Jobbik, Lega Nord, Vlaams Belang, UKIP, AfD sind sehr unterschiedliche Parteien mit sehr unterschiedlichen Beweggründen.

Was aber allen gemein ist – deswegen, Herr Grimm, nutzt es nichts, Links- und Rechtsextremismus irgendwie vergleichen zu wollen – und was uns gemeinschaftlich sehr große Sorgen bereiten muss, ist, dass all diese Parteien in einem vermeintlichen Kampf gegen Modernität gegen die europäische Integration ausgerichtet sind und zugleich durch die Diskreditierung und Diskriminierung von Minderheiten versuchen, diesen die Schuld an gesellschaftlichen Missständen zu geben. Deshalb wirken sie spalterisch – nicht nur für das europäische Projekt, sondern auch in ihren Ländern selbst –, vergiften das politische Klima und versuchen, im Interesse der eigenen Partei auf dem Rücken von Minderheiten populistisch Stimmung gegen Europa zu machen. Das findet inzwischen in einem Bündnis flächendeckend in Europa statt, und das müssen wir als Demokraten gemeinsam entschieden bekämpfen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Eines der schwierigen Themen in diesem Zusammenhang ist insbesondere das Thema Zuwanderung. Ich sage es ganz bewusst: Wir freuen uns über die Zuwanderung nach Baden-Württemberg. Wir brauchen sie dringend. In den allermeisten Fällen gelingt sie sehr gut. Deswegen ist es natürlich schwierig, wenn eine Partei wie die CSU, die eine große europapolitische Tradition hat, die ich gar nicht in Abrede stellen will,

die gleiche Melodie spielt wie andere, die plakatieren, wir wären das Weltsozialamt. Das ist ein Problem. Denn gegen Extremisten, Rechtspopulisten und Antieuropäer hilft es nicht, das gleiche Lied mitzusingen und lauter singen zu wollen, sondern da hilft nur eine klare politische Abgrenzung.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Totschweigen – Herr Abg. Reinhart, da haben Sie recht – ist keine Alternative, sondern wir müssen uns mit den Motiven, mit den Themen auseinandersetzen. Aber Grußworte auf Veranstaltungen solcher Parteien zu entbieten ist, mit Verlaub, auch kein Beitrag zur Lösung.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Deswegen müssen wir auf die Beispiele einer gelungenen Integration, auf das Funktionieren des europäischen Arbeitsmarkts hinweisen. Dort, wo es Missbrauch gibt, muss man ihn bekämpfen; das ist überhaupt keine Frage. Das gilt gleichermaßen für EU-Ausländer, Zuwanderer und EU-Inländer in Deutschland. Aber daraus ein politisches Wahlmotiv zu machen ist etwas völlig anderes, als die normale politische Integrations- und Arbeitsmarktpolitik zu besprechen und zu verbessern, damit sie für uns alle gelingt.

Was es leider vielen Populisten sehr leicht macht, ist, mit dem Motto anzugreifen, dass die EU die nationale, die regionale, die politische Selbstbestimmung unterhöhlen würde. Das fällt deswegen sehr leicht, weil die EU zugegebenermaßen nach wie vor ein Demokratiedefizit hat. Deswegen ist es das Wichtigste, die Demokratiedefizite der EU – auch bei der Europawahl – zu beheben, damit es nicht mit einem rechtspopulistischen, antieuropäischen Reflex verbunden werden kann, auf die EU als undemokratische Institution zu schimpfen.

Wir üben Kritik an den Funktionsweisen der Europäischen Union. Deswegen ist es sehr wichtig, dass der nächste Kommissionspräsident oder die nächste Kommissionspräsidentin tatsächlich aus dem Parlament heraus gewählt wird. Ehrlich gesagt halte ich es für schwach, dass die deutsche Bundeskanzlerin bis heute kein klares Bekenntnis zu diesem demokratischen Mechanismus abgegeben hat, den wir völlig selbstverständlich für den Landtag von Baden-Württemberg und für den Deutschen Bundestag einfordern, nämlich dass der Chef der Regierung von den gewählten Abgeordneten gewählt wird.

(Abg. Peter Hauk CDU: Es gibt doch keinen Dis-sens!)

Deswegen hielte ich es für gut, wenn auch von der Union ein klares Bekenntnis käme, und zwar nicht nur zu ihrem Spitzenkandidaten – das wäre schon einmal nicht schlecht –, sondern auch dazu, dass auf der Grundlage der Wahlentscheidungen der Bürgerinnen und Bürger der Kommissionspräsident demokratisch aus dem Parlament heraus gewählt wird und die nationale Regierung nicht den eigenen Machtanspruch über das demokratische Prinzip der Europäischen Union stellt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Das stellt doch niemand in Abrede! – Zuruf des Abg. Andreas Deuschle CDU)

Es ist schön, dass die EVP-Fraktion im Europäischen Parlament diese Vorgehensweise mit befürwortet hat. Deswegen, fin-

(Minister Peter Friedrich)

de ich, sollte man dies auch im Europawahlkampf in Deutschland in gleicher Weise unterstützen.

Zum Demokratiedefizit gehört übrigens auch – ich will die Debatte über Eurobonds, die wir schon mehrmals geführt haben, hier nicht noch einmal führen –, dass wesentliche Instrumente zur Krisenbewältigung in den letzten Jahren einen Mangel an demokratischer Legitimation aufweisen.

Wir müssen es als gemeinschaftliches Problem empfinden – zumindest im Europaausschuss haben wir dies auch so diskutiert –, dass die Finanz-, Währungs- und Wirtschaftspolitik inzwischen eigentlich komplett von der EZB durchgeführt wird und das Europäische Parlament und der Europäische Rat als die parlamentarischen und demokratischen Gremien zum Teil gar nichts mehr damit zu tun haben.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das ist schon richtig!)

Deswegen gibt es natürlich schon längst eine Vergemeinschaftung von Schulden durch die EZB; es gibt schon längst eine Kreditfinanzierung, Kreditprogramme und Staatsfinanzierung durch die EZB. Wir müssen doch gemeinsam bestrebt sein, gegen das demokratische Defizit in der Wirtschafts- und Währungspolitik anzugehen. Wir müssen eine politische Union anstreben, die in der Lage ist, Wirtschafts- und Finanzpolitik in Europa gemeinsam zu betreiben, sodass die Politik der EZB übergeht in den demokratischen Raum des Europäischen Parlaments und der europäischen Institutionen. Es darf nicht zu einer Entdemokratisierung durch eine „Wirtschaftsnebenregierung“ der EZB kommen. Das muss unser gemeinsames Interesse sein, auch um den Populisten, die immer reflexartig gegen die europäischen wirtschaftlichen Freiheiten argumentieren, den Nährboden zu entziehen. Es muss gezeigt werden, dass Europa auch demokratisch in der Lage ist, seine Wirtschafts- und Finanzpolitik zu strukturieren und vernünftig zu betreiben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Genauso besorgniserregend wie die rechtspopulistischen und antieuropäischen Umtriebe in einigen Parteien ist natürlich die Europamüdigkeit und die -skepsis, die sich bei den eigentlich glühenden Europabefürwortern nicht nur in der Rhetorik, sondern auch in vielen anderen Bereichen eingeschlichen hat.

Ich halte es für ein Problem, wenn eine Partei wie die Forza Italia und Herr Berlusconi mit Anti-Brüssel-Reflexen Wahlkampf betreiben, wenn Herr Orbán den gesamten Wahlkampf der Fidesz darauf gründet, gegen Brüssel Stimmung zu machen und die angebliche Unterdrückung der ungarischen Selbstbestimmung durch Brüssel als zentrales Wahlkampfthema zu wählen.

Es ist auch die Aufgabe der Europäischen Volkspartei, darüber zu diskutieren, weil wir auch den antieuropäischen Reflex, der mitunter auch in den großen Volksparteien in Europa vorhanden ist, gemeinsam bekämpfen müssen, damit wir nicht denen, die auf dem populistischen, antieuropäischen Kielwasser segeln, die Stichworte geben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD
– Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE: Sehr gut!)

Bundespräsident Gauck hat zu den Rechtsextremisten gesagt: „Euer Hass ist unser Ansporn.“ Ich würde für den Bereich der Rechtspopulisten, der Antieuropäer anknüpfen: „Euer Drang ins Gestern ist unser Antrieb für eine gemeinsame europäische Zukunft.“ Wenn wir als Demokraten gemeinsam gegen den beginnenden Rechtspopulismus, die antieuropäische Bewegung ankämpfen und dafür sorgen, dass viele Menschen zur Wahl gehen und damit auch die demokratischen und proeuropäischen Parteien gestärkt werden, leisten wir den besten Beitrag dafür, in Baden-Württemberg in diesem Wahlkampf für das Gelingen des Projekts Europa zu streiten.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion GRÜNE spricht Kollege Frey.

Abg. Josef Frey GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Debatte hat wirklich sehr gut gezeigt, wie wichtig dieses Thema ist, wie wichtig es ist, hier über diese Abgrenzung zu sprechen, diese Gratwanderung, die wir vornehmen müssen: Einerseits müssen wir am Haus weiterbauen, dürfen aber andererseits dabei das Haus nicht niederbrennen.

Herr Grimm, ich lade Sie gern ein, im Badischen Staatstheater in Karlsruhe die Ausstellung „Opfer rechter Gewalt seit 1990“ – sie ist meines Wissens noch ein paar Tage geöffnet – zu besuchen und dort 169 Opfer und ihre Schicksale zu betrachten. Hinterher steht es Ihnen dann frei, eine Aktuelle Debatte zum Thema Linksextremismus zu beantragen.

Natürlich wenden wir uns gegen jede Form des Extremismus. Heute Morgen war es jedoch wichtig, noch einmal die Rolle der AfD und derer, die den Boden dafür bereiten, dass die AfD heute in Baden-Württemberg gestärkt ist, aufzuarbeiten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wichtig ist – der Minister hat dies auch deutlich gemacht –, dass wir mit dieser Landesregierung eine der proeuropäischsten und konstruktivsten Landesregierungen haben, die auch im Namen des Subsidiaritätsprinzips ihre Rolle wahrnimmt. Wir unterstützen sie dabei im Europaausschuss darin, auch die Subsidiarität zu überprüfen, und wissen, dass die Landespolitik im Bundesrat auch vertreten wird.

Das hindert uns aber nicht daran, die Verantwortung dafür zu übernehmen – wie ich vorhin bereits ausgeführt habe –, hier eine Willkommenskultur einzuführen, sodass Menschen, die mit ihren Familien und Kindern nach Baden-Württemberg kommen, um hier zu arbeiten und zu leben, sich herzlich aufgenommen fühlen.

Ich erinnere mich etwas schmerzlich daran, dass mich, als ich eines Morgens über die Zollgrenze fuhr – ich habe 24 Jahre lang in der Schweiz gearbeitet –, auf einem Plakat ein schwarzes Schaf angeschaut hat. Damit war ich als Ausländer gemeint. Das ist nicht die Willkommenskultur, die ich erwarte. Ich möchte vielmehr auch eines dieser weißen Schafe sein.

(Zuruf von der CDU: Sie sind ein grünes Schaf!)

So geht es auch den Menschen, die zu uns kommen. Wir sollten sie als Mitbürgerinnen und Mitbürger begrüßen und sie

(Josef Frey)

nicht Opfer eines rechtspopulistischen Ansatzes werden lassen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Guido Wolf: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Ich möchte diese Debatte auch noch damit verbinden – wie ich meine, im Namen aller Mitglieder dieses Hauses –, mit Blick auf den kommenden Sonntag an die Bevölkerung zu appellieren, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen und diesem Europa damit eine breite Verankerung unter den Menschen zu geben. Es besteht bei allen Fraktionen hier im Haus Übereinstimmung, dass am kommenden Sonntag die Chance, sich durch Stimmabgabe an einem solchen gemeinsamen Europa zu beteiligen, wirklich genutzt werden sollte.

(Beifall bei den Grünen, der SPD und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU)

Der Antrag Drucksache 15/5093 ist ein reiner Berichtsantrag und kann für erledigt erklärt werden. – Sie stimmen zu.

Damit ist Tagesordnungspunkt 1 beendet.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Mehr Steuergerechtigkeit in Europa – internationale Steuergestaltungen bekämpfen – beantragt von der Fraktion der SPD

Es gilt die übliche Gesamtrededzeit von 40 Minuten, wobei ich auch die Regierung bitte, sich an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten. Mit Blick auf § 60 Absatz 4 der Geschäftsordnung bitte ich außerdem darum, die Debatte in freier Rede zu führen.

Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Maier das Wort.

Abg. Klaus Maier SPD: Vielen Dank. – Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Die als zweiter Tagesordnungspunkt zu europapolitischen Themen heute Morgen zu behandelnde Aktuelle Debatte trägt den Titel: „Mehr Steuergerechtigkeit in Europa – internationale Steuergestaltungen bekämpfen“. Das Thema wurde von der SPD gewählt.

Zu Beginn dieser Debatte möchte ich mich ganz herzlich bei allen bedanken, die fleißig und ehrlich ihre Steuern zahlen

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aha!
– Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Er ist ein armer Kerl! – Weitere Zurufe)

und zum Wohlstand beitragen. Ich bedanke mich auch ganz herzlich bei den Finanzbeamtinnen und Finanzbeamten, die gute Arbeit leisten,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Wie bewiesen wurde!)

die teilweise unter schwierigen gesetzlichen Bedingungen die Steuern eintreiben.

Die Landesregierung hat die Stärkung der Steuerverwaltung vorangetrieben. Für diese Legislaturperiode wurden 500 Stel-

len bereitgestellt. Ein Technikpaket soll hier weitere Unterstützung leisten.

Trotz aller erfreulichen Nachrichten zu den Steuereinnahmen sowie der positiven Ergebnisse der Steuerschätzungen bereitet das Thema „Mehr Steuergerechtigkeit in Europa“ aber auch Sorge, und zwar wegen Steuerhinterziehung, wegen aggressiver Steuervermeidung und wegen der zahlreichen Steuerschlupflöcher. Die Hinterziehungssumme ist gewaltig. Europaweit macht dies schätzungsweise 1 Billion € aus. Das entspricht in etwa dem Umfang des Haushalts der gesamten Europäischen Union.

Welche Steuerausfälle entstehen jetzt in Deutschland bzw. in Baden-Württemberg durch die Steuerschlupflöcher? Genaue Berechnungen sind natürlich schwierig, aber das DIW geht in einem Gutachten davon aus, dass für den deutschen Fiskus Steuerausfälle in Höhe von rund 30 Milliarden € jährlich zu verzeichnen sind. Das würde heruntergerechnet auf Baden-Württemberg bedeuten, dass 950 Millionen € weniger Steuereinnahmen zur Verfügung stehen.

Die derzeitigen Steuergestaltungsmöglichkeiten international tätiger Unternehmen schaden der ganzen Gesellschaft. Sie führen zu einer Unterfinanzierung öffentlicher Haushalte mit der Folge, dass öffentliche Aufgaben schlechter wahrgenommen werden können. Die Steuergestaltungsmöglichkeiten sind ungerecht. Lohnabhängigen Arbeitnehmern können sie nicht vermittelt werden, und zudem benachteiligen sie die mittelständischen Unternehmen in unserem Land, die Garant und Stütze unseres wirtschaftlichen Erfolgs in Baden-Württemberg sind.

Während der Mittelstand seinen Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens leistet, können internationale Konzerne ihre Verflechtungen für steuerliche Gestaltungen nutzen und Gewinne in Niedrigsteuersysteme abdrücken. Trotzdem nutzen diese international tätigen Unternehmen auch die vom deutschen Steuerzahler finanzierte Infrastruktur in Deutschland und Baden-Württemberg. Europa, die Bundesrepublik und auch unser Land können hierbei nicht wegsehen. Gerade jetzt, da Europa vor der Europawahl im Fokus der Aufmerksamkeit steht, muss man dieses Thema ansprechen und alle Verantwortlichen zum Handeln auffordern.

Baden-Württemberg handelt. Baden-Württemberg hat einiges bewegt. Es gibt eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe, die internationale Steuergestaltungsmodelle bekämpft. Zudem verfügt das Land über eine neu organisierte und personell stark aufgestockte Expertengruppe für ausländisches Steuerrecht. In dieser Hinsicht hat sich Baden-Württemberg schlagkräftig aufgestellt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Die SPD-Fraktion unterstützt außerdem uneingeschränkt die kürzlich erarbeitete Bundesratsinitiative unseres Landes zur Bekämpfung internationaler Steuergestaltungen, die am 23. Mai in den Bundesrat eingebracht werden soll. Die Bundesregierung wird hiermit aufgefordert, sich auf europäischer Ebene noch stärker dafür zu engagieren, die Möglichkeit der doppelten Nichtbesteuerung von Einkünften zu beenden oder den doppelten Abzug von Betriebsausgaben unmöglich zu machen. Sie sehen, es gibt ganz interessante Möglichkeiten, die Steuer zu umgehen. Das müssen wir verhindern.

(Klaus Maier)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Karl Zimmermann CDU: Nennen Sie mal ein Beispiel!)

Der Wettlauf zwischen den EU-Staaten um den niedrigsten Steuersatz muss aufhören. Wir müssen erreichen, dass Unternehmen ihre Steuern dort zahlen, wo sie ihre Gewinne erwirtschaften. Dazu brauchen wir einen automatischen Informationsaustausch über Zinserträge, flankiert von einer europaweiten Pflicht zur Anzeige und Registrierung internationaler Steuergestaltungen. Deutschland muss hierbei, wie auch schon Großbritannien, beispielhaft vorangehen und besonders Steueroasen in Europa – davon gibt es noch einige –, aber auch weltweit trockenlegen.

Die ersten Erfolge bei der Bekämpfung der Steuerhinterziehung geben der Bundesratsinitiative des Landes recht: Die Schweiz und jetzt auch Luxemburg und Österreich und auf internationaler Ebene sogar Singapur – somit kann man jetzt nicht einmal weltweit verschieben – haben sich inzwischen zu einem Informationsaustausch bereit erklärt. Insbesondere die Schweiz verfolgt jetzt eine Weißgeldstrategie, die vor allem dadurch initiiert wurde, dass wir kein Steuerabkommen mit der Schweiz unterschrieben haben. Aber vor allem auch der Druck aus den USA – heute Morgen haben wir gehört, dass hohe Strafen für Banken ausgesprochen wurden – hat gewirkt. Es war also wichtig, kein Steuerabkommen zu unterschreiben. Dadurch erzielen wir die besten Ergebnisse.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE)

Als gleichermaßen wichtig betrachte ich den Ankauf von „Steuer-CDs“ und die öffentliche Berichterstattung über prominente Steuersünder. Die Zahl der Selbstanzeigen ist in die Höhe geschneit. Insgesamt gingen seit Februar 2010 bis heute 20 952 Selbstanzeigen bei der Staatskasse ein und erhöhten das Steueraufkommen um eine halbe Milliarde Euro. Auch die von unserem Land unterstützte Initiative zur Verschärfung der Selbstanzeige wird positiv dazu beitragen. Wir haben auf den Weg gebracht, dass bei einer Selbstanzeige mit einer Hinterziehungssumme von 25 000 € und mehr ein Strafzuschlag in Höhe von 10 % fällig wird; eine Hinterziehung in Höhe von 100 000 € führt zu einem Strafzuschlag in Höhe von 15 %, und ab 1 Million € werden 20 % fällig. Außerdem werden die strafrechtlichen Verjährungsfristen für einfache Steuerhinterziehung von fünf auf zehn Jahre verlängert. Das ist für die Betroffenen sehr unangenehm. Es ist jetzt sehr viel Arbeit, nachzuweisen, welche Steuern man hinterzogen hat.

Ab dem 1. Januar 2015 wird es also sehr schwer für Zeitgenossen, die ihre Steuerpflicht umgehen wollen. Deshalb ist mein Appell an alle Sünder in Steuersachen: Nutzen Sie das Ihnen noch verbleibende enge Zeitfenster, um zur Steuerehrlichkeit zurückzukehren.

(Lachen des Abg. Winfried Mack CDU)

Darüber hinaus ist mein Appell an die Regierungen in Europa: Nutzen Sie alle Möglichkeiten, um auch international zu mehr Steuergerechtigkeit zu kommen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Bitte da hinten hinschauen!)

Präsident Guido Wolf: Für die CDU-Fraktion spricht der Kollege Paal.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Er hat seine Steuern gezahlt!)

Abg. Claus Paal CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal zu Ihnen, Herr Maier. Ich finde es unsäglich, Kriminelles mit Legalem zu vermischen. Das haben Sie gerade gemacht. Es wird suggeriert, dass es viele Betriebe gibt, die legale Spielräume nutzen, und das vermischen Sie mit kriminellem Handeln wie Steuerhinterziehung. Ich bitte Sie und rate, dass wir hier differenzieren und keine Dinge miteinander vermischen, die nichts miteinander zu tun haben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr gut!)

Meine Damen und Herren, das Thema zielt auf den Antrag der Landesregierung ab. Sie haben es gerade bereits gesagt: Am Freitag, dem 23. Mai, wird er im Bundesrat behandelt. Allerdings stellt sich mir die Frage nach der Sinnhaftigkeit dieser Bundesratsinitiative. Wenn man den Inhalt dieser Initiative einmal durchliest, erkennt man, dass dieser mit dem Inhalt des Koalitionsvertrags der Großen Koalition in Berlin weitgehend identisch ist. Ich lese Ihnen auszugsweise einmal vor, was dort steht. Die Große Koalition, sprich die CDU/CSU und die SPD, thematisieren die Verhinderung missbräuchlicher Nutzung von Steuersparmodellen, den Kampf gegen grenzüberschreitende Gewinnverlagerungen, eine umfassende Transparenz zwischen Steuerverwaltungen, den Einsatz gegen schädlichen Steuerwettbewerb, die Verhinderung doppelter Nichtbesteuerung sowie des doppelten Betriebsausgabenabzugs.

2015 soll es eine Initiative vonseiten der OECD geben, um auf die internationale Steuervermeidung zu reagieren. Auch das enthält der Koalitionsvertrag. Dabei geht es um das Thema Briefkastenfirmen und um die steuerlichen Abzüge. Zudem sind weitere Vereinbarungen bilateraler und multilateraler Art angekündigt. Das alles ist im Koalitionsvertrag der Großen Koalition enthalten.

Meine Frage ist deshalb: Warum diese Bundesratsinitiative? Denn es liegt der Verdacht nahe, dass Sie hiermit auf einen fahrenden Zug aufspringen wollen. Ich sage Ihnen auch, warum. Es ist Wahlkampf, und das ist vermutlich der Grund für die Wahl dieses Themas.

Schauen wir uns einmal die Pressemitteilung von Ihnen, Herr Finanzminister, zu diesem Thema – deren Aussage finde ich wirklich nicht in Ordnung – an. Darin steht wortwörtlich – ich zitiere –:

Denn dadurch können sich vor allem einige Großkonzerne aus der Verantwortung stehlen.

Das Wort „stehlen“ suggeriert vermutlich mit Absicht eine illegale Praxis. Das ist meiner Ansicht nach Stimmungsmache, die nicht in Ordnung ist. Dort steht weiter:

Das geht zulasten der Betriebe und Arbeitnehmer im Land, die ihre Steuern in voller Höhe bezahlen.

Herr Minister, wer ein legales Steuermodell nutzt – egal, ob wir es mögen oder nicht –, der bezahlt seine Steuer in voller

(Claus Paal)

Höhe – zwar in niedriger, aber in voller Höhe. Wenn einzelne internationale Unternehmen steuerlich günstige Regelungen nutzen, ist das legal. Die Verantwortlichen von Unternehmen, die nicht an den Ausgaben sparen und die wirtschaftlich mögliche Einnahmen nicht generieren, handeln fahrlässig, und sie vernachlässigen ihre Pflicht – übrigens machen sie das im Allgemeinen auch nicht sehr lange.

Die Möglichkeit der legalen Steuerumgehung wird normalerweise von einem oder von mehreren Staaten auch ganz absichtlich geschaffen. Unternehmen vorzuwerfen, solche Möglichkeiten dann zu nutzen, ist meiner Ansicht nach scheinheilig. Ich rate hier wirklich zur Differenzierung: Wer steuerliche Anreize setzt oder entsprechende Möglichkeiten schafft, das ist die Politik; das sind wir. Wir sind entsprechend zum Handeln aufgefordert, wenn etwas aus dem Lot gerät. Deshalb unterstützt die CDU-Landtagsfraktion ganz klar die Vorgehensweise der Bundesregierung, und die im Koalitionsvertrag aufgeführten Punkte sprechen eine ganz klare Sprache. Ich nehme an, auch Sie, Herr Finanzminister, stehen zu diesen Punkten.

Wichtig ist, dass man erst nach gründlicher Analyse handelt; denn sonst vollführt man im Alleingang einen Schnellschuss, der auch ganz schnell einmal nach hinten losgehen kann.

Internationale Steuergestaltung kann nur europäisch bzw. international geregelt und beeinflusst werden. Vereinbarungen sind auf EU- bzw. OECD-Ebene zu treffen, und dort muss auch verhandelt und gehandelt werden. Nationale Alleingänge – ich habe es gerade gesagt – wären falsch. Sie fordern diese in Ihrem Antrag vor dem Bundesrat. Damit können wir uns jedoch ganz schnell ins eigene Fleisch schneiden.

Ein konkretes Beispiel hierfür ist das sogenannte Lizenzmodell, das in den Niederlanden geschaffen wurde. Man muss genau untersuchen, ob man hier dagegen vorgeht. Man muss mit den Niederlanden sprechen und verhandeln; kein Thema. Aber wer hier Einzelmaßnahmen einleiten will, sollte sich zuvor darüber klar werden, dass wir in Deutschland durch dieses Modell einen Überschuss erzielen. Das deutsche Modell nutzen deutsche Firmen, um hier bei uns Gewinne, die im Ausland erwirtschaftet wurden, zu versteuern und dieses Geld damit nach Deutschland zu bringen. Eine Veränderung würde eine Reaktion anderer Staaten herbeiführen, und dadurch könnte dieser bislang positive Saldo ganz schnell in sein Gegenteil verkehrt werden. Ich rate daher also zu Gründlichkeit und Vorsicht statt Hektik.

Übrigens sind die auch von Ihnen, Herr Maier, genannten Zahlen zur Höhe der Steuerumgehung in Europa und in Deutschland mehr als fraglich. Ich kann ihr Zustandekommen nicht nachvollziehen. Dort sind beispielsweise stille Reserven enthalten – ich wüsste nicht, was das Vorhalten stiller Reserven mit Steuerumgehung zu tun hat –,

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

ebenso wie Steuervergünstigungen, die von den Finanzbehörden genehmigt wurden. Im Sinne einer sachlichen Diskussionsrate ich einfach, mit solchen Zahlen etwas vorsichtig zu sein.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Bei aller Notwendigkeit, über legale Steuergestaltungsmodelle zur Vermeidung von Gewinnsteuern zu diskutieren und diese nach Möglichkeit abzustellen, müssen wir doch wissen: Es gibt – das gebe ich zu – unschöne Einzelfälle, die man anschauen muss. Aber, Herr Finanzminister, Ihr Job ist eigentlich ein ganz anderer. Sie sind verantwortlich für die Haushaltspolitik dieses Landes, für die Haushaltspolitik von Baden-Württemberg.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Dort haben Sie Verantwortung. Kümmern Sie sich um die Herausforderungen! Andernfalls wird diese Landesregierung Geschichte schreiben; denn in Zeiten des historisch höchsten Steueraufkommens, wie wir sie gerade erleben, sorgen Sie für die historisch höchsten Ausgaben.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Skandal!)

Sie geben das Geld mit beiden Händen aus; Sie bilden Reserven und Kreditermächtigungen ohne Ende und machen dabei auch weiterhin immer neue Schulden. Der nächste Tagesordnungspunkt wird es erneut zeigen: Sie haben kein Einnahmeproblem, sondern ein Ausgabenproblem. Darum müssen Sie sich kümmern.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Baden-Württemberg müsste längst keine neuen Schulden mehr aufnehmen – nein, wir könnten sogar bestehende Schulden abbauen. Kommen Sie bitte nicht mit dem Begriff „Erblasten“. Die Schulden, die jetzt entstehen, haben Sie zu verantworten. Sie können gar nicht so schnell neue Steuern eintreiben oder neue Steuerarten schaffen, wie Sie Geld ausgeben. Die Ausgabenseite ist Ihre Baustelle; für diese tragen Sie Verantwortung, und hier sollen Sie sich einsetzen.

(Abg. Nikolaus Tschenk GRÜNE: Die Schulden stammen von euch!)

Meine Damen und Herren, 2014 begehen wir das 500-Jahr-Jubiläum des Bauernaufstands, der unter dem Namen „Armer Konrad“ in die Geschichte eingegangen ist. Den badischen Kollegen werde ich nachher gern noch nähere Erklärungen hierzu geben. Herzog Ulrich von Württemberg war bekannt für seine Verschwendungssucht. Er benötigte immer mehr Geld. Vor 500 Jahren kam es daraufhin zu einem Aufstand von Bauern und Handwerkern gegen diese Verschwendungssucht. Jetzt könnte man versucht sein, einen Vergleich zwischen dem Handeln der Landesregierung und dem der Verantwortlichen der damaligen Zeit zu ziehen.

(Abg. Klaus Käppeler SPD: Kann man nicht!)

Sie, Herr Minister Schmid, wären dann vermutlich mit Herzog Ulrich zu vergleichen; denn auch Sie geben das Geld mit beiden Händen aus – und das bei den historisch höchsten Steuereinnahmen, die wir je erzielten. Auch Ihr Hunger nimmt kein Ende.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Weit und breit kein Aufstand in Sicht!)

Bitte passen Sie auf! Der „Arme Konrad“ lebt, und er kann auch wieder zuschlagen.

(Claus Paal)

Etwas anderes ist mir noch ganz wichtig: Namens der CDU-Landtagsfraktion sende ich ein ganz klares Signal an die Wirtschaft dieses Landes mit der Aussage: Die kleinen, mittleren und großen Unternehmen in unserem Land sorgen dafür, dass es uns so gut geht.

(Beifall des Abg. Thomas Blenke CDU)

Mit einem Bruttozialprodukt von rund 390 Milliarden € im Jahr 2012 – 2013 waren es sogar über 400 Milliarden € – zählt die Wirtschaftsleistung Baden-Württembergs zu den europaweit höchsten. Die Jugendarbeitslosenquote ist bei uns gleichzeitig eine der niedrigsten. Uns geht es wirklich glänzend. Die Unternehmen im Land investieren und schaffen Arbeitsplätze, und sie zahlen im Übrigen Sozialabgaben und Steuern; dabei sind die Einnahmen aus der Gewinnsteuer immer nur ein Teil der Steuereinnahmen. Das verdient unsere höchste Anerkennung.

Die CDU freut sich über jedes Unternehmen, das hier in Baden-Württemberg angesiedelt ist, das hier investiert, das Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einstellt, und die CDU freut sich auch über jedes Unternehmen, das zu uns ins Land kommt. Wir stellen die Unternehmen nie in die Ecke der Steuerhinterzieher. Aber wir sagen auch: Im Rahmen der sozialen Marktwirtschaft werden wir, die CDU, Fehlentwicklungen beobachten und, wenn notwendig, die Rahmenbedingungen anpassen.

Was die sogenannte aggressive Steuerplanung betrifft, so stehen wir im Sinne des Koalitionsvertrags auf Bundesebene für eine Überprüfung und danach für überlegtes Handeln – aber nicht im Wahlkampf.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion GRÜNE spricht Kollegin Aras.

Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zuerst zu Ihnen, lieber Herr Kollege Paal. Sie haben recht: Steuergestaltung ist nicht gleich Steuerhinterziehung. Sie haben auch darin recht, dass, wenn sich daraus Fehlentwicklungen ergeben – das ist eine Tatsache –, die Politik zu handeln hat. Genau das tun wir, indem wir die heutige Debatte führen und indem die Landesregierung, beispielsweise mit Bundesratsinitiativen, aktiv wird. Genau das ist politisches Handeln in einer Situation, in der sich Fehlentwicklungen zeigen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Fast täglich können wir in der Wirtschaftspresse Meldungen dazu lesen, dass große Firmen, vor allem Firmen, die „schwerelose“ Produkte wie beispielsweise Datenmengen oder Informationen verkaufen, durch eine extrem niedrige Steuerquote auffallen. Facebook, Google, Apple und andere Unternehmen liegen deutlich unter der Steuerquote, die ein inländisches Unternehmen aufweist.

Die Folgen dieser Steuergestaltungen, dieser Steuertricks – die legal sind – sind fatal. Die Zahlen hat Kollege Maier schon genannt: Europaweit entgehen den Staaten über 1 Billion € – Mittel, die diesen Staaten dann für wichtige Infrastrukturpro-

jekte wie z. B. Kitas, Hochschulen, Universitäten, Krankenhäuser oder auch Straßen oder ÖPNV fehlen. Es sind Mittel für eine Infrastruktur, wie sie auch von den Unternehmen selbst, gerade auch von den inländischen Unternehmen, benötigt wird. Wenn wir entsprechende Steuereinnahmen hätten, könnten wir durchaus über Steuersenkungen nachdenken und hätten möglicherweise überhaupt keine Staatsverschuldung mehr. Insofern macht es sehr wohl Sinn, sich mit diesem Thema auseinanderzusetzen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Steuergestaltungsmöglichkeiten entstehen, wenn Märkte offen sind, wie dies beispielsweise EU-weit der Fall ist. Es gibt jedoch keine EU-weite gemeinsame Steuerpolitik, und es gibt erst recht keine weltweite gemeinsame Steuerpolitik.

Ein Finanzwissenschaftler hat in einem Interview im „Handelsblatt“ einmal gesagt: Früher hat man Doppelbesteuerungsabkommen geschaffen, um eine Doppelbesteuerung von Unternehmensgewinnen zu vermeiden; heute braucht man Maßnahmen, um eine doppelte Nichtbesteuerung zu verhindern. Es geht also darum, dass sich die Dinge in ihr Gegenteil verkehrt haben – und das kann es nicht sein.

Die OECD hat Anfang 2013 einen Aktionsplan gegen Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung entwickelt, der von den Finanzministern der G-20-Staaten gebilligt und verabschiedet wurde. Mit diesem Aktionsplan, der 15 Maßnahmen enthält, geht es für die Mitgliedsstaaten darum, sich bis 2015 auf gemeinsame Regelungen gegen Steuergestaltungen durch Gewinnverkürzungen und Gewinnverlagerungen – Instrumente, die gerade von Unternehmen genutzt werden, die multinational arbeiten – zu einigen. Ich glaube, es ist zunächst einmal richtig und wichtig, hieran zu arbeiten. Darüber sind wir sicherlich auch im Konsens.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Ich bin allerdings skeptisch, ob das international umgesetzt werden kann. Es ist doch heute auch in Europa so, dass die Staaten oft nach der Devise handeln: „Ein Dollar in meinem Staat ist mir lieber als zehn Dollar in einem anderen Staat.“ Solange das so ist, gibt es natürlich Wettbewerbsverzerrungen durch Steuerverzerrungen.

Man darf eines nicht vergessen: Dieser OECD-Aktionsplan ist 2013 vorgelegt und 2014 verabschiedet worden. Noch im Jahr 2013 hat z. B. Großbritannien einen Niedrigsteuersatz für Lizenzen von 10 % eingeführt. Es geht also darum, dass man international oder wenigstens auf der europäischen Ebene gemeinsame Regelungen schaffen muss, um gegen Steuerdumping vorzugehen. Doch solange Steuerdumping auch mitten in Europa stattfindet, bin ich skeptisch.

Natürlich ist es gut, dass man diesen Weg geht. Herr Kollege Paal, Sie haben den Koalitionsvertrag zitiert. Sie haben recht: Dort werden viele Punkte erwähnt – das habe ich auch gelesen –, aber in einem Punkt geht der Koalitionsvertrag nicht weit genug, und zwar in der Frage der Transparenz. Da geht es ausschließlich um die Transparenz im Rohstoff- und im Bankensektor. Ich finde, da könnte die Koalition durchaus weiter gehen und die Transparenz auf alle Bereiche erweitern. Das wäre eine Aufgabe, bei der Sie, liebe Kollegen der CDU

(Muhterem Aras)

und auch der SPD, sich einbringen können. Hier erhoffe ich mir durch diese Bundesratsinitiative weiter gehende Punkte.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Insofern begrüße ich es sehr, dass die Landesregierung die Bundesratsinitiative eingebracht hat. Das ist auch eine Botschaft an die mittelständischen Unternehmen in unserem Land. Es ist ein wichtiges Signal. Wir stehen zum Mittelstand, wir stellen uns den Herausforderungen. Dass wir Steuergestaltungen eindämmen, die zu Fehlentwicklungen geführt haben und die von multinational tätigen Unternehmen missbraucht werden, trägt zu mehr Steuergerechtigkeit bei und wird auch dazu beitragen, dass die Wettbewerbsverzerrungen zwischen international agierenden Konzernen und dem Mittelstand zumindest etwas relativiert werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion der FDP/DVP spricht Kollege Dr. Rülke.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei dieser Aktuellen Debatte, die die SPD-Fraktion beantragt hat, werden im Grunde drei Dinge miteinander vermischt: Das eine ist die völlig unstrittige Tatsache, dass Vergehen gegen die Steuergesetzgebung verwerflich und zu bestrafen sind. Zum Zweiten gibt es eine Steuergestaltung auf europäischer Ebene, die durchaus diskussionswürdig ist. Auch hier sind wir der Auffassung, dass manches von dem, was heute möglich ist, auf den Prüfstand gehört. Allerdings stellt sich die Frage, inwieweit jetzt unbedingt der Landtag von Baden-Württemberg die Keimzelle von Veränderungen sein muss,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Ja, ja! – Heiterkeit des Abg. Manfred Hollenbach CDU)

wenn die Dinge ohnehin schon im Koalitionsvertrag der Großen Koalition in Berlin angedacht sind.

Das Dritte sind – auch das ist häufig zu hören, insbesondere vom Finanzminister – Illusionen von einheitlichen Steuersätzen in Europa. Bei Letzteren wird man ganz sicher nicht aus dem Landtag von Baden-Württemberg heraus nun alle Regierungen der 28 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union überzeugen.

Insofern teile ich die Vermutung des Kollegen Paal, dass diese Aktuelle Debatte nicht wirklich dem Ziel dient, Fehlentwicklungen in Europa zu korrigieren, sondern es ist der vermutlich leicht scheiternde Versuch, nun einen kleinen populistischen Beitrag zum Europawahlkampf zu leisten.

(Vereinzelt Beifall)

Das wurde schon vor einigen Wochen durch eine Pressemitteilung des Finanzministers versucht – Herr Paal hat sie zitiert –, die nirgendwo in den Landesmedien einen großen Niederschlag gefunden hat, weil man gemerkt hat, dass diese Versuche nicht sehr tauglich sind. Deshalb ist diese Aktuelle Debatte sozusagen der zweite Versuch, es den Landesmedien vielleicht doch noch einzutrichern, dass Grüne und Rote unter-

wegs sind, die schlimmen Missstände auf europäischer Ebene zu bekämpfen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Bei allen diesen Themen haben sie doch Probleme! – Zuruf des Abg. Manfred Lucha GRÜNE)

– Bei allen diesen Themen gibt es Probleme. Vielen Dank für den ermutigenden Zwischenruf, Kollege Zimmermann.

Wenden wir uns zunächst einmal den unstrittigen Themen zu, die anzudiskutieren sind, den Themen Steuerflucht und Steuerumgehung. Auch da erkennen wir Fehlentwicklungen. Es ist ohne Frage richtig, dass – allerdings von der nationalen Ebene ausgehend – über diese Themen diskutiert wird. Dasselbe gilt für die Frage der Steuerschlupflöcher, die zu schließen sind.

Allerdings hätte ich mir schon gewünscht, dass man das eine oder andere konkrete Beispiel liefert und durchaus den Mut dazu hat, sich mit Großunternehmen aus Baden-Württemberg kritisch auseinanderzusetzen. Ich darf nur an die Steuergestaltung damals bei Porsche erinnern, die durch die Medien gegangen ist, als es um die Übernahme durch VW ging. Da wurde etwa eine halbe Milliarde Euro gespart.

Wenn Sie, Herr Finanzminister – ich darf es zitieren; Kollege Paal hat es auch schon zitiert –, von Großkonzernen reden, die sich aus der Verantwortung stehlen, dann würde ich schon erwarten, dass Sie Ross und Reiter nennen. Meinen Sie Porsche? Oder wen meinen Sie? Sie haben gleich die Gelegenheit, dies zu konkretisieren.

Ich komme auf das Dritte, was in diesem Zusammenhang angesprochen wird. Ich darf mit Erlaubnis des Präsidenten Herrn Minister Schmid zitieren:

Daneben müssen in Europa die Steuersätze angeglichen werden.

Ich möchte Sie fragen, wie das mit den Vorschlägen, die Sie im Zusammenhang mit der Reform des Länderfinanzausgleichs eingebracht haben, zusammenpasst, dass Sie es nämlich für möglich, ja, sogar für wünschenswert erklärt haben, dass Hebesätze für die einzelnen Bundesländer eingeführt werden. Sie sind mit dem Vorschlag unterwegs, auf der Länderebene zu einer Steuerdifferenzierung innerhalb des deutschen Staates zu kommen, doch gleichzeitig verlangen Sie, dass die Steuersätze auf europäischer Ebene angeglichen werden sollen. Herr Minister, diesen Widerspruch sollten Sie uns einmal erklären. Das passt vorn und hinten nicht zusammen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wenn man sich einmal die europäischen Staaten anschaut, wenn Sie sich die Steuergesetzgebung der Slowakei oder Estlands anschauen – Sie wollen diesen Staaten erklären, wir brauchen einheitliche europäische Steuersätze –, dann ist doch schon von vornherein klar, dass es sich bei diesen Vorschlägen um eine rein populistische Schaufensterpolitik handelt. Es kommt doch niemand in Estland oder in der Slowakei auf die Idee, sich von Baden-Württemberg, vom baden-württembergischen Finanzminister vorschreiben zu lassen, jetzt auf einheitliche europäische Steuersätze einzuschwen-

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

ken. Sie wären verrückt, wenn sie das tun würden. Denn sie haben auf diese Art und Weise eine Gestaltungsmöglichkeit, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu steigern.

(Heiterkeit des Abg. Peter Hofelich SPD – Abg. Peter Hofelich SPD: Nett ausgedrückt!)

Es ist völlig richtig, wenn man sagt, das dürfe nicht so weit führen, dass sie in eine Schuldenkrise geraten. Man kann nicht auf der einen Seite Steuern senken und auf der anderen Seite bei Europa die Hand aufhalten. Das macht z. B. Estland überhaupt nicht. Estland hat niedrige Steuersätze und praktisch keine Staatsverschuldung. Die müssen nicht unter einen Rettungsschirm, sondern sie zeigen, dass sie eine vernünftige, eine gute, eine marktwirtschaftliche Politik machen. Solchen Ländern kann man doch keine einheitlichen europäischen Steuersätze vorschreiben wollen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Vor allem stellt sich die Frage: Wer ist dann der Maßstab für diese einheitliche europäische Steuergesetzgebung? Sind es vielleicht die französischen Sozialisten? Ist es François Hollande, der mit einem Steuersatz von 75 % die Großunternehmen aus dem Land treibt, wo der Mittelstand vor die Hunde geht bei dieser Steuergesetzgebung, die die französischen Sozialisten vertreten?

(Minister Peter Friedrich: Fast so schlimm wie bei Rainer Brüderle!)

Hollande hat mittlerweile selbst erkannt, was für ein Quatsch das ist, und steuert um.

Man sieht ja, welche Auswirkungen das hat, meine Damen und Herren. Früher sind die Menschen vor den Sozialisten aus Russland geflohen; mittlerweile flieht Gérard Depardieu vor den französischen Sozialisten nach Russland.

(Heiterkeit)

Das sind die Segnungen einer solchen Steuerpolitik auf europäischer Ebene, die Sie offensichtlich vorschlagen wollen. Lassen Sie diesen Unsinn sein, meine Damen und Herren.

Es passt auch überhaupt nicht zusammen, auf der einen Seite auf nationaler Ebene von Hebesätzen der Bundesländer zu reden und auf der anderen Seite von einem einheitlichen Steuersatz auf europäischer Ebene zu schwadronieren. Das ist ein Beitrag zum Wahlkampf, sonst nichts. In der Realität wird nichts, aber auch gar nichts dabei herauskommen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Präsident Guido Wolf: Für die Landesregierung spricht der Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid.

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! 1 Billion € entspricht ungefähr dem zusammengerechneten Jahreslohn aller deutschen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Es ist ein Schlag ins Gesicht aller ehrlichen Steuerzahler, dass den EU-Staaten Jahr für Jahr Steuereinnahmen in dieser Höhe durch Steuerflucht und Steuerumgehung verloren gehen. Hier

von Einzelfällen zu reden, Herr Paal, ist eine völlige Verniedlichung der Tatsachen. Das ist ein Schlag ins Gesicht der ehrlichen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zurufe der Abg. Dr. Friedrich Bullinger und Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Diese Summe, diese schier unvorstellbare Summe ist zugleich ein Mahnmal für die herrschende Steuerungerechtigkeit. Das Schlimmste ist – da haben Sie völlig recht –: Das geschieht ganz legal. Deshalb habe ich – wie auch in anderen Zusammenhängen – das Sprachbild „aus der Verantwortung stehlen“ gewählt; das hat gar nichts mit Kriminalisierung zu tun, sondern das ist ein wunderschönes Bild der deutschen Sprache. Herr Paal und ich, wir beide sind Freunde der deutschen Sprache. Insofern sollten Sie jetzt nicht an irgendwelchen Formulierungen herumkritteln.

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Wir halten im Koalitionsvertrag auf Bundesebene gemeinsam mit CDU und CSU daran fest: Wir wollen diese Umgehungstatbestände, diese Steuerflucht angehen – auch wenn sie legal ist. Denn was sich so harmlos hinter dem Begriff „Base Erosion and Profit Shifting“, BEPS, verbirgt, ist nichts anderes als eine große Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Vor allem die international tätigen Konzerne wie Amazon und Google schmelzen auf ganz legale Art und Weise ihre Bemessungsgrundlage ab. Sie nutzen die Unterschiede im Steuerrecht zwischen den Staaten für eine grenzüberschreitende aggressive Steuergestaltung aus. Im Ergebnis werden die Gewinne nicht dort versteuert, wo sie entstehen, nein, sie werden in steuerlich günstige Länder verschoben.

Zur gleichen Zeit – genau das ist die große Gefahr für das Mittelstandsland Baden-Württemberg – zahlen die Unternehmen, die Mittelständler, die Einzelhändler, die Handwerker und natürlich auch die abhängig Beschäftigten in unserem Land ihre Steuern in voller Höhe.

Diese Ungleichheit wollen wir nicht länger dulden. Es ist deshalb gut, dass dieses Thema im Koalitionsvertrag endlich aufgegriffen wird. Denn – wir erleben es in den Haushaltsdebatten hier im Landtag immer wieder – dieses Geld, diese 1 Billion €, fehlt den europäischen Staaten für die Bildung, es fehlt uns in Baden-Württemberg für die Kinderbetreuung, es fehlt uns in Deutschland und in Baden-Württemberg für den Erhalt unserer Verkehrsinfrastruktur, es fehlt uns für die innere Sicherheit.

Deshalb widerspricht diese Praxis der internationalen Steuergestaltung und Steuerumgehung genau dem, wofür sich diese Landesregierung starkmacht. Wir machen uns stark für Steuergerechtigkeit, damit der Ehrliche nicht weiter der Dumme ist.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Wir haben Ernst gemacht mit dem Kampf für mehr Steuererechtigkeit.

(Zuruf des Abg. Claus Paal CDU)

(Minister Dr. Nils Schmid)

Auch in Deutschland entgehen dem Fiskus Jahr für Jahr Steuereinnahmen in Milliardenhöhe. Wir haben deutlich gemacht: Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt; sie ist die Aufkündigung der Gemeinschaft und des Zusammenlebens.

Deshalb haben wir den Druck erhöht. Bis 2016 schaffen wir 500 zusätzliche Stellen in der Steuerverwaltung. Wir verzeichnen – ausgelöst durch die Berichterstattung über einzelne Fälle – eine Flut von Selbstanzeigen bei unseren Finanzämtern. Das zeigt auch an: Es war bitter nötig, den Druck aufrechtzuerhalten.

Deshalb war es richtig – das will ich gerade den Abgeordneten von CDU und FDP/DVP in diesem Saal in Erinnerung rufen –, war es goldrichtig, dass wir das Steuerabkommen mit der Schweiz abgelehnt haben.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Denn eines müsste inzwischen auch dem Letzten klar geworden sein: Mit dem Steuerabkommen wäre Uli Hoeneß noch immer ein freier Mann – und viele andere auch. Es wäre ein Freifahrtschein für kriminelles Verhalten derjenigen gewesen, die sich ganz bewusst gegen die Gesellschaft gestellt haben.

Es ist gut, dass wir gerade bei dieser Frage des Steuerabkommens auf Druck gesetzt haben, darauf gesetzt haben, dass sich die Schweiz und andere Staaten den europäischen Vereinbarungen zum automatischen Informationsaustausch anschließen. Genau dieser Druck hat gewirkt. Sie hätten die Steuergerechtigkeit für ein Linsengericht preisgegeben; wir haben für Steuergerechtigkeit gekämpft, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir bleiben auf Kurs, auch dort, wo wir in Deutschland direkt Verantwortung tragen. Beispielsweise haben auf unser Drängen hin die Finanzministerinnen und Finanzminister der Länder mit Zustimmung des Bundesfinanzministeriums vor zwei Wochen beschlossen, die Voraussetzungen für die Selbstanzeige deutlich zu verschärfen; das ist Ihnen bekannt. Insbesondere wird die Verjährungsfrist für die Strafverfolgung bei Steuerhinterziehung auf zehn Jahre ausgedehnt. Die Zuschläge bei der Nachentrichtung von Steuern im Falle einer Selbstanzeige werden deutlich erhöht; ab einem Betrag von 1 Million € gibt es sogar einen Zuschlag von 20 %. All dies ist ein großer Erfolg und soll schon zu Beginn des nächsten Jahres, zum 1. Januar 2015, in Kraft treten.

So entschieden und entschlossen, wie wir der Steuerhinterziehung begegnet sind und wie wir sie bekämpfen, wollen wir auch der aggressiven Steuergestaltung und dieser ganzen irrsinnigen Praxis Einhalt gebieten.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Wollen Sie Mindestsätze oder nicht?)

Da sind wir in den Ländern gefordert, meine sehr verehrten Damen und Herren aus dem Landtag von Baden-Württemberg. Denn unsere Steuerverwaltung bearbeitet diese Fälle. Das heißt, unsere Leute haben die Expertise, zu sagen, wo es hakt. Unsere Leute sind in der Arbeitsgruppe des BMF vertreten und erläutern, welche Gestaltungsmöglichkeiten es gibt. Die Praktiker aus unserer Steuerverwaltung weisen darauf hin, dass wir nicht warten müssen, bis sich Europa irgendwann einigt.

Nein, wir selbst, wir in Deutschland haben es in der Hand, durch unsere Steuergesetzgebung einen Teil der entsprechenden Gestaltungsmöglichkeiten zu beenden. In Deutschland gibt es beispielsweise Besonderheiten bei Personengesellschaften. Diese Besonderheiten führen dazu, dass – allein aufgrund deutschen Rechts – die Möglichkeit eröffnet wird, dass Kapitalgesellschaften Personengesellschaften zwischenschalten und damit bestimmte Besonderheiten des deutschen Steuerrechts für sich ausnutzen.

Das heißt: Wir sind gefordert. Das dauernde Schielen auf die europäische Ebene ist eine Taktik, die die CDU seit Jahren anwendet: viel reden über den Kampf gegen missbräuchliche Steuergestaltungsmöglichkeiten, aber nichts tun. Wir wollen mit der genannten Bundesratsinitiative in Deutschland und in Europa endlich vorankommen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Deshalb enthält diese Bundesratsinitiative ein klares Bekenntnis zu der Notwendigkeit, u. a. die gemeinsame konsolidierte Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage auf europäischer Ebene endlich umzusetzen. Das liegt schon lange auf dem Tisch. Die Vorschläge werden in den EU-Gremien diskutiert. Jetzt wird es Zeit, damit endlich Ernst zu machen.

Dazu gehört auch eine Steuerharmonisierung, um dem Steuerdumping, dem Wettlauf nach unten Einhalt zu gebieten.

Deshalb ist es völlig richtig, dass ich für eine Vereinheitlichung von Steuersätzen, für Mindeststeuersätze auf europäischer Ebene bin. Darum geht es. Es geht darum, dass es in Europa Mindeststeuersätze gibt, die für alle gelten. Ich bin auch dafür, dass es im deutschen Finanzsystem Mindestbesätze gibt und sozusagen nach unten hin keinen Wettlauf gibt. Insofern bin ich auf europäischer und auf nationaler Ebene völlig logisch unterwegs.

Ich bin der Meinung: Jawohl, auch in Europa wird es in Zukunft einen Vergleich von Steuersätzen geben. Aber wir brauchen Mindestsätze, die für alle gelten müssen.

Herr Dr. Rülke, interessanterweise haben Sie den Fall Irland nicht geschildert. Irland ist mit Milliardensummen der europäischen Mitgliedsstaaten aus der Krise geholt worden. Gleichzeitig gibt es dort die niedrigsten Steuersätze für Unternehmen in ganz Europa.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Genau das habe ich gesagt!)

Ich sage Ihnen: Das ist ein Verstoß gegen die europäische Solidarität. Deshalb brauchen wir Mindeststeuersätze auf europäischer Ebene.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wo liegen diese? Bei François Hollande, oder wo? – Abg. Karl Zimmermann CDU: Meinen Sie ernsthaft, dass wir europaweit ein einheitliches Steuersystem bekommen könnten?)

– Sie wissen ganz genau, dass man das im europäischen Kontext festlegen muss. Diese Steuersätze werden sicherlich nicht

(Minister Dr. Nils Schmid)

so niedrig sein wie derzeit in Irland, aber sicherlich auch nicht so hoch sein wie die höchsten Steuersätze in anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Das wissen Sie genauso gut wie ich.

Wir wollen weiter mit der Bundesratsinitiative erreichen, dass europaweit eine Anzeige- und Registrierungspflicht für internationale Steuergestaltungen eingeführt wird, damit wir wissen, was da von Heerscharen von Beratern und Steueranwälten ständig an neuen Gestaltungsmöglichkeiten ausbaldowert wird. Das brauchen wir als Handwerkszeug, damit der Staat nicht völlig machtlos den Beratern und Anwälten hinterherläuft.

Ich glaube, es ist an der Zeit, dass wir über den Bundesrat deutlich machen, dass das, was im Koalitionsvertrag festgehalten ist, jetzt auch tatsächlich umgesetzt wird. Denn geredet wurde über Steuergerechtigkeit, über diese Steuergestaltungsmöglichkeiten lange genug. Jetzt ist es an der Zeit, für mehr Steuergerechtigkeit in Europa, in Deutschland und in Baden-Württemberg zu handeln.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Präsident Guido Wolf: Für die SPD-Fraktion spricht der Kollege Maier.

Abg. Klaus Maier SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Paal, wenn Sie mir genau zugehört hätten, dann hätten Sie gemerkt, dass ich ganz scharf unterschieden habe zwischen internationaler Steuergestaltung und Steuerhinterziehung, also zwischen dem, was man legal machen kann, und dem, was illegal ist. Herr Rülke hat es besser gemacht; er räumt ein, dass es Fehlentwicklungen gibt, und sieht auch die einzelnen Punkte.

(Zuruf des Abg. Claus Paal CDU)

Herr Paal, ich zitiere jetzt einfach einmal aus Ihrem Beitrag: Modelle genau untersuchen, keine Schnellschüsse, unschöne Einzelfälle; Zahlen werden infrage gestellt. Das alles zeigt: Die CDU verharmlost dieses unschöne Thema „Steuern, Steuerhinterziehung und Steuergestaltung“. Das darf nicht sein.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Sie sind blauäugig!)

Wir wollen das auf den Tisch bringen. Wir sagen das, was Sache ist. Das Land Baden-Württemberg handelt. Das Land Baden-Württemberg macht Druck. Natürlich müssen wir den Druck über den Bund auch auf Europa weitergeben – auch vor der Europawahl.

Dazu fällt mir die Podiumsdiskussion mit den beiden Spitzenkandidaten Juncker und Schulz ein. Jean-Claude Juncker, der langjährige Premierminister von Luxemburg, sprach sich für Steuerwettbewerb aus, und Martin Schulz sprach sich dafür aus, Mindeststeuersätze einzuführen und Steueroasen auszutrocknen. Da sieht man doch, wo hier die großen Unterschiede sind. Wir wollen Steuergerechtigkeit, wir wollen keinen Wettbewerb nach unten, sondern wir wollen, dass in diesem Europa,

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

dessen Parlament am Sonntag gewählt wird, Steuergerechtigkeit herrscht. Das ist auch Ziel dieser Debatte und Ziel der SPD.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion GRÜNE spricht Kollegin Aras.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Kommt noch etwas Neues?)

Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Ja, klar. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! In Vorbereitung auf diese Debatte habe ich eine repräsentative Umfrage des Allensbacher Instituts entdeckt. Ergebnis dieser Umfrage ist, dass über 50 % der Deutschen unser Land für ungerecht halten. Da – so finde ich – müsste man sich echt überlegen, wie das kommt.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: In Baden-Württemberg?)

– In der Bundesrepublik. 50 % halten die Bundesrepublik für ungerecht.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Von wann ist die Erhebung?)

– Ganz aktuell. – Nur 21 % halten Vermögen und Verdienste für fair verteilt.

Für mich ist ganz klar: Steuergerechtigkeit ist eine zentrale Frage, ein zentrales Kriterium für das Gerechtigkeitsempfinden.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Bei der Steuergerechtigkeit gibt es zwei Ebenen: Ich nenne zunächst die Steuererhebungsgerechtigkeit. Das ist – so sage ich einmal – die halbe Miete; dafür sind wir, die Länder, zuständig, und die Länder müssen handeln. Wir, die grün-rote Landesregierung, haben in den letzten drei Jahren gehandelt. Ich erinnere nur an die Stärkung der Steuerverwaltung. Sie hatten in diesem Bereich abgebaut, wir hingegen bauen die Steuerverwaltung wieder auf. Wir statten die Finanzverwaltung endlich auch mit technischen Instrumenten wie mit UMTS adäquat aus.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Karl Zimmermann CDU: Die sind doch aktuell unzufrieden!)

Wir haben mit dazu beigetragen, dass das deutsch-schweizerische Steuerabkommen abgelehnt wurde. So viel zum Selbstverständnis des Parlaments, Herr Rülke. Wir, das Parlament, haben sehr wohl Kompetenzen und Rechte, die wir auch auf Bundesebene und auf europäischer Ebene zur Geltung bringen können. Nicht zuletzt erinnere ich an die Verschärfungen bei der Selbstanzeige.

Zu den Selbstanzeigen: Anfang des Jahres 2013 gab es im Finanzausschuss des Bundestags eine Debatte, in der die Bundesregierung die Meinung vertreten hat, dass der Höhepunkt

(Muhterem Aras)

bei den Selbstanzeigen erreicht sei. Es hieß, dort sei nichts mehr zu erwarten. Damals, im Jahr 2013, gab es 35 000 Selbstanzeigen im gesamten Bundesgebiet. Aber allein im ersten Quartal 2014 gab es schon 13 000 Selbstanzeigen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: War da der Fall Hofreiter dabei? – Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Und das ist noch nicht alles.

Der Fall Hoeneß hat sicherlich seine Wirkung gezeigt – nach dem Motto: „Wenn sie den schnappen, dann schnappen sie möglicherweise auch mich.“

Was mich beim Fall Hoeneß bestürzt hat, war nicht das Steuervergehen als solches. Das möchte ich gar nicht kommentieren. Was mich viel mehr bestürzt hat, war die Reaktion der Bundeskanzlerin, die mitteilen ließ, sie habe – wörtlich – „hohen Respekt“, dass Herr Hoeneß seine Strafe akzeptiert habe. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wo stehen wir in diesem Land, wenn die Bundeskanzlerin einem Kriminellen öffentlich mitteilen lässt, sie habe Respekt, dass er seine Strafe akzeptiere?

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Kollegin Aras, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Nein.

Herr Seehofer scheint seine Kampagne „Wer betrügt, der fliegt“ auch nicht ganz konsequent zu verfolgen, wenn die Betrüger aus seinem Bekanntenkreis stammen.

Ich bin jedenfalls froh, dass wir in Baden-Württemberg solche Absurditäten und „Ausraster“ nicht erlebt haben. Im Gegenteil, die Landesregierung stärkt die Steuerverwaltung – die Punkte habe ich schon aufgeführt – und trägt deutlich zur Steuergerechtigkeit bei.

Die zweite Ebene der Steuergerechtigkeit betrifft die Bundespolitik. Dabei geht es darum, ob die Tarife korrekt sind, ob die Einkommensarten gleichmäßig besteuert werden. Da ist die Bundesebene gefragt. Wir können darauf nur im Rahmen der Bundesratsinitiativen einwirken.

Ich möchte hier nur einen Punkt aufgreifen: Gleichmäßigkeit. Auch dazu gibt die neue Ausgabe der Publikation „Taxing Wages“ der OECD Auskunft. Die OECD hat die Besteuerung des Lohneinkommens in allen Lebenssituationen – bei Singles, Ehepaaren mit Kind, Ehepaaren ohne Kind, Alleinerziehenden – in allen OECD-Ländern verglichen. Und siehe da, was kommt dabei heraus? Deutschland steht bei der Besteuerung von Lohneinkommen oben in der Skala der OECD. Da – so finde ich – geht es um Gleichmäßigkeit. Das ist z. B. auch ein Punkt, mit dem man sich beschäftigen müsste.

Ein weiterer Punkt, mit dem sich die Bundespolitik beschäftigen müsste, sind die Zinseinkünfte. Die Abgeltungsteuer wurde damals aus Gründen des Pragmatismus eingeführt, um die Abwanderung von Kapital ins Ausland zu stoppen. Inzwi-

schen sind als Ergebnis dieser Politik Bewegungen in die andere Richtung eingetreten. EU-weit gibt es einen Informationsaustausch und mehr Zusammenarbeit. Selbst die Schweiz arbeitet inzwischen anders. Insofern hat sich dieser Punkt relativiert,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Weil es keine Zinsen mehr gibt!)

und eigentlich müsste man auch dazu übergehen, die Abgeltungsteuer für Zinseinkünfte auf den Prüfstand zu stellen, um zu sehen, ob das so noch richtig ist oder ob da Änderungen vorgenommen werden müssen.

Ich komme zum Schluss. Ich ziehe mein Fazit: Auf der einen Seite ist es politisch, steuerpolitisch schwierig, dass international agierende Unternehmen ständig nach legal bestehenden Möglichkeiten suchen, um Steuerminimierung zu betreiben, aber auf der anderen Seite gibt es auch ein positives Bild, weil in Deutschland und europaweit anerkannt wird, dass Steuerhinterziehung, Steuerbetrug, Vorhaben, die Steuergestaltung zu missbrauchen, auszunutzen, keine Kavaliersdelikte sind. Insofern hoffe ich, dass wir in Bezug auf mehr Steuergerechtigkeit weiterkommen. Ich bin der Landesregierung dankbar, dass sie mit diesen Bundesratsinitiativen die Bundesregierung auffordert, in dieser Richtung noch stärker zu arbeiten.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion der FDP/DVP spricht Kollege Dr. Rülke.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe nicht den Eindruck, dass diese Aktuelle Debatte ein wesentlicher Beitrag zum Erkenntnisgewinn gewesen ist. Wir führen auf Antrag der SPD-Fraktion eine Aktuelle Debatte zur Frage der Steuergestaltung von Konzernen auf europäischer Ebene, und die Kollegin Aras lässt sich darüber aus, was die Bundeskanzlerin zum Fall Hoeneß sagt. Das ist kein wesentlicher Beitrag zu dieser Debatte.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Bei der SPD-Fraktion – Herr Maier sprach für die Fraktion und Finanzminister Schmid für die Regierung – ist die Verwirrung noch größer. Denn Sie, Herr Maier, haben die Diskussion von Herrn Juncker und Herrn Schulz, den Spitzenkandidaten der beiden Volksparteien, zitiert und gesagt: „Herr Juncker ist für Steuerwettbewerb, und Herr Schulz ist für Mindeststeuersätze. Das ist der Unterschied.“ Der Finanzminister hat aber soeben erklärt, das sei überhaupt kein Widerspruch, denn er sei für einen Mindeststeuersatz, und aufbauend auf diesem Mindeststeuersatz sei Wettbewerb möglich.

Was gilt denn jetzt, meine Damen und Herren? Wo sind dann die Unterschiede? Ich glaube, Sie sollten noch einmal in Klausur gehen, sich mit sich selbst einigen und dieses Thema dann vielleicht erneut auf die Tagesordnung setzen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf: Sehr gut!)

Präsident Guido Wolf: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung eines Dritten Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2014 – Drucksache 15/5187

Das Wort zur Begründung erteile ich Herrn Minister Dr. Schmid.

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Baden-Württemberg steht gut da. Dort, wo wir hinschauen, herrscht eitel Sonnenschein. Die Nachfrageentwicklung befindet sich in einem kräftigen Aufwind. Allein im ersten Quartal dieses Jahres lag das Plus gegenüber dem Vorjahr bei 2,75 %. Die Beschäftigung eilt von Rekord zu Rekord.

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Auch die jüngsten Exportzahlen des Statistischen Landesamts weisen deutlich nach oben. Das unterstreicht: Baden-Württemberg ist **d e r** starke Standort Deutschlands. Darauf können wir alle gemeinsam stolz sein.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Gute Regierung!
– Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Unsere Aufgabe ist es, diese Stärke zu erhalten, um das Land zukunftssicher zu machen, um gute Rahmenbedingungen für die Menschen und die Unternehmen zu schaffen.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Jetzt hat er es gemerkt!)

Für gute Rahmenbedingungen bedarf es natürlich auch solider Finanzen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das ist gewiss wahr!)

Wir haben uns dieser Herausforderung gestellt. Mit dem Doppelhaushalt 2013/2014 und den beiden Nachtragshaushalten haben wir bereits beachtliche Schritte auf dem Konsolidierungspfad bis 2020 gemacht.

Wir haben das beim Regierungswechsel vorgefundene strukturelle Haushaltsdefizit von 2,5 Milliarden € per annum schon heute um über 1 Milliarde € reduziert. Im Endausbau, in der Endwirkung für 2020 sind das 1,3 Milliarden €.

(Abg. Peter Hauk CDU: Sprechblasen!)

Diesen Konsolidierungspfad werden wir konsequent weiter beschreiten.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Sehr gut!)

Wir haben gehandelt, während Sie von CDU und FDP/DVP mit keinem einzigen Antrag einen namhaften Beitrag zur Konsolidierung gebracht haben. Das heißt, wir haben den Haushalt konsolidiert. Sie hingegen saßen auf den Zuhörerbanken

und haben dazwischengeschrien, aber in der Substanz nichts geliefert.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD
– Zuruf des Abg. Claus Paal CDU)

Wir wissen aber auch: Einseitiges Sparen führt höchstens in die Sackgasse, aber nicht in die Zukunft. Deshalb gilt für uns der Dreiklang: konsequent konsolidieren, schrittweise sanieren und gezielt investieren.

Insbesondere mit dem letzten Nachtragshaushalt haben wir für den Verkehrsbereich, für die Erhaltung von Landesstraßen noch einmal weitere Meilensteine gesetzt – auf einem Gebiet, auf dem wir selbst zuständig sind, nämlich bei den Straßen in unserem eigenen Land.

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Dieser Dreiklang wird jetzt mit dem Dritten Nachtrag 2014 fortgesetzt.

(Abg. Andreas Deuschle CDU: Weitere Schulden machen!)

Ich sage aber: Dieser Dreiklang gilt auch für den Doppelhaushalt 2015/2016. Sie können sich darauf verlassen: Wir werden die Eckpunkte des Doppelhaushalts für Ende Juni vorbereiten. Dabei werden wir auch die erfreulichen Ergebnisse der Steuerschätzung von Anfang Mai verarbeiten. Wir werden aber auch darlegen und berechnen, welche Risiken uns für den Doppelhaushalt 2015/2016 erwarten. Wir werden im Juni ein EuGH-Urteil zur Altersdiskriminierung bekommen, das für den Landeshaushalt einerseits wahrscheinlich einen dreistelligen Millionenbetrag – rückwirkend als Einmalsumme – und andererseits auch – je nach der Art und Weise der Umsetzung dieses Urteils – strukturelle Mehrbelastungen bedeuten wird.

Deshalb rate ich zur Gelassenheit. Wer sich jetzt auf die Ergebnisse der Steuerschätzung stürzt und meint, er könne das Geld für irgendetwas, was ihm gerade einfällt, ganz schnell verteilen, hat die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Bei uns gilt auch: Sorgfalt und Gründlichkeit vor Schnelligkeit. Deshalb wird die Landesregierung den Doppelhaushalt 2015/2016 entlang des Dreiklangs Konsolidieren, Sanieren und Investieren plangemäß vorbereiten.

Jetzt, mit dem Dritten Nachtrag, setzen wir noch einmal einen wichtigen Baustein für die Komponente Investieren. Jeder Mittelständler, jeder Unternehmer weiß: Bevor man profitieren kann, muss man erst einmal ordentlich investieren.

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Mit der Einbringung des Dritten Nachtrags 2014 werden wir dafür sorgen, dass Deutschland,

(Abg. Volker Schebesta CDU: Und 2013? – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD: 2013 ist vorbei!
– Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

dass Baden-Württemberg auf eine gute Verkehrsinfrastruktur bauen kann. Wir wollen, dass unser Land **d e r** Standort, **d a s** industrielle Zentrum Deutschlands bleiben kann. Dafür brauchen wir eine Infrastruktur, die den Anforderungen

(Minister Dr. Nils Schmid)

gerecht wird. Denn Schlaglöcher und Hightech, meine Damen und Herren, passen einfach nicht zusammen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Volker Schebesta CDU: Genau!)

Wir schaffen mit diesem Nachtragshaushalt die Voraussetzungen dafür, dass der Sanierungsstau bei der Bundesverkehrsinfrastruktur bald der Vergangenheit angehören kann. Denn die Straßen und Brücken in unserem Land sind nicht mehr auf der Höhe der Zeit,

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

sondern allzu häufig von vorgestern. Deshalb war es notwendig, dass wir im Land mehr Geld für den Erhalt von Straßen und Brücken in die Hand genommen haben, und deshalb ist es gut und begrüßenswert, dass im Koalitionsvertrag auf Bundesebene für die nächsten Jahre eine deutliche Aufstockung der Bundesmittel für die Verkehrsinfrastruktur avisiert wurde.

Wir gehen nach den Versprechungen von Herrn Dobrindt davon aus, dass noch in diesem Jahr, 2014, aus Bundesverkehrsmitteln mehr Gelder als bislang nach Baden-Württemberg fließen werden. Deshalb schaffen wir mit diesem Nachtragshaushalt von unserer Seite die Voraussetzungen dafür, dass wir diese zusätzlichen Bundesmittel, die wir zu Recht erwarten dürfen, auch wirklich abgreifen können.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Volker Schebesta CDU: Genau! Jetzt habt ihr es gemerkt!)

Dazu gibt es zwei Maßnahmen: Die eine ist die Erhöhung des sogenannten Swings, also des Ermächtigungsrahmens für die Vorfinanzierung des Bundesfernstraßenbaus.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Denn um möglichst viele Bundesmittel ins Land zu holen, müssen bereits jetzt zusätzliche Bauaufträge –

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

über das bisherige Maß hinaus – vergeben werden. Es geht um zusätzliche Bauaufträge aufgrund von zusätzlichen Bundesmitteln. Das ist die neue Situation, auf die wir mit diesem Nachtrag reagieren. Insofern hat das mit dem Jahr 2013 nichts zu tun.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Was war denn 2013?
– Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Vielmehr erwarten wir mehr Mittel. Deshalb müssen wir den Ermächtigungsrahmen für die Vorfinanzierung erhöhen.

Gleichzeitig gilt: mehr Mittel, mehr Planungen. Schon im Jahr 2014 mehr Planungen anzuschieben, bedeutet auch, dass wir die Straßenbauverwaltung des Landes in die Lage versetzen müssen, mit ausreichend Personal das Verarbeiten der zusätzlichen Mittel zu bewerkstelligen. Wir wollen das ebenfalls in diesem Nachtrag umsetzen, indem im Bereich des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur – in der Straßenbauverwaltung – 30 unbefristete Stellen geschaffen werden. Damit wollen wir eine zügige Umsetzung und einen zügigen Mittelab-

fluss dieser zusätzlichen Bundesmittel erreichen. Man kann, kurzgefasst, sagen: Das MVI hat nun alles beisammen, was es braucht, um diese zusätzlichen Mittel abzugreifen.

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Wir sorgen mit vereinten Kräften dafür –

(Abg. Volker Schebesta CDU: Dass 2013 nicht mehr vorkommt!)

ich hoffe, auch mit breiter Zustimmung aus diesem Haus –, dass es vorangeht.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Hat der Minister Nachhilfe gebraucht, oder was? – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Wir machen am heutigen Tag den Weg frei für eine Infrastruktur für die Zukunft unseres Landes.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Guido Wolf: Das Präsidium hat für die Aussprache eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt.

Für die CDU-Fraktion spricht Kollege Peter Hauk.

Abg. Peter Hauk CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Drei Jahre Grün-Rot – drei Jahre viele Versprechungen, drei Jahre viele Ankündigungen, aber vor allem auch, Herr Finanzminister, drei Jahre Hilflosigkeit, drei Jahre voller neuer Schulden, drei Jahre Stillstand im wahrsten Sinn für Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Zurufe von den Grünen und der SPD)

Noch nie in der Geschichte dieses Landes musste eine Blamage der Landesregierung dadurch öffentlich eingestanden werden, dass ein Dritter Nachtragshaushalt vorgelegt werden musste – noch nie!

Der Verkehrsminister hat ein Problem, die Landesregierung hat ein Problem mit dem Thema Mobilität. Mobilität, Straßenbau – das ist für Sie ein Kampftema, ist für Sie ideologiebesetzt, und deshalb baut diese Landesregierung keine Straßen und drückt sich darum herum. Das ist doch die nackte Wahrheit.

(Beifall bei der CDU – Unruhe bei den Grünen)

Meine Damen und Herren, da stimmen doch alle Maßnahmen dieser Regierung miteinander überein: Im Landesstraßenbau geht nichts voran – trotz vollmundiger Versprechungen der SPD –, im kommunalen Straßenbau werden die Zuschüsse gesenkt, damit finanzschwächere Gemeinden gar nicht mehr auf die Idee kommen, kommunale Straßen zu beantragen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm
CDU: So ist es! Genau! So ist es!)

Das ist die Förderung des ländlichen Raums in schwierigem Umfeld.

(Peter Hauk)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, im Bundesfernstraßenbau sind es gleich zwei Blamagen. Erstens gibt man Gelder zurück – die werden jetzt in Bayern verbaut –, die vom Bund über den Swing für Baden-Württemberg bereitgestellt wurden. Das wäre schon die Blamage überhaupt. Noch größer ist allerdings die Blamage, dass Mittel, die im Jahr 2013 regulär auf Baden-Württemberg entfallen sind, nicht einmal verbaut wurden.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Theaterstück!)

Meine Damen und Herren, da spricht pure Ideologie. Selbst die SPD schweigt.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das ist einfach falsch, was Sie sagen!)

Die Situation, in die das Land hineinmanövriert wurde, kann man nur mit Ideologiebesetzung beschreiben, weil Sie etwas dagegen haben, dass Menschen sich mobil bewegen. Sie haben nicht die ganze Tragweite erkannt, was Mobilität für dieses Land bedeutet.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Durch die Mobilität – auch wenn Sie, Herr Hermann, es nicht hören wollen –, durch die individuelle motorisierte Mobilität ist Baden-Württemberg erst groß geworden. Durch die Unabhängigkeit des Wohnorts vom Arbeitsort, durch die Möglichkeit der Logistik für die Unternehmen

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Oberlehrer!)

wurde es erst möglich, dass sich in Baden-Württemberg Unternehmen auch außerhalb der Ballungsräume angesiedelt haben, und wurde es erst möglich, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die nicht an der Arbeitsstelle wohnen, pendeln konnten.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Herr Oberlehrer!
– Abg. Claus Schmiedel SPD: Haben Sie schon etwas vom Salamanderzug nach Kornwestheim gehört?
10 000 Leute!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese weitreichende Entwicklung versuchen Sie zu untergraben. Das ist der ganz entscheidende Punkt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Martin Rivoir SPD: Wenig Beifall!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Grün und Rot haben damit ein echtes Problem. Wissen Sie: Herr Kuhn jammert jetzt in Stuttgart über ausufernde Mietwohnungspreise und über mangelnde Bauflächen. Meine Damen und Herren, die Probleme in Stuttgart wären noch viel größer, hätten wir nicht rechtzeitig individuelle Mobilität ermöglicht – über Straßen, aber auch über den öffentlichen Nahverkehr. Warum haben wir denn die ganz großen Probleme, wie andere Metropolen sie haben, in Stuttgart nicht? Wir haben sie doch deshalb nicht, weil viele aus dem Schönbuch, aus dem schwäbisch-fränkischen Wald, aus dem Schurwald, aus dem Schwarzwald hier in den Raum pendeln, auch mit der S-Bahn pendeln, weil die S-Bahn-Linien erweitert wurden. Wir haben sie nicht, weil auch die Straßenverhältnisse entsprechend stimmen. Tausende von Menschen, die tagtäglich im Prinzip auf

überfüllten Straßen fahren, wollen Entlastung. Das ist ökologisch vertretbar und notwendig, aber auch ökonomisch vertretbar und notwendig.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP – Glocke des Präsidenten)

Das ist das, was Sie verkennen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Präsident Guido Wolf: Kollege Hauk, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Maier?

Abg. Peter Hauk CDU: Wenn es nicht auf die Redezeit angerechnet wird.

Abg. Klaus Maier SPD: Herr Hauk, dazu, dass im Landesstraßenbau nichts vorangehe: Ich kann aus meinem Wahlkreis berichten. Da gibt es eine Straße zwischen zwei Orten im ländlichen Raum,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Wahlkreis!)

auf der viele Pendler unterwegs sind. Diese ist seit 40 Jahren marode.

Abg. Peter Hauk CDU: Und?

Abg. Klaus Maier SPD: 40 Jahre lang ging es dort keinen Schritt vorwärts.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: CDU!)

Jetzt kommt die neue Landesregierung. Im vergangenen Jahr ist die erste Hälfte gemacht worden, in diesem Jahr wird die zweite Hälfte gemacht.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf von der CDU: Frage! – Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Lasotta
CDU – Glocke des Präsidenten)

Abg. Peter Hauk CDU: Das war ja längst überfällig. Herr Maier, das streitet –

(Glocke des Präsidenten)

Abg. Klaus Maier SPD: Bleiben Sie bei Ihrer Aussage, im Bereich des Landesstraßenbaus gehe nichts voran?

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Abg. Peter Hauk CDU: Es geht nichts sichtbar voran. Die Landesstraßenbaumittel sind gegenseitig deckungsfähig mit den Mitteln für Radwege, und es werden zum Teil Radwege gebaut, gegen die ich mich nicht wehre – denn das Rad gehört zur Mobilität insgesamt –, die aber schlichtweg dringend notwendige Straßenbaumittel aufsaugen.

(Abg. Nikolaus Tschenk GRÜNE: Ammenmärchen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie haben beim Thema „Individuelle Mobilität“ ein echtes Problem. Denn auch in 100 Jahren werden die Menschen sich noch individuell fortbewegen. Das wird auf vier Rädern passieren, egal, mit welchem Antrieb, und dazu werden auch dann Straßen notwendig sein.

(Peter Hauk)

Es ist ein Skandal sondergleichen, dass im Jahr 2013 diese Mittel des Bundes nicht abgerufen wurden. Herr Hermann, Sie tragen persönlich die Verantwortung – die Landesregierung auch in Gestalt des Finanzministers – dafür, dass in Baden-Württemberg trotz eines allgemein festgestellten Bedarfs nichts vorangeht. Das ist doch der eigentliche Skandal.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Jetzt kommen Sie doch nicht damit, Sie hätten kein Personal. Sie regieren seit drei Jahren. Da kann man sich doch nicht mehr auf die Altlasten der Vorgänger berufen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Doch! Natürlich! Was sind denn drei Jahre gegen 58?)

Sie haben 500 neue Stellen in den Ministerien geschaffen, aber nirgendwo eine im Straßenbau. Wenn Sie den Mangel erkannt hätten, hätten Sie dort neue Stellen schaffen können.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Kollege Hauk, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Fritz?

Abg. Peter Hauk CDU: Nein. – Es trifft auch nicht zu, dass es keine vom Bund genehmigten Maßnahmen gäbe. Wir haben derzeit laufende Baumaßnahmen, bei denen Bauabschnitte noch vor der Realisierung stehen, die Sie nicht angehen. Die sind vom Bund genehmigt und freigegeben. Das Geld dafür hätten Sie locker abrufen können.

(Minister Winfried Hermann: Welche? Wo?)

– Wo? Ich nenne einmal die Ortsumfahrung Adelsheim, nächster Bauabschnitt. Ich nenne die Ortsumfahrung Unlingen, die Ortsumfahrung Reutlingen, die Ortsumfahrung Dunningen, die Ortsumfahrung Schwetzingen.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Quatsch!)

Überall gibt es Baumaßnahmen, bei denen weitere Bauabschnitte sofort hätten begonnen werden können.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Kollege Hauk, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Rösler?

Abg. Peter Hauk CDU: Nein. – Darum geht es, meine sehr verehrten Damen und Herren. Sie wollen nicht bauen, weil Sie etwas gegen Straßenbau haben. Sie haben noch nicht begriffen, dass die Vernetzung der städtischen Räume, der Ballungsräume mit den ländlichen Räumen insgesamt für die Lebensqualität der Baden-Württemberger ganz entscheidend ist. Diese Vernetzung muss hergestellt und ausgebaut werden. Das geht nur über leistungsfähige Verkehrsverbindungen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Jetzt heilen Sie vieles. Sie wollen, dass Swingmittel in der Zukunft nicht verloren gehen oder es höhere Mittel gibt. Jetzt

versuchen Sie das zu heilen. Interessant ist, dass diese Dinge im Dritten Nachtrag überhaupt nicht drinstehen. Was passiert denn mit den 400 Millionen €, die in diesem Jahr an Steuermehreinnahmen erwartet werden? Was passiert denn mit dem festgestellten Rechnungsabschluss des Jahres 2012, der vor einem Jahr vorlag? Das waren 1,054 Milliarden € Überschuss. Was passiert denn mit dem zu erwartenden rechnerischen Überschuss des Jahres 2013, der in acht Wochen festgestellt werden wird? Wenn ich diese drei Zahlen summiere, komme ich auf rund 3 Milliarden €. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das wird einmal festgestellt. In acht Wochen wird der Überschuss des Jahres 2013 festgestellt, und dann wandert er in den Bunker des Finanzministers.

Der Finanzminister spricht dann von Risiken. Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Risikoeinschätzung müssen Sie schon dem Haushaltsgesetzgeber überlassen. Das ist nicht Sache der Regierung. Sie zu benennen, ja, aber die Entscheidung darüber, was hinsichtlich der Risiken getan wird, ob vorgesorgt wird, ob gebunkert wird, entscheidet der Landtag. Sie zahlen hohe Schuldzinsen – im letzten Jahr waren es 1,8 Milliarden € – und bekommen niedrige Habenzinsen; das ist dann der Bunker. Diese Arithmetik, diese Mathematik kann nur aus der Gemeinschaftsschule kommen, sonst nirgendwoher.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! Völlig richtig!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sage ganz klar: Wir erwarten, dass Sie den Überschuss des Jahres 2012, die 400 Millionen € an prognostizierten Steuermehreinnahmen, zur sofortigen Neuverschuldungsaussetzung in Baden-Württemberg im Jahr 2014 verwenden, dass Sie die Neuverschuldung in diesem Jahr sofort auf null setzen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Sie können es finanztechnisch und rechnerisch. Wenn Risiken auftauchen, lassen Sie den Landtag darüber entscheiden, wie mit Risiken umgegangen wird.

(Abg. Thomas Marwein GRÜNE: Den Landtag, aber nicht die CDU!)

In Wahrheit wollen Sie, Herr Finanzminister, doch nur eines, nämlich die schwarze Kasse anfüllen,

(Zuruf von der CDU: Genau! – Unruhe bei den Grünen und der SPD)

damit Sie rechtzeitig vor der nächsten Landtagswahl das Füllhorn mit den Wohltaten ausschütten können. Das ist doch Ihre eigentliche Maßnahme und Ihr eigentliches Vorhaben. Von Transparenz, Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit keine Spur. All die Forderungen, die Sie der CDU immer entgegengehalten haben, strafen Sie selbst mit Hohn. Wir wollen Klarheit, wir wollen Transparenz, und diese ist jetzt mit diesem Dritten Nachtragshaushalt herzustellen. Nullneverschuldung jetzt und nicht erst am Sankt-Nimmerleins-Tag.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion GRÜNE spricht Herr Kollege Schwarz.

(Abg. Manfred Lucha GRÜNE: Schwarze Kassen von schwarzen Kassierern! – Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Secker! GRÜNE)

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Baden-Württemberg ist ein starkes Land,

(Zurufe von der CDU: Noch! – Gegenruf von den Grünen: Trotz der CDU!)

weil es hier selbstbewusste, engagierte Bürgerinnen und Bürger, eine starke mittelständische Wirtschaft mit innovativen Unternehmen, starke Kommunen, starke Städte und Gemeinden gibt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Zuruf von den Grünen: Eine starke Regierung!)

Der Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg und mit ihm alle Bürgerinnen und Bürger und die Unternehmen des Landes sind auf eine moderne, intakte Verkehrsinfrastruktur ebenso wie auf eine seriöse Finanzpolitik angewiesen. Beidem werden wir heute gerecht werden.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Peter Hauk CDU: Da klatschen nicht einmal die Grünen!)

Nachhaltigkeit heißt für uns, dass wir die Neuverschuldung Jahr für Jahr entsprechend einem festen Fahrplan, dem Finanzplan 2020, senken. Das ist eine große Herausforderung, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir haben aufgrund des CDU-Schuldenbergs von 43 Milliarden €

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und des Abg. Claus Schmiedel SPD – Oh-Rufe von der CDU)

immer noch eine Zinslast von knapp 1,9 Milliarden € in diesem Jahr zu tragen.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist halt so!)

Es wird eine große Anstrengung sein, die Neuverschuldung bis 2020 auf null heruntergefahren zu haben.

(Zurufe der Abg. Klaus Herrmann und Dr. Bernhard Lasotta CDU)

In den Jahren 2011 und 2012 konnten wir aufgrund des günstigen Verlaufs der Einnahmen den Haushalt ohne Neuverschuldung aufstellen, und das trotz des bestehenden strukturellen Defizits, das wir von Ihnen übernommen haben.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Genau! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die Schulden wollen Sie auf null zurückführen? Glück auf!)

Spätestens 2020 wird die Neuverschuldung bei null sein.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Klaus Herrmann: Die war schon bei null! – Gegenruf des Abg. Martin Rivoir SPD: Ruhe! – Glocke des Präsidenten)

Dann werden wir auch das strukturelle Defizit auf null abgesenkt haben. Die Hälfte des strukturellen Defizits haben wir schon getilgt, die andere Hälfte werden wir noch tilgen. Da sind wir auf einem ordentlichen Weg.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Die Mai-Steuerschätzung hat ein erfreuliches Plus von 400 Millionen € netto erbracht. Das ist ein gutes Signal.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Ich werte das so: Den Unternehmen und den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land geht es gut.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Trotz der Landesregierung!)

Die Regierung hat stabile Rahmenbedingungen für Unternehmen und für die Bürgerinnen und Bürger geschaffen. Die Lohnentwicklung ist gut, das Steueraufkommen ist gut, und ein Wind des Optimismus weht hier in unserem Land, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und des Abg. Claus Schmiedel SPD – Abg. Martin Rivoir SPD: Genau!)

Wir dürfen die Risiken des Haushalts nicht außen vor lassen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das größte Risiko ist die Landesregierung!)

Der Minister hat das EuGH-Urteil zur Beamtenbesoldung angesprochen. Die Risiken werden auf 200 Millionen € beziffert. Die Konsequenzen aus der Ukraine-Krise und deren Auswirkungen auf die Wirtschaft in Baden-Württemberg sind momentan nicht bezifferbar. Auch was den Anstieg der Zahlen von Asylbewerbern und Flüchtlingen angeht, gibt es noch Risikopositionen im Haushalt.

Wir tun also gut daran, wenn wir das Thema „Absenkung der Nettokreditaufnahme“ in einer Gesamtbetrachtung von Einnahmen und Risiken diskutieren. Wenn wir das heute machen würden, ohne eine Gesamtschau gemacht zu haben, wäre es zu früh. Vielmehr tun wir gut daran, das sehr gründlich zu besprechen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Ich möchte noch einmal an einem Beispiel darstellen, wie unseriös Ihre Finanzpolitik war, Herr Kollege Hauk.

(Abg. Thomas Marwein GRÜNE: Jetzt kommt's!)

Schauen wir gerade einmal auf den Verkehrsbereich. Ich verweise auf die Drucksache 15/2716 aus dem Jahr 2012.

(Abg. Andreas Deuschle CDU: Schauen Sie doch einmal nach vorn!)

Damals hat Ihre Fraktion in den Beratungen des Staatshaushaltsplans beantragt, Einnahmereste aus Kreditemächtigungen der Vorjahre zu streichen. Einnahmereste dienen immer dazu, Ausgabenreste zu finanzieren. Wo gibt es denn Ausgabenreste?

(Andreas Schwarz)

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Überall bei euch!)

Ausgabenreste gibt es insbesondere im Baubereich: im Hochbau, im Straßenbau, bei anderen Infrastrukturvorhaben. Was Sie beantragt haben, hätte einen Baustopp bedeutet. Hätten wir Ihrem Antrag Folge geleistet und die Einnahmereste gestrichen, hätte man gleichzeitig die Ausgabenreste streichen müssen. Das hätte zu einem Baustopp geführt. Die CDU wäre die Baustopp-Fraktion hier im Landtag gewesen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Abg. Martin Rivoir SPD: Genau! Die Baustopp-Fraktion!)

Es ist schon eigenartig: Sie amseln sich immer auf als die Schutzheiligen, die Schutzpatrone des Straßenbaus, aber das sind Sie nicht. Spätestens mit diesem Haushaltsantrag sind Sie entlarvt, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Zuruf des Abg. Andreas Glück FDP/DVP)

Wir werden den Sanierungsstau, den Sie hinterlassen haben, beheben. Der Investitionsstau, den Sie hinterlassen haben, verlagert Kosten auf kommende Generationen. Er belastet die Leistungsfähigkeit des Straßennetzes und damit Wirtschaft und Bürger.

Ich bin sehr froh, dass im letzten Jahr mit 815 Millionen € so viele Mittel wie noch nie in den letzten Jahren in Baden-Württemberg verbaut wurden. Ich habe großen Respekt vor der Straßenbauverwaltung, vor allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die hier Großartiges geleistet haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

2014 wird so viel Geld in den Erhalt und in die Sanierung der Landesstraßen investiert wie nie zuvor. Woran liegt das? An geänderten Mehrheitsverhältnissen hier im Landtag.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD
– Abg. Martin Rivoir SPD: Genau!)

Grüne und SPD haben seit 2011 so viele Landesgelder, so viele originäre Haushaltsmittel für den Straßenbau aufgewendet wie nie zuvor. 2014 steht mit 125 Millionen € eine Rekordsumme für den Erhalt der Landesstraßen in Baden-Württemberg zur Verfügung.

(Zuruf von den Grünen: Jawohl!)

Zum Vergleich: Als die CDU regiert hat, waren es zwischen 8,7 Millionen und maximal 50 Millionen € pro Jahr.

(Staatssekretär Ingo Rust: Unglaublich! So wenig? –
Abg. Nikolaus Tschenk GRÜNE: Ganz schwaches Bild!)

Unter der Regierung von SPD und Grünen sind es in diesem Jahr 125 Millionen €.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Wir werden heute einen weiteren Punkt Ihrer verfehlten Straßenbaupolitik korrigieren: Seit 2005 hat die CDU 30 % der Stellen in der Straßenbauverwaltung gestrichen.

(Staatssekretär Ingo Rust: Was?)

Insgesamt 187 Stellen sind unter Ihrer Regie abgebaut worden.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Skandal! – Abg. Jörg Fritz GRÜNE: Dürfen die das? – Staatssekretär Ingo Rust: Wollen die weniger Straßen?)

Wir haben das gestoppt. Seit 2013 haben wir 39 Stellen in der Straßenbauverwaltung geschaffen. In dem Nachtragsentwurf zum Staatshaushaltsplan, der Ihnen vorliegt, ist die Schaffung von 30 weiteren Stellen vorgesehen. Wir statten die Straßenbauverwaltung angemessen aus.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Jetzt noch ein Stichwort zum Bundesfernstraßenbau: Der Bund ist hier immer noch mit einer vorläufigen Haushaltsführung unterwegs. Frau Staatssekretärin Bär aus dem Bundesverkehrsministerium schreibt, erst im Juli würden den Ländern verbindliche Daten gegeben. Liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, das kann doch wohl nicht Ihr Ernst sein, dass erst im Juli Planungssicherheit herrscht. Wir brauchen diese Planungssicherheit früher. Die Länder müssen wissen, wie viele Gelder tatsächlich für den Straßenbau zur Verfügung stehen. Um die nötige Flexibilität zu schaffen, damit der Verkehrsminister loslegen kann, erhöhen wir jetzt die Swingmittel, die Mittel für die Vorfinanzierung, auf 100 Millionen €.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD
– Abg. Martin Rivoir SPD: Bravo!)

Jetzt möchte ich noch ein Thema ansprechen, das die Baufreigaben betrifft. Das ist schon ein großes Theaterstück. Man könnte etwa den Kollegen Mack zitieren, der auf seiner Homepage geschrieben hat, die Ortsumfahrung Mögglingen an der B 29 hätte begonnen werden können.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Unsinn hoch drei!)

Sie, Herr Landtagspräsident, haben mit dem Kollegen Schefold einen Spatenstich an der B 29 durchgeführt

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Was? – Zuruf des Ministers Winfried Hermann)

und damit suggeriert, diese Straßenbaumaßnahme hätte begonnen werden können.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Natürlich! – Unruhe bei der CDU)

Uns liegt hierzu ein Brief der Parlamentarischen Staatssekretärin im Bundesverkehrsministerium, Frau Bär, vor.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: CDU?)

– CSU.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Schwarz!)

Ich zitiere:

Spielräume für Neubeginne von Bundesfernstraßen sind in Baden-Württemberg auf Basis der derzeit noch aktuellen Finanzplanung bis 2017 nicht vorhanden.

(Oh-Rufe von den Grünen und der SPD – Abg. Hans-Ulrich Secker! GRÜNE: Hört, hört!)

(Andreas Schwarz)

Da muss ich schon sagen: Sie haben eine bewusste Irreführung der Bürgerinnen und Bürger betrieben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Warum machen Sie dann den Nachtragshaushalt?)

Ich kann heute nur sagen: Mit den zusätzlichen Stellen für die Straßenbauverwaltung und der Erhöhung der Mittel für die Vorfinanzierung tragen wir einer nachhaltigen Straßenbaupolitik und einer seriösen Finanzpolitik Rechnung. Ich bin gespannt, ob Sie am Ende dem Nachtrag zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Zuruf von den Grünen: Bravo! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das war kein 1 : 0, das war ein 2 : 0!)

Präsident Guido Wolf: Für die SPD-Fraktion spricht Kollege Haller.

Abg. Hans-Martin Haller SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Einen Nachtrag, der aufbaut auf dem Zustand, dass wir in einem Glück verheißenden Land leben – der Finanzminister hat es gesagt –, in dem wir Wachstum und eine geringe Arbeitslosigkeit haben, verdanken wir vor allem tüchtigen Unternehmern und tüchtigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Und der SPD!)

und ergänzend

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Und den „Altlasten“ der alten Regierung!)

einer sehr, sehr soliden Finanz-, Wirtschafts- und Haushaltspolitik dieser grün-roten Regierung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Darauf sei noch einmal verwiesen.

Sie haben es geschafft, in 58 Jahren zweimal ohne Neuverschuldung auszukommen. Das ist ein Negativrekord sondergleichen. Wir haben zumindest einmal im Jahr 2012 und ansatzweise auch im Jahr 2011 Haushalte ohne einen Cent Neuverschuldung hier eingebracht, und das in nur inzwischen knapp drei Regierungsjahren.

Meine Damen und Herren, was Finanzpolitik betrifft, können Sie von uns etwas lernen. Auf Ihren Stil und Ihre Methode gehen wir nicht ein.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf des Abg. Matthias Präfrock CDU)

Wir haben den Sanierungsstau aufgelöst. Wir sorgen für sicheren Unterricht. Die Hochschulen werden angemessen gestattet. Wir haben für die Neuverschuldung einen klaren Abbaupfad bis zum Jahr 2020, von dem wir uns durch Einzelsituationen auch nicht abbringen lassen. Wir haben eine gute Situation. Wir haben Überschüsse aus den Vorjahren und ei-

ne gute Haushaltsschätzung. Aber wir haben auch – der Finanzminister hat darauf hingewiesen – gewisse Risiken, die wir einzuschätzen haben, und wir machen es halt auch schwäbisch: Wenn man ein bisschen was in der Sparkasse hat, braucht man es nicht gleich wieder auszugeben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Nun ist dieser Nachtragshaushalt inhaltlich durch das Thema Verkehr geprägt. Herr Hauk hat sich bemüht, sich sogar zum Mobilitätsphilosophen hochzustilisieren.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Bemüht! – Zuruf von der SPD: Es blieb beim Bemühen!)

Aber Verkehr hat etwas mit Geld und mit Bauen zu tun.

Sie von der CDU wiederholen das Mantra, diese Regierung würde keine Straßen bauen. Meine Damen und Herren, das ist extrem unlauter. Nehmen Sie doch keine so aggressive Haltung ein. Sie können sagen: „Sie baut uns zu wenig.“ Aber zu sagen, sie würde keine bauen, obwohl wir im letzten Jahr mit 830 Millionen € eine Rekordsumme verbaut haben – also da müssen Sie schon blind sein, wenn Sie nicht sehen, was in diesem Land abgeht.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Das Dilemma ist natürlich die Bundespolitik, von der wir hinsichtlich der großen Infrastruktur komplett abhängen. Die Vordner haben darauf hingewiesen. Wir bekommen erst Mitte des Jahres Zahlen vom Bund: Wie viel Geld steht denn zur Verfügung? Jetzt frage ich Sie: Sollen wir so lange die Hände in den Schoß legen und Baustellen stilllegen?

(Abg. Winfried Mack CDU: Das habt ihr letztes Jahr schon gemacht!)

Nein, gegen diese Bundespolitik haben wir das Rezept, das der Finanzminister jetzt eingebracht hat, nämlich die Erhöhung der Verfügungsmittel für den Swing, damit wir rechtzeitig bauen können, rechtzeitig beginnen und uns in der Verwaltung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an der Front von den etwas willkürlichen Finanzströmen des Bundes ein bisschen unabhängig machen.

Dazu noch ein Wort: Die CDU erklärt ja immer, was sie mit dem Geld, das angeblich nicht verbaut wurde, an Straßen hätte bauen können. Wir haben 15 Millionen € aus den Verfügungsmitteln zurückgegeben. Ihr eigenes Ministerium in Berlin redet sogar nur von 6 Millionen €.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Aha!)

35 Millionen € dienten der Refinanzierung, der vorzeitigen Schuldentilgung. All das Geld haben Sie dann verbaut. Das steht uns ja später wieder zur Verfügung.

Jetzt muss man einfach noch einmal deutlich machen: Was ist denn der Stil und die Methode insbesondere von Ihnen, meine Damen und Herren der CDU? Vor Ort fordern Mandatsträger jeglicher Couleur: Wir wollen Straßen, Straßen, Straßen. Sie suggerieren, man müsste nur laut genug rufen, dann würde das Geld aus Berlin schon fließen. Sie suggerieren, Berlin hätte einen Topf mit unbegrenzten Geldmitteln, anstatt dass Sie den Bürgern sagen:

(Hans-Martin Haller)

(Abg. Peter Hauk CDU: Nehmen Sie doch einfach das, was da ist!)

„Auch Berlin hat nur begrenzte Mittel.“ Sogar das musste der grüne Verkehrsminister machen.

Was machen Sie in Berlin? Dort sitzen Sie am Geldtopf. In Ihrer ganzen vergangenen Regierungszeit haben Sie die Mittel für die Verkehrsinfrastruktur nicht erhöht. Erst seit die SPD jetzt in der Regierung ist, werden diese Mittel um ca. 1,2 Milliarden € jährlich aufgestockt. Das ist nicht Ihr Verdienst, das ist das Verdienst der SPD.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Claus Schmiedel SPD: Genau! – Zuruf des
Abg. Winfried Mack CDU)

Wir mussten Sie, die Sie ja unser Partner in Berlin sind – aber man hat manchmal auch schwierige Partner –, überzeugen, dass wir für Infrastruktur im Verkehr für diese Republik und für dieses Land mehr Geld benötigen. Das war ein Kraftakt, aber wir haben es halt wieder einmal geschafft,

(Abg. Martin Rivoir SPD: Genau! Wie so oft!)

hier die Schwarzen zu überzeugen.

Ich frage mich immer und immer wieder: Was ist denn das Konzept der CDU im Land? Was wollen Sie denn für eine Verkehrspolitik? Sie stellen keine Anträge, Sie stellen nur Forderungen. Ich habe den Eindruck, Sie, meine Damen und Herren, sind die galaktische Konzeptionslosigkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen
– Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Kollege Haller, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Mack?

Abg. Winfried Mack CDU: Herr Kollege Haller, an dieser Stelle möchte ich folgende Frage stellen: Verkehrsminister Hermann hat ja alle baureifen Maßnahmen durchpriorisiert und Posterioritäten gesetzt.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Was für Dinger?)

Er hat Projekte nach vorn bzw. nach hinten geschoben. Jetzt war Ihr Fraktionsvorsitzender am Montag dieser Woche bei einer Veranstaltung in Aalen,

(Zuruf: Sehr gut!)

wo er zu Mögglingen und zur Priorisierung durch den Verkehrsminister gefragt wurde. Er wurde auch gefragt, warum sich diese Straßen so weit hinten in der Priorisierung befinden würden. Da hat der Fraktionsvorsitzende Ihrer Fraktion gesagt, das sei alles für den Papierkorb. Sind auch Sie der Meinung, dass das, was der Verkehrsminister gemacht hat, für den Papierkorb ist, oder welche Konzeption verfolgen Sie?

Abg. Hans-Martin Haller SPD: Wir verfolgen die Konzeption dieser Regierung. Wir stehen zu dieser Priorisierungsliste. Das ist doch völlig klar. Das ist keine Liste des Ministers.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Das ist eine Liste dieser Regierung, und wir wissen auch, dass der Bund sich nicht daran halten muss. Er hat die Verfügungshoheit. Aber wir haben ihm in eigener Verantwortung einen Vorschlag gemacht. Das ist etwas, was Sie nie zuwege gebracht haben, nämlich auch einmal zu sagen, was Sie wollen. Das nenne ich Konzeptionslosigkeit.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Glocke des
Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Kollege Haller, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Schmiedel?

Abg. Hans-Martin Haller SPD: Bitte.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Kollege Haller, können Sie bestätigen,

(Zuruf: Ja!)

dass in mehreren Briefen des Bundesverkehrsministers, aber auch der Staatssekretärin deutlich gemacht wurde, dass der Bund nach eigenen Kriterien eine eigene Priorisierung vornehmen und vorlegen wird, und dass der Minister gesagt hat, dass er sich an die Priorisierung, die das Land vorgenommen hat, nicht gebunden fühlt, und dass insofern die Reihenfolge in Berlin festgelegt wird?

Abg. Hans-Martin Haller SPD: Genau. Herr Kollege Schmiedel, das kann ich natürlich uneingeschränkt bestätigen. Das ist mehrfach schriftlich geschehen. Das ist z. B. auch bei Unlingen geschehen, wo der Bund dem Vorschlag des Landes eben nicht gefolgt ist, sondern gesagt hat: „Unlingen ist uns wichtiger als die B 31 oder eine andere Straße.“ Dass der Bund dieses Recht hat, bestreiten wir überhaupt nicht. Das ist völlig klar: Wer zahlt, schafft an. Aber wir müssen doch als Land auch sagen, was wir wollen, und dem Bund gegenüber eine eigene Idee formulieren. Denn sonst könnten wir doch unser Verkehrsministerium fast auflösen.

(Lachen des Abg. Winfried Mack CDU)

Das ist nicht nur eine Durchgangsverwaltung für den Bund, sondern das MVI dient dazu, mit Landesmitteln eigene Straßen zu bauen und natürlich dem Bund auch Vorschläge zu machen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen
– Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Kollege Haller, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Razavi?

Abg. Hans-Martin Haller SPD: Ja, gern.

Abg. Nicole Razavi CDU: Lieber Herr Kollege Haller,

(Oh-Rufe von den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Mein lieber Herr Kollege Haller! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Es gibt auch einen vernünftigen Umgang!)

verstehen Sie denn dann, warum unser Landesverkehrsministerium eine Prioritätenliste nicht nach denselben Kriterien wie der Bund, sondern nach anderen Kriterien aufstellt? Verstehen Sie das? Und vor allem: Hätte man sich dann die Mühe

(Nicole Razavi)

nicht sparen können und die Arbeitszeit und Arbeitskraft in sinnvollere Dinge investieren können?

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Da brauchen wir keine neuen Stellen!)

Abg. Hans-Martin Haller SPD: Ich verstehe das, denn zur Politik gehört, den eigenen Verstand nicht auszuschalten, sondern den eigenen Verstand einzusetzen, eigene Prioritäten zu setzen und eigene Vorschläge zu unterbreiten. Sonst brauchen wir sie doch gar nicht.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Dass es das Recht und die Pflicht eines Bundeslands ist, auch gegenüber dem Bund andere Konzepte, andere Inhalte zu vertreten, ist doch die größte Selbstverständlichkeit. Sonst können wir den Föderalismus gleich auflösen und sagen: „Wir machen nur noch, was der Bund will.“ So ein Verständnis von Politik, erst recht von Verkehrspolitik hat die SPD nicht, wohl auch unsere Kollegen von den Grünen nicht und damit diese Regierung auch nicht.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Noch ein Letztes: Herr Hauk hat verwiesen auf das Thema Mobilität, darauf, was geschieht und was nicht geschieht. Uns ist das sehr wohl bewusst, Herr Hauk, gerade weil wir so ein hohes Pendlerwesen haben. Jetzt erinnere ich Sie wieder an Ihre eigene Vergangenheit beim Thema „Regionalisierungsmittel, Schienenpersonennahverkehr“. Wir brauchen den Schienenpersonennahverkehr, damit weniger Menschen mit dem Auto auf den Straßen fahren und dadurch die Verkehrsdichte abnimmt. Die Regionalisierungsmittel reichen längst nicht mehr aus. Wir stellen 80 Millionen € an Landesmitteln bereit, damit der SPNV erhalten bleibt.

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Sie haben seinerzeit gekürzt.

(Abg. Sascha Binder SPD: Züge abbestellt!)

Meine Damen und Herren, Herr Hauk, das müssen Sie schon zur Kenntnis nehmen. Ihr Problem ist doch, dass Sie an den realen Zahlen vorbeiaargumentieren, so, wie es Ihnen gerade einfällt.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Wir haben die Landesmittel für den Erhalt von Landesstraßen erhöht; Sie hatten über Jahre hinweg viel weniger Mittel. Sie haben jahrelang alle Anträge der SPD zur Erhöhung der Mittel abgelehnt: 2006, 2007, 2008, 2009. Sie waren die großen Blockierer.

(Abg. Peter Hauk CDU: Haben Sie sie jetzt erhöht?
– Gegenruf des Abg. Sascha Binder SPD: Ja, ja!)

– Moment. Ja, das haben wir selbstverständlich. Wir haben sie von 50 auf 100 und jetzt auf 125 Millionen € erhöht.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Einsame Spitze!)

Das ist eine Meisterleistung. Wir zünden ein Silvesterfeuerwerk mit Raketen für die Verkehrspolitik im Land.

(Beifall des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Platzpatronen!)

Sie kommen mit Heulern und Knallfröschen daher.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion der FDP/DVP spricht Kollege Dr. Rülke.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Finanzminister hat am heutigen Tag einen Miniaturnachtragshaushalt vorgelegt. Der ist offensichtlich notwendig geworden. Mit diesem Nachtragshaushalt werden im Grunde zwei Schritte verknüpft. Dies ist zum einen der letzte Schritt einer hermannschen Springproze-
sion

(Zuruf: Oje!)

und zum anderen ein Zwischenschritt einer schmidtschen Eichhörnchenpolitik.

(Oh-Rufe von den Grünen und der SPD)

Aber reden wir vielleicht zunächst einmal über die hermannsche Springproze-
sion. Herr Kollege Schwarz, Sie müssten, glaube ich, in einer zweiten Runde vielleicht erklären, wie es sein kann, dass Sie einerseits davon ausgehen, dass bis zum Jahr 2017 in Baden-Württemberg sowieso kein Bundesfernstraßenprojekt mehr gebaut werden kann,

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Nicht ich! Der Bund!)

Sie aber gleichzeitig einen Nachtragshaushalt mit Vorfinanzierungsermächtigungen für ebendiesen Bundesfernstraßenbau vorlegen.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Also wollen Sie doch an den Swing heran.

(Zuruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

Meine Damen und Herren, das sagen Sie deutlich. Wenn Sie nicht die Möglichkeit sehen würden, an den Swing heranzukommen, dann brauchten Sie diesen Nachtragshaushalt nicht. Das ist doch irgendwie logisch, oder nicht?

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Kollege Dr. Rülke, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Haller?

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aber sicher.

Abg. Hans-Martin Haller SPD: Herr Kollege Dr. Rülke, ist Ihnen bekannt, dass Herr Kollege Schwarz von „keine Neubeginne ermöglichen“ gesprochen hat? Wir haben noch eine knappe Milliarde Euro abzarbeiten. Dazu sagt das Ministerium: „Das hat Vorrang.“ Aber auch um diese Mittel abzar-

(Hans-Martin Haller)

beiten benötigen wir den Swing. Ich frage Sie: Wollen Sie denn erst im August oder September anfangen zu bauen?

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU – Gegenrufe:
Pst!)

Die Vergaben müssen – so ist es in der Bauwirtschaft wegen des Wetters in diesem Land – im Winter bzw. im Frühjahr erfolgen,

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sehr richtig!)

damit die Bauunternehmen im Sommer ihre Arbeit leisten können. Sie müssen die Sache schon sehr differenziert und dürfen sie nicht so schablonenhaft betrachten, wie Sie hier argumentieren.

(Beifall der Abg. Andrea Lindlohr und Andreas Schwarz GRÜNE)

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Es ist jedenfalls, meine Damen und Herren, notwendig, dass Sie an den Swing herankommen; das haben Sie jetzt gemerkt, und auch die SPD hat es gemerkt. Deshalb hat man die Politik des Verkehrsministers innerhalb der Koalition auch etwas korrigiert.

Kommen wir also einmal zu dieser „Springprozeession“. Es ist offensichtlich, dass Herr Minister Hermann am Straßenbau nicht besonders interessiert ist.

(Zuruf von den Grünen: Quatsch! – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Der eine oder andere Fahrradweg, gut. Landesstraßen sanieren, auch gut – wahrscheinlich käme er sonst in der Koalition nicht klar. Ich unterstelle der SPD-Fraktion überhaupt nicht dieselbe Mobilitätsallergie, die der Verkehrsminister hat.

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Insofern wäre es nicht möglich, in dieser Koalition nun gänzlich von Straßenbauprojekten abzusehen. Aber er verhindert, wo es geht, beispielsweise beim Bundesfernstraßenbau. Er hat sich offensichtlich die Frage gestellt: „Wie kann ich verhindern, dass Swingmittel nach Baden-Württemberg fließen, um den Bundesfernstraßenbau voranzubringen?“ Deshalb hat er erklärt: „Wir hören in Baden-Württemberg jetzt mit der Politik der Spatenstiche auf und bauen immer erst dann, wenn alles durchfinanziert ist.“

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: A 3, Wertheim!)

Dann haben Sie plötzlich festgestellt, dass Sie mit dieser Politik nicht an die Swingmittel herankommen.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: So ein Quatsch!)

Weiter hat man dann plötzlich festgestellt, dass die SPD das nicht goutiert. Auch der Ministerpräsident hat es nicht goutiert. Er hat gesagt: „Das ist dumm gelaufen.“ Das ist in der Sprache des Ministerpräsidenten praktisch eine Rauswurfdrohung an Herrn Hermann. Deshalb hat man diese Politik dann hinterfragt.

Dann kam der zweite Sprung der hermannschen Springprozeession,

(Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Rülkes Märchenstunde!)

der da hieß: „Die alte Landesregierung ist schuld.“ Das hat er vom Finanzminister gelernt: Immer dann, wenn man zu viel ausgibt oder wenn etwas schief läuft, erklärt man, die alte Landesregierung sei schuld. Der Finanzminister selbst hat ihm aber einen Strich durch die Rechnung gemacht, als er bei einer Regierungspressekonferenz erklärt hat: „Am Personal lag es nicht.“ Also stimmt das, was der Herr Verkehrsminister behauptet hat, überhaupt nicht,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

dass nämlich die alte Landesregierung in der Straßenbauverwaltung so wenig Personal hinterlassen habe, dass man die Swingmittel gar nicht hätte verbauen können.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Haushalt! – Zuruf des Abg. Thomas Marwein GRÜNE)

Also brauchte Herr Hermann im dritten Schritt dann eine neue Begründung. Die neue Begründung war dann: „Der Bund ist schuld.“ Aber auch das hat ihm diese Koalition offensichtlich nicht durchgehen lassen.

Deshalb gibt es jetzt den vierten Schritt, diesen Nachtragshaushalt, weil man wieder mit der Politik der Spatenstiche beginnen will, die es zu Zeiten der schwarz-gelben Regierung gegeben hat und die offensichtlich gar nicht so schlecht war, meine Damen und Herren.

Damit ist diese hermannsche Springprozeession beendet. Was lernen wir daraus? Hätte Kolumbus Winfried Hermann an Bord gehabt, wäre Amerika wahrscheinlich bis zum heutigen Tag noch nicht entdeckt.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Heiterkeit bei der CDU – Abg. Martin Rivoir SPD: Mit solchen Witzen kommt man auf 3 %! Das waren jetzt schon fast 2 %!)

Kommen wir dann zur Haushaltspolitik, zum Zwischenschritt der schmidtschen Eichhörnchenpolitik. Kollege Hauk hat es schon angesprochen: Im Haushalt von Baden-Württemberg stehen – Kollege Hauk hat es etwas großzügiger gerechnet und dabei die nächsten Erhebungen schon eingerechnet; er kam auf 3 Milliarden €; wir wollen einmal konservativ schätzen – mindestens 2 Milliarden € zur Schuldenvermeidung, ja sogar zur Schuldentilgung zur Verfügung, meine Damen und Herren. Das wäre möglich; das wäre auch das Gebot der Stunde. Da können Sie auch nicht mit Haushaltsrisiken kommen. Solche Risiken hatten wir in der Vergangenheit immer, und trotzdem ist es in der Geschichte des Landes Baden-Württemberg schon mehrfach gelungen, ausgeglichene Haushalte vorzulegen.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: 2011, 2012 z. B.!)

Es ist doch eine Schande, wo unser Land Baden-Württemberg bei der Haushaltssolidität steht. Im Januar kam aus dem Bundesfinanzministerium die Meldung, Baden-Württemberg sei auf Platz 16 aller Bundesländer – Eintracht Braunschweig.

(Zurufe von den Grünen und der SPD)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Der Finanzminister ist mit stolzeschwellter Brust hier ans Rednerpult getreten und hat erklärt: „Hurra, Nordrhein-Westfalen hat Schulden nachgemeldet; wir sind jetzt nur noch die Zweitschlechtesten.“ Ja ist das unsere Benchmark in Baden-Württemberg?

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Das ist auch nicht notwendig, denn wir sehen, dass Sie in diesem Haushalt mindestens 2 Milliarden € versteckt haben. Die neuen Schulden, die Sie machen, sind unnötig. Wir könnten es im Gegenteil wie Bayern machen; wir könnten Schulden tilgen. Das ist die Realität, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Von all dem ist nicht die Rede, Herr Finanzminister. Vielmehr stellen Sie sich immer nur die Frage nach neuen Ausgaben: „Wo können wir neue Ausgaben anbringen?“ Sie stellen sich immer nur die Frage – wie beim vorangegangenen Tagesordnungspunkt –: „Wie können wir noch mehr Steuern einnehmen?“ Die Mai-Steuerschätzung hat 400 Millionen € Mehreinnahmen ergeben. Das entspricht genau dem Märchen, das Sie noch in Ihrem Haushalt stehen haben, dem Märchen über zusätzliche Steuermehreinnahmen im Falle eines rot-grünen Sieges bei der Bundestagswahl im vergangenen Jahr, der nicht eingetreten ist. Sie hatten Steuererhöhungen einkalkuliert. Die brauchen Sie jetzt nicht einmal. Denn 400 Millionen € wurden zusätzlich generiert; dies ergab die Mai-Steuerschätzung.

Das sind doch alles Faktoren, die deutlich machen, dass wir im Land Baden-Württemberg eine in höchstem Maß unsolide Haushaltspolitik haben.

Dann verkaufen Sie es noch als große Leistung, dass Sie vielleicht im Jahr 2020 keine neuen Schulden mehr machen wollen. Das ist doch längst möglich. Viele Bundesländer führen das vor, nicht nur Bayern, wo Schulden getilgt werden, sondern z. B. auch Sachsen. Es gibt eine ganze Reihe von Bundesländern, die in dieser günstigen konjunkturellen Situation keine neuen Schulden machen müssen.

Ich bin sehr gespannt, wie es weitergeht, wenn die Konjunktur irgendwann einmal einbricht oder möglicherweise die Zinsen steigen –

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Solange wir regieren, bricht die Konjunktur nicht ein!)

so unsolide, wie Sie die Haushaltspolitik im Land Baden-Württemberg gestalten. Wir hätten uns von einem Nachtragshaushalt erwartet, dass Sie das, was Sie für einen Volksbeglückungswahlkampf 2016 bunkern – – Das ist Ihr eigentliches Ziel: Sie wollen sich Wählerstimmen für das Jahr 2016 kaufen. Deshalb bunkern Sie diese Milliarden im Haushalt. Geben Sie der Bevölkerung das Geld zurück! Hören Sie damit auf, künftige Generationen mit Schulden zu belasten, wo es nicht notwendig ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Das ist in dieser Situation nicht notwendig. Das hätten wir von einem Nachtragshaushalt erwartet und nicht allein eine Mini-

atur als Schlusspunkt für eine hermannsche Springprozession.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Präsident Guido Wolf: Für die Landesregierung spricht Herr Verkehrsminister Winfried Hermann.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Spring!)

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach so großartigen Reden juckt es mich natürlich ziemlich, erst einmal polemisch zurückzuschlagen. Das tue ich nicht,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Einfach kratzen! Das hilft auch!)

sondern wir kommen zu den eigentlichen Themen des heutigen Nachtragshaushalts und zu den sogenannten Swingmitteln. Herr Rülke, hören Sie gut zu, dann verstehen Sie auch, worum es geht.

(Oh-Rufe)

Wir haben in diesem Jahr eine ungewöhnliche Situation: Der Bund arbeitet bis Mitte des Jahres mit einem vorläufigen Haushaltsplan 2014, und wir können mit der realen Überweisung der tatsächlichen Mittel des Bundeshaushalts frühestens im August rechnen. Das führt zu einer besonders problematischen Situation, weil wir eine vorläufige Haushaltsführung haben. Etwa 730 Millionen € haben wir vom Bund überwiesen bekommen, um mit den Mitteln zu arbeiten, aber mindestens 100 Millionen €, die noch obendrauf kommen, sind nur angekündigt.

Würden wir den Swing nicht auf 100 Millionen € erhöhen – das ist die wirkliche Begründung für diese Erhöhung –, könnten wir jetzt nicht über diese Mittel verfügen, weil sie haushaltsrechtlich nicht abgesichert wären. Deswegen erhöhen wir den Swing von 60 auf 100 Millionen €, damit wir von jetzt an alle Maßnahmen im Rahmen dieses Volumens ergreifen können – Baustellen vorbereiten, Planungen, Ausschreibungen und Baumaßnahmen vorantreiben –,

(Abg. Winfried Mack CDU: Warum haben Sie es letztes Jahr nicht gemacht? Letztes Jahr haben Sie geschlafen!)

um in diesem Jahr in der Lage zu sein, die dann vielleicht zum Ende des Jahres tatsächlich kommenden Mittel zu verbauen. Das ist die Begründung, und das ist gut so.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Allein im Bereich des Neubaus haben wir bei Bundesfernstraßen laufende Baumaßnahmen in einem Volumen, das uns ungefähr 200 Millionen € kosten wird; aber im Moment hat der Bund nur 100 Millionen € freigegeben. Wir brauchen also den Swing, um weiterbauen zu können.

(Abg. Peter Hauk CDU: Dann machen Sie es doch!)

– Lieber Herr Hauk, als Sie Ihre Rede gehalten haben – und Herr Rülke kam in derselben Art und Weise hinterher –, habe ich mich gefragt: In welchem Wald leben Sie eigentlich? Denn

(Minister Winfried Hermann)

wie kann man überhaupt nicht wahrnehmen, dass in diesem Land in den letzten Jahren an allen Ecken und Enden Straßen weitergebaut worden sind, Landes- und Bundesstraßen saniert worden sind? Das kann einem doch nicht passieren, wenn man in diesem Land unterwegs ist.

Übrigens sind viele Ihrer Kolleginnen und Kollegen regelmäßig dabei, wenn ich ein Stück Straße wieder eröffne oder einen Spatenstich mache.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Ich hatte die Freude noch nicht!)

Da sind alle sehr gern dabei. Nur Sie waren nicht dabei. Sie haben das offenbar ignoriert.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Halten wir fest: Wir haben in den vergangenen drei Jahren Bundesmittel auf Rekordniveau umgesetzt. Sie waren nur in einem einzigen Jahr – 2009 – mit einem Konjunkturprogramm auf ähnlichem Niveau, ansonsten im Bereich Bundesfernstraßen immer darunter. Im Bereich Landesstraßen waren Sie in manchen Jahren so weit, dass Sie nicht einen einzigen Euro aus originären Haushaltsmitteln ausgegeben, sondern alles fremdfinanziert haben. Wir zahlen Hunderte von Millionen aus fremdfinanzierter Straßenbaupolitik Ihrer Regierungen der letzten Perioden ab.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir haben in den letzten Jahren gezeigt, dass man Straßenbaupolitik anders machen muss und vor allem Schluss damit machen muss, allen alles zu versprechen und vom Bund einen Spatenstich zu erjammern, der anschließend zum Nichtweiterbau führt.

Offenbar haben Sie es auch in der Opposition noch nicht gelernt. Ich höre, dass der Landtagspräsident, Abgeordnete und zukünftige Kandidat für den Ministerpräsidentenposten einen Spatenstich für die Ortsumfahrung Behla macht – ohne Spaten. Das ist der Versuch, wenn man keinen Spaten und kein Geld hat, wenigstens einen Stich zu machen.

(Lachen der Abg. Winfried Mack und Helmut Walter Rüeck CDU – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Sie machen sich doch lächerlich.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Es ist schon erstaunlich, dass auch ein Landtagspräsident nicht weiß, dass jeder Bauabschnitt einer Bundesfernstraße nur dann begonnen werden kann, wenn der Bund die Freigabe erteilt und die Finanzierungsmittel bereitstellt. Jemand hat vorhin auch gesagt: „Bauen Sie doch den nächsten Abschnitt.“ Nein, das kann ich nicht. Dafür brauche ich eine Genehmigung. Das haben wir in jeder Antwort auf Ihre Anfragen dargestellt. Aber Sie lesen es nicht; Sie haben Ihre Ideologien im Kopf.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir haben auch gezeigt, dass man bei den Landesstraßen eine andere Politik machen muss. Wir sanieren und modernisieren

die Landesstraßen konsequent. Dank guter Koalitionsbeschlüsse haben wir das, was Sie über viele Jahre unterlassen haben, auf höchstem Niveau umsetzen können. Wir bauen den Sanierungsstau ab.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Kommen wir noch zum Thema Personal. Wer den Mund so voll nimmt wie Sie, sollte ein bisschen auf das zurückschauen, was er selbst zu verantworten hat. Allein zwischen 2001 und 2011 haben Sie bei der Straßenbauverwaltung immer wieder Personal abgebaut – wohlgemerkt bei der Straßenbauverwaltung; das sind die, die bauen,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Die, die bauen wollen!)

nicht der Minister, sondern die Verwaltung und die Unternehmen, die beauftragt werden. Auch zu Ihren Zeiten hat der Minister nicht gebaut – ob er wollte oder nicht –, sondern dafür war die Verwaltung zuständig. Zu Ihrer Regierungszeit, 2001, hatte die Straßenbauverwaltung noch 1 727 Stellen. 2011, als wir die Regierung übernommen haben, waren es noch 1 050.

(Abg. Winfried Mack CDU: Ja, wir sparen!)

Damit haben Sie einen Superbeitrag zum Straßenbau geleistet.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Sie haben die Straßenbauverwaltung an den Rand ihrer Leistungsfähigkeit gebracht. Wir haben jetzt große Mühe, unter den Bedingungen der Haushaltssanierung in diesem Bereich einen zwar sparsamen, aber effizienten Aufwuchs zu organisieren,

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

damit wir in der Lage sind, sowohl die vom Landtag zur Verfügung gestellten Mittel für Landesstraßen als auch die Mittel, die wir vom Bund erwarten, überhaupt umzusetzen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir haben im letzten Jahr zum ersten Mal 39 zusätzliche Stellen und in diesem Jahr noch einmal 30 Stellen geschaffen. Ich füge hinzu: Das hat mein Haus mit erbracht. Denn wir erbringen auf der einen Seite die Sparmaßnahmen bei Regierungspräsidien, zahlen eine Pönale und schaffen auf der anderen Seite netto 30 zusätzliche Stellen.

Wir haben ein Riesensproblem: Nach dem Abbauprogramm – von Ihnen verabschiedet und durchgesetzt – wird die Verwaltung per Altersabgang ständig noch kleiner, und wenn man neue Stellen schafft, kann man das nicht richtig kompensieren. Wir haben das gestoppt. Das ist jetzt eine Nettozahl; wir bekommen tatsächlich 30 Stellen mehr. Wir zahlen an den Finanzminister einen Ausgleich dafür, damit im Bereich der Straßenbauverwaltung in den Regierungspräsidien im Jahr 2014 keine weiteren Stellen abgebaut werden, damit wir wirklich das Personal haben, um alle Mittel, die wir bekommen können, einzusetzen. Es ist mir ein Anliegen, die Gelder, die wir vom Bund bekommen können, auch abzurufen.

(Minister Winfried Herrmann)

Vergessen Sie einmal Ihre Ideologie, der Verkehrsminister baue keine Straßen, weil er ein Grüner ist. Das habe ich Ihnen schon oft gesagt: Ich weiß sehr gut, dass 80 % unseres Verkehrs, unserer Transportleistungen über die Straße erfolgt. Jeder, der sich nicht um Straßenbau kümmern will, braucht gar nicht erst Verkehrsminister zu werden, weil er sonst 80 % des Verkehrs unberücksichtigt lässt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Klaus Herrmann CDU: Der erste wahre Satz! – Zuruf von der CDU: Damit können wir leben! – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Mack?

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Herrmann: Bitte schön.

Abg. Winfried Mack CDU: Sie sprechen immer davon, Sie würden jetzt Stellen schaffen. Sagen Sie bitte etwas dazu, wie Sie die finanzieren, woher Sie das Geld für diese Stellen bekommen und wo die Mittel abgezogen werden.

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Herrmann: Im letzten Jahr hatten wir sogenannte Sachmittelstellen. Auch in diesem Jahr finanzieren wir diese Stellen wieder aus Sachmitteln.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Damit könnte man Straßen bauen!)

Wir werden dafür arbeiten, im Doppelhaushalt für die nächsten beiden Jahre eine neue Finanzierung zu bekommen. Das haben die Fraktionen auch schon angekündigt. Das ist doch entscheidend, dass wir das endlich bereitstellen. Aber Sie mäkeln nur herum, wollen alles besser machen und kriegen nichts hin. Sie können aber noch so viel schwätzen, Asphalt kommt da auch nicht heraus.

(Heiterkeit – Beifall bei den Grünen und der SPD – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Razavi?

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Herrmann: Ja.

(Zuruf: Wenn es sein muss!)

Abg. Nicole Razavi CDU: Herr Minister, aus welchem Titel werden diese Sachmittelstellen gegenfinanziert?

(Zuruf: Das steht im Haushaltsplan!)

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Herrmann: Das steht im Haushaltsplan. Die Mittel kommen natürlich aus dem Bereich des Straßenbaus. Es dient ja auch dem Straßenbau. Das macht doch Sinn.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Mack?

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Herrmann: Jetzt ist einmal gut. Ich möchte die Debatte nicht endlos verlängern, sondern will aus meiner Sicht nun zum Schluss kommen.

Es geht nicht nur darum, wie wir dies im Land organisieren. Das entscheidende Problem – was Sie immer noch nicht kapiert haben – ist, dass wir vom Bund keine verlässliche Finanzierung erhalten, dass es keine Planbarkeit und keine Überjährigkeit gibt.

(Zuruf von der CDU: Schuld sind immer die anderen! – Zuruf des Abg. Andreas Deuschle CDU)

Das eigentliche Problem des Straßenbaus liegt darin, dass man, wenn man kontinuierlich sanieren und modernisieren möchte, eine völlig andere Struktur und auch andere Verwaltungsabläufe braucht. Daran arbeiten wir.

Wir haben jetzt auch ein Aktionsprogramm vorgelegt, wie wir unsere eigene Straßenbauverwaltung schlagkräftiger machen können. Personal ist die eine Seite. Es geht aber auch darum, dass z. B. der Mittelabfluss besser kontrolliert wird, dass die Projektsteuerung verbessert wird. All diese Punkte gehen wir an und setzen sie um. Hier haben Sie uns ziemlich viel hinterlassen, was uns noch zu tun bleibt. Wir gehen dies konsequent an und haben mit diesem Haushalt eine gute Grundlage dafür geschaffen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Guido Wolf: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Hauk das Wort.

Abg. Peter Hauk CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Minister, Sie haben ein Problem: Nach drei Jahren haben Sie immer noch nicht erkannt, wie die Verwaltung funktioniert.

(Oh-Rufe von den Grünen – Minister Winfried Herrmann: Aber nicht wissen, wie man einen Spatenstich macht!)

Sie beklagen sich darüber, dass der Bund keine verlässlichen Daten liefert. Zum Ersten haben wir insofern eine Sondersituation, als wir letztes Jahr Bundestagswahl hatten und erst jetzt der Haushalt 2014 verabschiedet wird. Das ist aber keine Entschuldigung für die Vorjahre, erst recht nicht für 2013.

Zum Zweiten war es jedes Jahr so, dass es gegen Ende des Jahres Swingmittel gab. Es war immer so. Deshalb hätte man sich darauf einstellen können,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wenn man es will!)

dass der Bund etwas rüberschiebt. Sie haben sich aber nicht darauf eingestellt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Sie haben kläglich versagt. Sie beklagen den Berg, der angeblich hinterlassen worden ist,

(Peter Hauk)

(Abg. Thomas Marwein GRÜNE: Sie haben nicht zugehört!)

aber Sie tun nichts für die Entlastung lärm- und staugeplagter Menschen. Sie haben immer noch nicht begriffen, dass Straßenbau dem Gemeinwohl und der Erhöhung der Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger dient und nicht der Anti-Ideologie der Grünen.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Haben Sie nicht zugehört, Herr Hauk?)

– Frau Sitzmann, Sie brauchen sich in Freiburg doch nicht zu beklagen. Er hat doch die B 31 West Richtung Breisach verhindert.

Sie sind es doch, die die Planungen verhindern, die ermöglichen würden, dass morgen noch Straßen gebaut werden können.

(Abg. Thomas Marwein GRÜNE: Oje!)

Sie sind es doch, die sagen: Die Maßnahmen des Bundes brauchen wir nicht, bei der Rheinbrücke Karlsruhe auch die des Landes nicht.

(Abg. Thomas Marwein GRÜNE: Wir brauchen die Genehmigung!)

Sie sind es doch, die die Planungen nicht vorantreiben, sodass Straßen gar nicht mehr genehmigungsreif werden. Diesen Schuh müssen Sie sich anziehen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Sie ignorieren die Menschen aus der Region, die etwas anderes wollen, und sagen: „Kokoloeres, das interessiert uns nicht.“

Als letzten Punkt möchte ich das Thema Finanzierung ansprechen. Am Ende Ihres Beitrags haben Sie verschämt gesagt: Die Gegenfinanzierung erfolgt in diesem Nachtragshaushalt nach dem Prinzip „Linke Tasche, rechte Tasche“. Es gibt keine zusätzlichen Mittel. Die Gegenfinanzierung erfolgt aus der Titelgruppe 79 in Kapitel 1304. Das heißt: Sie nutzen den Landesstraßenbau, um die Sachmittelstellen für den Bundesstraßenbau zu finanzieren.

(Beifall bei der CDU – Abg. Klaus Herrmann CDU: Sehr gut!)

Das ist die Wahrheit. Diese Wahrheit muss man auch aussprechen. Es geht also an anderer Stelle wieder zulasten des Straßenbaus. Das muss man auch sagen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion GRÜNE spricht Kollege Schwarz.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE fährt das Rednerpult hoch. – Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Jetzt geht es aufwärts!)

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die abstrusen Vorwürfe, die schon an

Unwahrheit und Falschinformation heranreichen, Kollege Hauk, müssen wir ganz deutlich zurückweisen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Gehen Sie auf die drei Punkte ein, bitte! – Weitere Zurufe)

Der Minister hat umfangreiche Planungen für den Bundesverkehrswegeplan im Gesamtwert von 11 Milliarden € angemeldet.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Wo? Welches Projekt? – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Gehen Sie auf die Argumente des Kollegen ein! – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD: Ruhe! Zuhören!)

Ich zitiere aus dem Schreiben des damaligen Bundesministers Ramsauer vom 3. August 2012:

Die von Ihnen vorgenommene Priorisierung der ... Bundesfernstraßenmaßnahmen begrüße ich ...

Das hat Minister Ramsauer damals dem Landesverkehrsminister geschrieben. Deshalb ist Ihr Vorwurf, es würde keine Planungen geben, von der Hand zu weisen.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Das stimmt einfach nicht.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Kollege Schwarz, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Mack?

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Laut Redezeit habe ich noch minus 40 Sekunden zur Verfügung.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Dann geht es nicht!)

Präsident Guido Wolf: Dann gestatten Sie keine Zwischenfrage?

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Selbstverständlich gestatte ich die Zwischenfrage. Aber es wird eine Redezeit von minus 40 Sekunden angezeigt.

Präsident Guido Wolf: Herr Kollege Mack, bitte schön.

Abg. Winfried Mack CDU: Herr Schwarz, Sie haben gerade von Unwahrheit und Lüge gesprochen. Erstens: Wo sind denn nun die Unwahrheiten und Lügen?

Zweitens: In Ihrer Argumentation gerade haben Sie den Bundesverkehrswegeplan angesprochen. Ist es richtig, dass Baden-Württemberg von allen 16 deutschen Ländern die geringste Zahl von Projekten für den Bundesverkehrswegeplan angemeldet hat?

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist doch Unsinn!)

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Es ist nicht korrekt, was Sie ausführen. Es ist auch nicht korrekt, was Kollege Hauk ausgeführt hat. Kollege Hauk hat gesagt: „Der Verkehrsminister tut nichts.“ Das stimmt nicht.

(Andreas Schwarz)

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Er hat drei Beispiele genannt!)

Der Verkehrsminister hat 2012 20 baureife Bundesfernstraßen priorisiert. Er hat die Planungen für weitere Bundesfernstraßen vorangetrieben. Insgesamt hat er Bundesfernstraßenprojekte im Wert von 11 Milliarden € angemeldet.

(Zuruf des Abg. Karl Klein CDU)

Ferner hat er für den Landesstraßenbau alle 700 Landesstraßenbauprojekte priorisiert und in eine vernünftige Reihenfolge gebracht.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Gestrichen hat er viel!)

Er hat in diesem Jahr für den Erhalt und die Sanierung von Landesstraßen die Rekordsumme von 125 Millionen € zur Verfügung. Man kann daher ganz klar sagen: Das, was Sie gesagt haben, Kollege Hauk – er würde nichts tun –, ist eine Fehlinformation. Sie stimmt nicht.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Sie ist abwegig.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sehr gut! Jetzt steht es 3 : 0!)

Präsident Guido Wolf: Für die SPD-Fraktion spricht Kollege Haller.

Abg. Hans-Martin Haller SPD: Ich möchte auf einen Aspekt hinweisen, der in der ganzen Diskussion nicht zum Tragen kam. Wenn das Land für den Bund Aufgaben erledigt – z. B. beim Hochbau plant das Land viel für den Bund –, dann erhält das Land 100 % der Personal- und Planungskosten erstattet. Das ist gut so.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Genau! Das ist gut so!)

Beim Straßenbau ist es ganz anders. Dort erhält das Land für die Personal- und Planungskosten pauschal 3 % der Bausumme erstattet. Das ist ein gravierendes Missverhältnis. Ich fordere Sie, die CDU, auf, mit dieser Regierung diese offene Baustelle anzugehen. Unterstützen Sie das Bundesland Baden-Württemberg. Denn uns geht sehr viel Geld verloren für die Erledigung von Aufgaben, die keine originären Landesaufgaben sind, sondern die wir nur im Auftrag des Bundes erledigen.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Richtig!)

Hier hat der Bund seine Bringschuld zu erfüllen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Ein Satz noch. Nochmals: Der Bund fordert klipp und klar:

Vorrangiges Ziel ist es daher auch weiterhin, die in Baden-Württemberg in Bau befindlichen Maßnahmen mit einem Finanzierungsbedarf ab 2014 von rund 700 Millionen € weiterzuführen

und in der gebotenen Zeit fertigzustellen. Der Bund diktiert schon Prioritäten und Positionen. Diese müssen Sie schon

auch zur Kenntnis nehmen. Der Verkehrsminister ist verlässlich, wenn er sich an die Vorgaben, die ihm passen können oder nicht, auch hält, nämlich klipp und klar: fertigstellen.

Wir haben noch ausreichend planfestgestellte Straßen. Dass wir zu wenige hätten, braucht daher Ihre geringste Sorge zu sein. Die Halde ist nach wie vor zu groß, nicht an dem gemessen, dessen wir bedürfen, sondern an den Mitteln gemessen, die wir vom Bund zur Verfügung gestellt bekommen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Dann nutzen Sie doch die Mittel, die da sind!)

– Ja. Das, was geschehen ist, wird nie wieder passieren. Das ist die klare Aussage. Sie sehen ja, dass wir reagieren. Auf uns ist Verlass zum Wohle dieses Landes.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion der FDP/DVP spricht Kollege Dr. Rülke.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es war jetzt viel die Rede von Wahrheit und Unwahrheit. Ich darf vielleicht etwas zitieren, nämlich die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Matthias Gastel, Harald Ebner, Christian Kühn, weiterer Abgeordneter und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Bereitstellung und Umschichtung von Bundesmitteln für den Ausbau, Neubau und Erhalt von Bundesfernstraßenprojekten insbesondere in Baden-Württemberg –, Bundestagsdrucksache 18/1144. Ich zitiere:

Es ist nicht richtig, dass das ehemalige Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) dem Land Baden-Württemberg die Inanspruchnahme von Ausgleichsmitteln zur vorzeitigen Sonderrückzahlung kreditfinanzierter Altprojekte wie beispielsweise für den Engberg-Tunnel verwehrte.

Dort ist also die Realität zu suchen. Es geht schlicht um die Frage: Werden diese Mittel in Baden-Württemberg nicht verbaut, weil der Verkehrsminister es nicht will oder weil der Bund es nicht zulässt? Die Realität ist: Der Bund lässt es zu, aber der Verkehrsminister will nicht bauen. Das ist die Realität, meine Damen und Herren, und dem muss man sich stellen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Guido Wolf: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache beendet.

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 15/5187 zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft zu überweisen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann haben wir so beschlossen.

Punkt 3 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Wir treten nun in die Mittagspause ein und setzen die Sitzung um 14:00 Uhr fort.

(Unterbrechung der Sitzung: 12:51 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:01 Uhr)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Liebe Kolleginnen und Kollegen, die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Regierungsbefragung

Das erste Thema wurde von der Fraktion der CDU angemeldet, nämlich das Thema

S t r a ß e n b a u

Ich darf hierzu Herrn Abg. Schreiner für die CDU-Fraktion ans Rednerpult bitten.

Abg. Felix Schreiner CDU: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten, lieben Kollegen! Die Hoahrheinautobahn A 98 beschäftigt die Menschen im Landkreis Waldshut und darüber hinaus in ganz Südbaden. Während unserer Regierungszeit wurden über 480 Millionen € in diese Autobahn investiert. Es geht dabei konkret um Lückenschlüsse.

Nun hat der Verkehrsminister dem einen oder anderen Zeitungsbericht zufolge vernehmen lassen, dass er lieber eine Bundesstraße hätte. CDU und SPD stehen in der Region aber weiterhin für die schnelle Realisierung einer Autobahn. Deshalb möchten wir nun ein klares Bekenntnis unseres Verkehrsministers, unserer Landesregierung hören.

Ich frage daher die Landesregierung, ob sie am Bau der A 98 als Autobahn festhält und welche Bedeutung sie einer schnellstmöglichen Realisierung beimisst.

Vielen Dank.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Danke schön, Herr Kollege Schreiner. – Für die Beantwortung darf ich Frau Staatssekretärin Dr. Splett das Wort erteilen.

Staatssekretärin Dr. Gisela Splett: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Abg. Schreiner, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank für diese Frage zum Thema A 98. Wir haben uns in dieser Frage allerdings schon mehrfach ausgetauscht.

(Abg. Felix Schreiner CDU: Hier noch nie!)

Insofern werden Sie hier vermutlich nichts gänzlich Neues erfahren.

Ich schicke vorweg, dass die Frage, wie und wann eine Straße gebaut wird, kein Thema für „Bekenntnisse“ eines Ministers ist. Die vielen Bekenntnisse vom Minister und von mir, die in den letzten drei Jahren schon eingefordert wurden, dienen jedenfalls nicht dazu, dass irgendetwas schneller kommt. Denn es geht insgesamt darum, dass wir die vorhandenen Mittel effizient einsetzen und die Maßnahmen ihrer Dringlichkeit nach realisieren und ihren Bau vorantreiben.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: War das die Antwort?)

Zur A 98 ist zu sagen, dass der Bund gewünscht hat, dass im Vorfeld der Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans eine verkehrswirtschaftliche Untersuchung vorgenommen wird.

Diese Untersuchung wurde im vergangenen Jahr durchgeführt, und zwar in Abstimmung mit dem Bundesverkehrsministerium.

Diese verkehrswirtschaftliche Untersuchung wurde im vergangenen Herbst vorgestellt, und zwar auch dem politischen Begleitgremium, das sich mit dieser Fragestellung befasst. Die Studie kam zu der Aussage, dass eine Straßenbaumaßnahme in dieser Region dringend notwendig ist, um einerseits die verkehrliche Anbindung zu verbessern und andererseits stark belastete Ortsdurchfahrten zu entlasten. Sie kam aber auch zu dem Ergebnis, dass eine dreistreifige Bundesstraße zur Erfüllung der verkehrlichen Anforderungen ausreichen würde. Es wurde darin keine Aussage dazu getroffen, ob nun eine Bundesstraße oder eine Autobahn gebaut werden soll; es wurde lediglich dargestellt, welche Auswirkungen welche Art der Realisierung jeweils hätte.

Wie sind wir, die Landesregierung, damit umgegangen? Das Ergebnis dieser Studie lag etwa zu dem Zeitpunkt vor, als wir in den Endzügen unserer Priorisierung der nicht baureifen Bundesfernstraßenprojekte waren. Eine Auswertung war also noch nicht vorgenommen und die Fragen waren noch nicht durchdiskutiert worden. Wir haben daher gesagt, dass wir dieses Bauvorhaben nicht einfach in die Prioritätenliste einreihen können, sondern dass dieser Fall gesondert betrachtet werden muss.

Wir haben in der Folge – basierend auf den Empfehlungen, die es vonseiten des Bürgerforums gab – verschiedene Varianten beim Bund angemeldet, und zwar die verschiedenen Trassen jeweils in der Variante einer Bundesstraße und in der Variante einer Autobahn. Es ist nun Sache des Bundes, im Rahmen der Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans zu entscheiden, ob diese Straße im neuen Bundesverkehrswegeplan weiterhin als Autobahn drinstehen wird oder als Bundesstraße.

Uns, der Landesregierung, ist daran gelegen, dass die verkehrlichen Probleme so schnell und so sinnvoll wie möglich gelöst werden.

(Zuruf von der CDU)

Insoweit geht es tatsächlich nicht um Bekenntnisse, sondern darum – ich sage es noch einmal –, eine Lösung zu finden, die schnell realisiert werden kann. Das ist aus unserer Sicht vorrangig und nicht die immer wieder nach oben gespülte Frage einer Entscheidung zwischen A und B.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für eine weitere Frage erteile ich das Wort Herrn Abg. Raufelder für die Fraktion GRÜNE.

Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Schon heute Morgen drehte sich die Diskussion um das Thema Straßenbau. Es ging dabei auch um Briefe, die wir im April ans Bundesverkehrsministerium geschickt hatten und auf die wir auch bereits eine Antwort erhalten haben.

Im Rahmen des Wahlkampfes für die Kommunalwahlen und die Europawahl wird nun immer wieder behauptet, der Bund habe unheimlich viele Spielräume. Laut den Antworten des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

(Wolfgang Raufelder)

sind hingegen für Neubeginne von Bundesfernstraßenprojekten in Baden-Württemberg keine Spielräume vorhanden. In der Debatte heute Morgen wurde jedoch ebenfalls immer wieder behauptet, es gebe Spielräume, aber der Minister würde diese nicht nutzen.

Vor diesem Hintergrund stelle ich die Frage: Sind dem Verkehrsministerium diese Briefe mit der Aussage, dass es keine Spielräume gebe, bekannt? Warum gibt es trotz dieser Aussage immer wieder gegenteilige Behauptungen aus den Reihen der Opposition? Ich kann das nicht ganz verstehen. Die Staatssekretärin im Bundesverkehrsministerium, Dorothee Bär, ist meines Wissens keine Abgeordnete der Grünen.

Ich habe extra einmal eine Sammlung dieser Briefe und der entsprechenden Antworten mitgebracht, auch wenn ich eigentlich ein Befürworter der freien Rede bin. Ich habe sogar noch mehr von diesen Briefen; denn wir sammeln diese. In jedem dieser Schreiben steht, dass keine Spielräume vorhanden sind.

Daher stelle ich nochmals die Frage: Ist dem Ministerium bekannt, dass auch vonseiten des Bundesministeriums keine Spielräume gesehen werden? Und warum wird diese Tatsache nicht einmal offensiv formuliert, beispielsweise in der Debatte von heute Morgen? Auf einen solchen Hinweis und eine entsprechende Bewertung habe ich vergeblich gewartet. Ich stelle daher nun die oben formulierte Frage; eine Antwort hierauf wäre sehr wichtig und interessant für mich.

Danke.

Staatssekretärin Dr. Gisela Splett: Lieber Kollege, vielen Dank für diese Frage. – Die von Ihnen genannten Briefe sind dem Ministerium für Verkehr und Infrastruktur bekannt. In ihrem Tenor sind diese Schreiben in den letzten Jahren gleich geblieben, und das hat auch eine gewisse Logik. Denn wir haben laufende Baumaßnahmen im Bundesfernstraßenbau, die bis zu ihrer Vollendung noch etwa 700 oder 800 Millionen € erfordern. Wir brauchen allein in diesem Jahr zur Finanzierung der laufenden Bundesfernstraßenmaßnahmen 200 Millionen €. Wir haben aber vom Bund bislang weniger erhalten; bereits heute Morgen war in diesem Zusammenhang von der vorläufigen Haushaltsführung des Bundes die Rede. Wir erhalten die Mittel derzeit also nur entsprechend der mittelfristigen Finanzplanung. Es sind deutlich weniger als 100 Millionen €, die wir in diesem Jahr bislang zur Verfügung haben.

Insoweit erklären sich die Briefe, die wir bereits in der Vergangenheit vom Bundesverkehrsministerium erhalten haben; in den letzten Wochen erfolgten ähnliche Schreiben.

Auch ich kann mir nicht erklären, warum trotzdem so getan wird, als könne man beliebig viele Neubauprojekte, Neubeginne starten – womöglich noch mit Restmitteln, wie es sie unter Umständen im Dezember gegeben hätte. Es ist für mich nur schwer nachvollziehbar, warum die Finanzsituation nicht tatsächlich einmal zur Kenntnis genommen wird.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Schmiedel.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Frau Staatssekretärin, das eine ist die Vergangenheit. Die Zeit bleibt jedoch nicht stehen. Wir haben eine neue Regierung in Berlin und damit einen neuen Koalitionsvertrag, der, jedenfalls perspektivisch, mehr Mittel

für den Straßenbau vorsieht. Man muss sich also darauf einstellen – das tut die Landesregierung auch –, dass es zukünftig mehr Mittel aus Berlin für den Bundesfernstraßenbau gibt.

Nun sind wir uns alle einig, dass eine verkehrliche Verbesserung entlang des Bodensees notwendig ist.

(Zurufe: Am Hochrhein!)

– Am Hochrhein. – Jetzt ist die Frage: A 98 oder Bundesstraße? Wenn ich es richtig im Kopf habe, hält es niemand für realistisch, dass es gleich zu einem Vollausbau der A 98 käme. Realistisch ist vielmehr ein längsgeschnittener Teilausbau, der dann wieder das Format einer Bundesstraße hätte.

Wenn wir alle übereinstimmen, dass es schnellstmöglich zu einer Verbesserung kommen soll, dann ist das Etikett eigentlich schnuppe. Ob man „A 98/B“ oder „B/A 98“ sagt: Hauptsache, der Ausbau kommt bald in Gang.

Wenn es zu einem Vollausbau kommt, dann ist es ohnehin eine Autobahn. Doch davon sind wir weit entfernt. Jetzt geht es erst einmal um Stufe 1. Ich finde, da sollte man sich nicht so lange mit dem Etikett aufhalten.

Aus der Region heraus kann man natürlich schon verstehen, wenn man sagt: Wir haben eine A 98, und die wird ständig durch „B“ unterbrochen. Das klingt nicht schlüssig. Man fragt sich: Wo bin ich jetzt, auf der Autobahn oder auf der Bundesstraße? Hört die jetzt auf oder nicht? Hat das Ganze eine Perspektive?

Meine konkrete Frage ist: Könnte sich die Landesregierung nicht mit der Bundesregierung darauf verständigen, diesen ersten Bauabschnitt dreistreifig zu machen?

Zur Frage des Etiketts: Dann setzen wir eben einen Schrägstrich und nehmen beides auf. Dann ist die Option – was der Wunsch ist –, dass es irgendwann einen Vollausbau gibt, gewährleistet. Die Verbesserung kommt aber schnell, bevor man noch viele Runden in der Warteschleife dreht.

Staatssekretärin Dr. Gisela Splett: Herr Abgeordneter, vielen Dank für die Frage. – Ich stimme Ihnen völlig zu, dass die Frage des Etiketts nicht die entscheidende ist. Man sollte sich an der Frage des Etiketts nicht allzu heftig aufhängen.

Es ist jedoch so, dass auch bislang ein Teilstück der A 98, das ich für den Verkehr freigeben durfte, nur in längsgeteilter Dringlichkeit verwirklicht wurde. Es ist also keine klassische Autobahn, wie man es sich vorstellt, wenn man das Wort „Autobahn“ hört, sondern es ist eine halbe Autobahn, sprich eine dreistreifige Bundesstraße.

(Zuruf des Abg. Felix Schreiner CDU)

Am Ende – auch das habe ich schon gesagt – muss der Bund entscheiden, was er bauen will. Der Bund ist der Bauherr, der Bund beschließt über den Bundesverkehrswegeplan 2015. Planerisch muss der Bund irgendwann einmal eine Entscheidung treffen, weil das für die Planung natürlich eine Rolle spielt. Wenn ich eine Autobahn plane, habe ich andere Bedingungen für die Trassenführung. Ich muss eine breitere Trasse bauen, ich habe aber auch andere Bedingungen, was die Kurvigkeit,

(Staatssekretärin Dr. Gisela Splett)

was Steigungstrecken angeht. Insoweit wünschen wir uns, dass sich der Bund klar entscheidet.

Aus unserer Sicht – ich sage es noch einmal – ist es wichtig, dass wir schnell vorankommen, denn mit dem Thema Autobahn beschäftigt man sich schon über 40 Jahre. Die Frage ist, ob es der Sache dient, wenn man das Thema „Bekennnis für die Autobahn“ immer weiter vor sich herträgt, statt jetzt zielorientiert daran zu arbeiten, den verkehrlichen Bedarf dort zu befriedigen.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Schreiner das Wort.

Abg. Felix Schreiner CDU: Frau Staatssekretärin, eine weitere Frage: Wenn Sie „zielorientiert“ sagen, möchte ich von Ihnen gern wissen, ob es zielorientiert sein kann, wenn Sie dem Bund sagen, dass er entscheiden soll, ob er eine Bundesstraße oder eine Autobahn haben möchte.

Mich würde die Position der Landesregierung in jedem einzelnen Gespräch mit dem Bund interessieren. Welche Position haben Sie? Denn es kann nicht sein, dass Sie sagen: „Der Bund entscheidet irgendwie.“ Sie stellen die Landesregierung, Sie haben Verantwortung, auch für die Menschen in der Region. Deshalb müssen Sie eine Meinung dazu haben und auch sagen, was Sie wollen.

Zweite Frage: Ist Ihnen bekannt, ob es eine Planung für eine Bundesstraße gibt, oder beschäftigt man sich im Regierungspräsidium Freiburg mit einer Planung zu einer Bundesstraße? Denn nach meinem Kenntnisstand gibt es bisher lediglich genügend Planungen für eine Autobahn.

Staatssekretärin Dr. Gisela Splett: Wir sind mit dem Bund die ganze Zeit in enger Abstimmung. Ich habe vorhin gesagt: Die verkehrswirtschaftliche Untersuchung war keine Idee des von Grünen geführten MVI, sondern es war ein ausdrücklicher Wunsch des Bundesverkehrsministeriums, eine derartige Untersuchung durchzuführen. Das hat den Hintergrund, dass die A 98 so, wie es jetzt im Bundesverkehrswegeplan steht, an der östlichen Seite an gar keiner Autobahn ankommt. Es gab uralte Planungen in früheren Bundesverkehrswegeplänen, die noch viel mehr Autobahnplanungen beinhalteten. Sie wurden im Laufe der Jahre und Jahrzehnte reduziert. Bei der A 98 war im Rahmen der verkehrswirtschaftlichen Untersuchung zu klären, wie sie überhaupt an das Autobahnnetz, an das Bundesfernstraßennetz im östlichen Bereich angeschlossen wird. Insoweit sind wir bisher in enger Abstimmung mit dem Bund und sind das auch weiterhin.

Wenn Sie fragen, welche Empfehlung abzuleiten ist, will ich darauf hinweisen, was der Gutachter ausgeführt hat. Das wissen Sie genau, und es wäre schön, wenn das auch einmal zur Kenntnis genommen würde. Die Priorisierung für den Bundesverkehrswegeplan macht der Bund. Das haben wir heute Morgen wieder gehört.

Es ist wichtig für den Bund, wie der Kosten-Nutzen-Faktor für die einzelnen Projekte ist. Wenn mit einer deutlich kostengünstigeren Straße ein ähnlicher verkehrlicher Nutzen erzielt wird, ist davon auszugehen, dass dabei ein günstigerer Kosten-Nutzen-Faktor herauskommt, als wenn eine teurere Straßenbauvariante gewählt wird. Wenn uns allen daran gelegen ist, dass die verkehrlichen Probleme zielorientiert gelöst wer-

den, müsste man daraus eigentlich gewisse Schlüsse ziehen. Nichts anderes tut die Landesregierung.

Sie sagen im Übrigen, es gebe Planungen für Autobahnen. Wir haben immer klar kommuniziert – das kann ich hier noch einmal betonen –: Der Bauabschnitt 98.5, der im Planfeststellungsverfahren ist, wird weiterhin als Autobahn geplant. Das ist gar keine Frage. Wir richten uns danach, dass wir jetzt den gültigen Bundesverkehrswegeplan haben. Darin sind die entsprechenden Abschnitte als A mit längsgeteilter Dringlichkeit enthalten, und entsprechend plant die Landesregierung diese Abschnitte.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Raufelder das Wort.

Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich sehe das jetzt ein wenig als Faktencheck. Es ist auch vom Fernsehen her bekannt, dass man immer nachprüfen kann. Ich bin begeistert, dass jetzt wirklich die Tatsachen auf den Tisch kommen und Sie im Grunde genommen merken, dass die Debatte heute Morgen eigentlich ins Leere gelaufen ist. Das muss man ehrlicherweise sagen.

Mich interessiert noch eine andere Sache, weil wir immer wieder eng mit dem Bundesverkehrsminister in Kontakt sind. Er hat uns gelobt, dass wir bei unserer Philosophie der Straßentechnologie Sanierung und Erhalt voranstellen. Jetzt ist die Frage: Gilt das auch für unsere Landesstraßen? Mir liegt ein Blatt vor, wonach früher für Erhalt und Sanierung wenig Geld im Haushalt vorhanden war. Wenn ich die Liste lese, sehe ich, dass es ab 2011 sozusagen aufwärtsgeht. Ist die Feststellung richtig, dass wir ab 2011 wirklich viel Geld für Sanierung und Erhalt bereitgestellt haben? Mir wäre es wichtig, wenn Sie die Zahlen noch einmal nennen könnten, denn das ist für den Faktencheck wahrscheinlich etwas ganz Wichtiges.

Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber mir als Abgeordnetem wird von den Bürgerinnen und Bürgern meines Wahlkreises immer wieder gesagt: Macht einmal etwas für die Landesstraßen, erhaltet sie doch. Es gibt viele Schlaglöcher. Das gehört alles zur Sanierung. Man sieht es auch bei Brücken. Es werden immer neue Brücken gefordert, und die alten Brücken sind zum Teil so marode, dass sie gesperrt werden müssen. Das ist natürlich ein großes Problem. Deswegen bin ich froh, dass die Landesregierung jetzt Geld in den Erhalt und die Sanierung steckt, weil Sie bestimmt wissen, dass –

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Sie wollten doch eine Frage stellen!)

Ab 2011 waren es 105 Millionen €. Davor waren es einmal 8,7 Millionen €, dann 40 Millionen € – wenn das stimmt, denn mir liegt nur eine Unterlage vor. Deswegen wollte ich noch einmal fragen. Ich sehe das als Faktencheck „Landesstraßen: Erhalt, Sanierung“.

Sie wissen, die Brücken, die in den Siebzigerjahren gebaut worden sind, haben keinen ausreichenden Korrosionsschutz.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Sie sollen eine Frage stellen!)

Deswegen wird dieser nachträglich berücksichtigt.

Danke schön.

Staatssekretärin Dr. Gisela Splett: Herr Kollege, es ist richtig, dass die Landesregierung einen Schwerpunkt auf den Erhalt der Substanz legt, weil das einfach Sinn macht. Wir müssen die Straßen, die wir haben – diese stellen auch ein wichtiges Vermögen dar –, in gutem Zustand halten. Wir wissen, dass die Landesstraßen in keinem allzu guten Zustand sind. Hier besteht also Nachholbedarf. Darauf hat der Rechnungshof in den vergangenen Jahren auch immer wieder hingewiesen.

Im Jahr 2014 haben wir im Haushalt zum ersten Mal einen Mittelansatz von 125 Millionen € für den Erhalt; davon gehen leider noch Rückzahlungen für das LIP und das ZIP, also frühere Konjunkturprogramme, ab. Aber so viel stand für den Landesstraßen-erhalt zuvor nie zur Verfügung.

Auch die Zahlen, die Sie genannt haben, kann ich bestätigen. Ich muss es Ihnen aus dem Kopf sagen; ich wusste ja nicht, was genau sich hinter dem Thema der Regierungsbefragung verbergen würde.

Bei den Bundesstraßen ist es im Übrigen ähnlich. Auch hierfür sind die Mittel für den Erhalt in den letzten Jahren gestiegen. Es ist klar, dass hier ein großer Bedarf besteht, dass es die Herausforderung der Zukunft ist. Die Kommissionen, die sich in den letzten Jahren auf Bundesebene damit auseinandergesetzt haben, haben festgestellt, dass auf Bundesebene allein für die Sanierung aller Verkehrsträger ein Bedarf von 7,2 Milliarden € pro Jahr besteht.

Wir sind froh, dass der Bund mehr für die Sanierung des Bundesfernstraßennetzes überweist. Auch dabei bemühen wir uns, die entsprechenden Mittel sinnvoll und gut einzusetzen.

Es trifft zu, dass wir dem Erhalt Vorrang einräumen. Aber natürlich werden auch neue Straßen gebaut, und es werden auch Straßen ausgebaut. Für die Bundesfernstraßen gibt natürlich der Bund den Rahmen über die Mittelansätze und den Bundesverkehrswegeplan vor, den er dann fortschreibt.

Insoweit ist eigentlich alles relativ klar, auch was die A 98 betrifft.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Radio Eriwan!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Gürakar das Wort.

Abg. Hidir Gürakar SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Früher gab es immer die Frage nach dem fehlenden Konsens über die A 98 in der Region. Mittlerweile haben wir hier tatsächlich Konsens.

Wir waren beim Bundesverkehrsministerium, um dies zu zeigen. Sie haben vorhin gesagt, dass letztendlich das Bundesverkehrsministerium darüber entscheide, welche Infrastrukturmaßnahmen vor Ort umgesetzt würden. Ist Ihnen bekannt, dass das Bundesverkehrsministerium sagt, dass die Priorisierung eines Verkehrsprojekts in einem Bundesland für das Bundesverkehrsministerium keine Aussagekraft habe? Haben Sie vom Bundesverkehrsministerium Informationen darüber, wer letztendlich entscheidet, ob tatsächlich eine Verkehrsbaumaßnahme vorgenommen wird?

Demnach müsste die Landesregierung klar und deutlich sagen, ob die genannten Abschnitte als Autobahn oder als Bundesstraße priorisiert werden. Wahrscheinlich wurden entspre-

chende Anträge eingereicht, damit diese eventuell in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommen werden – oder auch nicht.

Staatssekretärin Dr. Gisela Splett: „Konsens“ ist ein schönes Stichwort. Wir wären mit dem Projekt am Hochrhein wahrscheinlich schon ein bisschen weiter, wenn auch vor Ort Konsens über die beste Trassenführung bestünde. Seit vielen Jahren wird darüber diskutiert, wie wohl die beste Trassenführung der verschiedenen Abschnitte sei. Es gab auch einmal eine sogenannte Konsensvariante. Ich habe an einer Diskussionsveranstaltung dazu teilgenommen, bei der ich nicht den Eindruck hatte, dass über diese Konsenstrasse wirklich Konsens in der Region herrschte.

Insoweit laufen vor Ort weiterhin die Diskussionen, wie die Straße genau geführt werden soll. Das betrifft nicht nur die Abschnitte, über die aktuell geredet wird, sondern das betrifft auch weitere Abschnitte, bei denen die Planung noch nicht so weit vorangeschritten ist.

Dass in der Region Konsens, der in Richtung Autobahn weist, formuliert wird, ist mir sehr wohl bekannt. Aber, wie gesagt – Sie haben auch darauf hingewiesen –: Der Bund wird letztendlich entscheiden, ob die Trasse im neuen Bundesverkehrswegeplan als Autobahn oder als Bundesstraße vorgesehen wird.

Die Frage nach der Priorisierung wurde heute Vormittag schon einmal gestellt. Zum einen hat uns der Bundesverkehrsminister in einem Schreiben – wir hatten die Priorisierung der baureifen Maßnahmen vorgenommen – gelobt, dass wir unserer Aufgabe als Auftragsverwaltung nachgekommen seien und eine Priorisierung erstellt hätten. Das wurde vom Bundesverkehrsminister ausdrücklich begrüßt.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das war der letzte!)

Im vergangenen Jahr haben wir die nicht baureifen Maßnahmen priorisiert. Zum einen hatten wir zugesagt, dass sich die Landesregierung positioniert, zum anderen ist dies für unsere Handlungsfähigkeit notwendig. Denn der Bund hat bis heute noch keine neue Verkehrsprognose für den Bundesverkehrswegeplan 2015 vorgelegt, und er hatte bis zu dem Zeitpunkt, zu dem wir unsere Landesliste abgeben mussten, auch noch nicht verkündet, nach welchen Kriterien er eigentlich priorisiert.

Das heißt, wir haben, als uns wichtige Informationen gefehlt haben, eine Liste mit 158 Maßnahmen und einem Kostenvolumen von mehr als 11 Milliarden € zusammengestellt und diese beim Bund angemeldet.

Ich halte es nach wie vor für sinnvoll und für einen Erfolg, dass wir es geschafft haben, Aussagen darüber zu treffen, wie die Dringlichkeit dieser Maßnahmen aus Landessicht zu bewerten ist. Wir haben zur A 98 bzw. zur B 34 ausgeführt, dass wir dies für ein wichtiges Projekt halten, aber genau zu diesem Projekt in enger Zusammenarbeit mit dem Bund eine verkehrswirtschaftliche Untersuchung vorgenommen worden sei. Insoweit ist dies auch weiterhin im Dialog mit dem Bund zu verfolgen.

(Zuruf des Abg. Felix Schreiner CDU)

Wir haben dabei – Herr Schmiedel hat schon darauf hingewiesen – die Frage nach dem Etikett nicht hochgehängt. Vielmehr stellt sich die Frage: Wie kommen wir zusammen mit

(Staatssekretärin Dr. Gisela Splett)

dem Bund, der der Bauherr ist, möglichst schnell zu einer Lösung, die den Menschen dient, die an den Ortsumfahrungen leben, zu einer Lösung, die auch die Anbindung der Region verbessert?

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Köberle.

Abg. Rudolf Köberle CDU: Frau Staatssekretärin, gehe ich recht in der Annahme, dass Sie die Probleme so sortieren, dass dies Ihrer Selbstdarstellung dient?

(Widerspruch bei den Grünen und der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Unterstellung! – Zuruf von den Grünen: Das ist keine Frage! – Gegenruf des Abg. Felix Schreiner CDU: Pst!)

Auf der einen Seite sagen Sie, der Bund solle entscheiden, ob es bei der A 98 bei einer Autobahn bleiben oder zum Bau einer Bundesstraße kommen sollte; da hielten Sie sich heraus. Auf der anderen Seite sind Sie beleidigt, wenn sich der Bund nicht streng an Ihrer Priorisierungsliste orientiert.

Zweitens komme ich auf Ihre Frage, Herr Kollege Schmiedel, zurück, auf die Frage nach der Etikettierung dessen, was wir fordern. Darüber kann man eigentlich sachlich diskutieren. Aber wenn wir davon ausgehen, dass wir vom Bund bezüglich des nächsten Bundesverkehrswegeplans wissen, dass 70 % der Mittel für Autobahnmaßnahmen und 30 % für Bundesstraßenmaßnahmen eingesetzt werden sollen, dann ist es doch das falsche Signal, wenn wir dem Bund sagen: „Es tut auch eine Nummer kleiner. Wir streben bei der genannten Maßnahme nicht mehr als eine Bundesstraße an.“ Damit würden wir uns bei dem Mittelanteil von 30 % und nicht bei dem Mittelanteil von 70 % bewegen.

Ich halte es für falsch, wenn wir zum heutigen Zeitpunkt – da das Land gefordert ist, dem Bund seine Wünsche klar vorzutragen – hinter den Stand des jetzt geltenden rot-grünen Bundesverkehrswegeplans zurückfallen, in dem der Bedarf für den Ausbau als Autobahn anerkannt worden ist.

(Abg. Felix Schreiner CDU: Genau! Sehr gute Frage!)

Staatssekretärin Dr. Gisela Splett: Herr Köberle, ich bin weder eitel, noch bin ich beleidigt. Insoweit bin ich auch nicht beleidigt, wenn der Bund am Ende die Einstufung über den Bundesverkehrswegeplan vornimmt. Wir haben das nie anders kommuniziert.

Als wir unsere Priorisierung vorgestellt haben – und auch bei den Diskussionen zuvor –, haben wir immer darauf hingewiesen, dass unsere Priorisierung für den Bund nicht bindend sei und wir sie dennoch für eine sinnvolle Maßnahme hielten.

Vorhin wurde es schon gesagt: Mandatsträger aus der Region waren in Berlin. Wenn es so einfach wäre, dass in Berlin entschieden würde, wie die Straße im neuen Bundesverkehrswegeplan eingestuft wird, dann, glaube ich, wären diese Mandatsträger mit einer entsprechenden Botschaft zurückgekommen.

Der Presseberichterstattung habe ich entnommen, dass es eine derart klare Aussage bislang nicht gab. Das hat auch eine gewisse Logik; denn der Bund wird in den nächsten Monaten

bzw. im nächsten Jahr die Maßnahmen, die die Länder angemeldet haben, nach einem eigenen Verfahren bewerten, das im Moment im Übrigen noch finalisiert wird. Danach wird es Entscheidungen geben.

Deswegen ergibt es keinen Sinn, von mir hier Bekenntnisse einzufordern.

Zum angesprochenen 70:30-Verhältnis: Zunächst einmal heißt das nicht, dass 70 % der Mittel für Autobahnen und 30 % für Bundesstraßen eingesetzt würden. 70 % der Mittel werden für Autobahnen und autobahnähnliche Bundesstraßen aufgewandt. Wenn Sie sich ansehen, wie die Verteilung zu Ihrer Zeit war, dann sehen Sie, dass die nicht viel anders war. Da hat sich gar nicht viel geändert.

Wir haben trotzdem – auch als Bundesland – in unseren Stellungnahmen gegenüber dem Bund darauf hingewiesen, dass Baden-Württemberg als Flächenbundesland über Regionen verfügt, in denen die Bundesstraßen eine besondere Bedeutung haben, in denen die Autobahndichte nicht sonderlich hoch ist, und dass es uns wichtig ist, dass genügend Mittel für die Bundesstraßenprojekte zur Verfügung stehen.

Wenn Sie aber aus dieser Verteilung, die der Bund vorsieht, ableiten, dass die A 98 schneller als A komme, dann möchte ich darauf hinweisen, dass diese A 98 dann mit anderen Autobahnen konkurrieren würde. Das sind Maßnahmen wie der Ausbau der A 6

(Abg. Felix Schreiner CDU: Und z. B. Freiburg!)

oder die A 8. Wenn Sie schauen, was allein der Alaufstieg kostet, dann wissen Sie, dass von diesen 70 % ziemlich lange gar nichts mehr übrig bleiben wird. Insoweit ist die Frage, ob die A 98 besser dasteht oder ob eine Bundesstraße am Hochrhein gegenüber anderen Bundesstraßenmaßnahmen so weit oben steht – auch aus Sicht des Bundes entsprechend den Kosten-Nutzen-Verhältnissen, die erst noch zu ermitteln sind – und dann vielleicht schneller kommt. Dahinter würde ich doch noch ein paar Fragezeichen setzen und an Ihrer Stelle nicht so sicher sein.

Noch einmal der Hinweis: Wenn Sie eine Straße planen, die ein schlechtes Kosten-Nutzen-Verhältnis hat, werden Sie damit keinen Erfolg haben.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herzlichen Dank, Frau Staatssekretärin Dr. Splett.

Die für die Behandlung des ersten Themas vorgesehene Zeit ist verstrichen. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Staatssekretärin Dr. Gisela Splett: Ich danke auch.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Ich rufe das zweite Thema auf. Es wurde von der Fraktion GRÜNE angemeldet und richtet sich an das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst:

K M K - V o r a u s b e r e c h n u n g d e r S t u d i e r e n d e n z a h l e n

Dazu erteile ich für die Fraktion GRÜNE Herrn Abg. Dr. Schmidt-Eisenlohr das Wort.

Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor einigen Tagen wurde die neue KMK-Vorausberechnung für die Studierendenzahlen bekannt gegeben. Wie üblich wurden bei der neuesten Verkündung – das haben wir bisher immer so erlebt – die Zahlen nach oben korrigiert. Das heißt, wir können erfreulicherweise festhalten, dass wir mehr Studierende haben und vor allem in Zukunft auch haben werden.

Das Spannende bei dieser ganzen Frage ist, dass wir in der Vergangenheit immer diese höheren Planzahlen hatten, aber selbst die Erhöhung der Planzahlen nie das Ist, das dann eingetreten ist, abgebildet hat. Trotz der Erhöhung der Planzahlen ist das Ist also noch einmal höher gewesen. Das wird sicherlich auch jetzt wieder der Fall sein. Insofern ist in diesem Kontext diese Erhöhung ganz besonders wichtig und ernst zu nehmen.

Gleichzeitig erhalten wir deutliche Signale aus den Hochschulen: Heute wird landesweit an den Universitätsstandorten demonstriert, weil im Rahmen der Solidarpaktverhandlungen große Sorgen entstehen. Seit vielen Jahren hatten wir die Situation, dass die Hochschulen mit den letzten zwei Solidarpakten der Vorgängerregierungen schlechter ausgestattet waren, da sozusagen die Grundfinanzierung festgeschrieben war, aber immer mehr Studierende an die Hochschulen kamen. Insofern sind diese Proteste völlig nachvollziehbar und aus meiner persönlichen Sicht auch richtig.

Deswegen frage ich die Regierung an dieser Stelle: Wie bewertet die Landesregierung die aktuelle Vorausberechnung der KMK zur Entwicklung der Studierendenzahlen, und welche Konsequenzen sieht sie an dieser Stelle für die Hochschulfinanzierung?

Vielen Dank.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Landesregierung darf ich Frau Ministerin Bauer ans Rednerpult bitten.

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Heute – das haben Sie sicherlich selbst feststellen können – wird an allen Universitätsstandorten vor Ort von Studierenden, Professoren, Rektoren auf die finanzielle Situation der Hochschulen hingewiesen. Deswegen ist es der richtige Moment, den Blick auf die Vorausberechnung der Studierendenzahlen zu werfen, wie sie von der Kultusministerkonferenz Anfang Mai vorgelegt wurde.

Sie, Herr Schmidt-Eisenlohr, haben zu Recht darauf hingewiesen und betont: Wir haben jetzt mit der neuen Vorausberechnung der Studierendenzahlen – die Prognose der Kultusministerkonferenz wird regelmäßig fortgeschrieben – die dritte Anpassung nach oben, seitdem wir im Jahr 2005 damit begonnen haben – mit verschiedenen Ausbauprogrammen unterlegt –, über die Ländergrenzen hinweg die Hochschulstandorte auszubauen. In Baden-Württemberg war das Ausbauprogramm „Hochschule 2012“ und auf Bundeseite das Ausbauprogramm „Hochschulpakt 2020“ die Konsequenz aus den Berechnungen der Kultusministerkonferenz.

Inzwischen haben wir die dritte Aktualisierung der damaligen Berechnungen, und in der Summe stehen wir heute vor der Situation, dass im Jahr 2020 in Baden-Württemberg etwa

25 000 Studienanfänger mehr an unseren Hochschulen sein werden, als das in der Prognose 2005 vorausgesagt wurde. 25 000 Studienanfänger mehr – um einen Vergleich herzustellen –, das ist etwa das Fünffache der Aufnahmekapazität der Universität Tübingen. Diese müssen im Vergleich zu 2005 im Jahr 2020 zusätzlich in diesem Land aufgenommen werden. Das ist die Dimension, mit der wir es zu tun haben.

Das ist eine enorme Herausforderung. Man sollte aber trotz der Herausforderung nicht vergessen, dass grundsätzlich eine gute Entwicklung dahintersteckt. Denn wir brauchen qualifizierte junge Menschen, brauchen qualifizierte Menschen mit Hochschulausbildung, weil wir für den Arbeitsmarkt mehr Akademikerinnen und Akademiker brauchen. Wir haben in Baden-Württemberg – hier liegt die Quote bei unter 1,5 % – so gut wie keine Akademikerarbeitslosigkeit. Wir brauchen auch hervorragend ausgebildete Menschen in der dualen Ausbildung. Wir brauchen beides. Deswegen sollten wir uns zunächst einmal freuen, dass es uns gelingt, junge Menschen zu motivieren, etwas für ihre Bildung zu tun.

Dennoch ist ganz klar: Ein solcher Aufwuchs ist enorm schwierig und ist eine enorme Kraftanstrengung für alle, die dies schultern müssen – für die Hochschulen, die entsprechendes Personal und entsprechende Räume vorhalten müssen, aber auch für unsere Haushalte, den Landeshaushalt genauso wie für den Bundeshaushalt.

Sie haben nach den Konsequenzen aus diesen Zahlen gefragt. Das Kabinett hat sich am Dienstag mit der Thematik befasst. Wir haben zunächst beschlossen, dass die vorgelegten neuen Zahlen Ausgangspunkt für die Überprüfung des weiteren Fahrplans und des Finanzvolumens unseres eigenen Ausbauprogramms sind. Sie sind auch Ausgangspunkt für die Beratungen über die anstehende Nachfolgeregelung für den Solidarpakt.

In diesem Haus ist sicherlich bekannt, dass wir zurzeit in Beratungen darüber sind, wie der neue mehrjährige Vertrag aussehen soll, der die Grundfinanzierung, die Grundausrüstung unserer Hochschulen in Baden-Württemberg regelt.

Wir sind am Ende der Laufzeit des zweiten Solidarpakts, der über acht Jahre hinweg galt. Er wurde im Jahr 2007 beschlossen. Vorgänger war ein zehnjähriger Solidarpakt, beschlossen im Jahr 1997.

Nun konkret zu den Konsequenzen, nach denen Sie gefragt haben. Zwei möchte ich nennen.

Erstens: Das Ausbauprogramm, das ursprünglich als ein Programm zur Bewältigung des doppelten Abiturjahrgangs geplant war – dieser ist bekanntermaßen „durch“ –, um dann wieder schnell zurückzubauen, müssen wir in der Laufzeit anders dimensionieren. Denn wir haben es mit einem anhaltenden Hoch bei den Studierendenzahlen bis weit in das nächste Jahrzehnt hinein zu tun. Wir müssen daher dieses Ausbauprogramm – vom Finanzvolumen aus gedacht – verstetigen.

Zweite Konsequenz: Wir müssen langfristiger, mit mehr Weitblick agieren, und wir müssen angesichts dieser Perspektive viel mehr Ressourcen in die Grundfinanzierung stecken und weniger in kurzfristig gedachte, geplante und umzusetzende Ausbauprogramme.

(Ministerin Theresia Bauer)

Man muss deswegen heute mit dem Blick auf den Solidar-pakt II sagen, dass es ein Konstruktionsfehler war, den gesamten Aufwuchs an Studierenden nicht über die Grundfinanzierung abzubilden, sondern über ein Ausbauprogramm, das in der Handhabung viel restriktiver und schwieriger ist. Diesen Konstruktionsfehler müssen wir jetzt dringend beheben.

Über diesen Grundsatz haben wir Einigkeit hergestellt. Das ist auch weniger eine Frage der Finanzvolumina, sondern eine Frage der Philosophie, der Haltung, mit der wir an unsere Hochschulen herantreten sind und mit der wir ihnen die Möglichkeit geben wollen, Hochschulautonomie nicht nur auf dem Papier zu haben, sondern Hochschulautonomie auch zu leben.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Ich erteile Frau Abg. Kurtz für die CDU-Fraktion das Wort.

Abg. Sabine Kurtz CDU: Sehr geehrte Frau Ministerin, ich darf vielleicht Folgendes vorausschicken: Ich habe den Eindruck, dass hier im Land – bei Ihnen, bei den Hochschulen und bei uns – Einigkeit besteht, dass das Prinzip der Solidar-pakte eine gute Idee war. Sie haben den Hochschulen Planungssicherheit gegeben, und die Tatsache, dass Sie jetzt einen dritten Solidar-pakt auflegen wollen, dass Sie von diesem Instrument also nicht abweichen, beweist ja auch, dass es im Grunde nicht falsch war.

Sie wissen auch, dass wir während der Laufzeit des letzten Solidar-pakts durchaus noch einmal nachgesteuert haben – natürlich mit kurzfristigen Mitteln. Aber das Ausbauprogramm wegen des doppelten Abiturjahrgangs haben wir auch noch einmal aufgestockt, als sich die Zahlen „unterwegs“, wenn ich so sagen darf, erhöht haben.

Ich glaube also, wir brauchen in diesem Fall nicht wieder von Erblast und Altschulden zu reden,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Natürlich Erblast!)

sondern wir müssen sagen: Wir haben in Baden-Württemberg ein kluges System, ein kluges Instrument erfunden, und wir freuen uns, dass Sie dies jetzt auch fortschreiben.

Wir sind über den heutigen Aktionstag der Universitäten schon etwas verwundert, denn Sie verhandeln ja schon seit einer ganzen Weile über den Solidar-pakt III. Das geschieht aber offensichtlich nicht so, dass die Universitäten beruhigt werden. Es scheint eine gewisse Alarmierung vorhanden zu sein.

Sie haben – auch eben wieder – gesagt, Sie hätten die Absicht, die Grundfinanzierung zu stärken. Wir begrüßen das. Nur wüssten wir jetzt gern ein bisschen genauer, wie das aussehen soll und um welche Volumina es sich handelt. Sie hatten früher einmal angedeutet, Sie wollten die Qualitätssicherungsmittel in die Grundfinanzierung überführen.

(Zuruf der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

Das heißt, es gibt in diesem Sinn erst einmal kein frisches Geld. Das Geld wird nur anders veranschlagt.

Die Qualitätssicherungsmittel haben Sie eingeführt, um den Ausfall der Einnahmen aus Studiengebühren zu kompensieren. Sie haben zugesagt, diese Mittel zu dynamisieren, sie also an die sich verändernden Studierendenzahlen anzupassen.

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Was ist die Frage?)

Sie haben dabei auch den Studierenden eine große Mitsprachemöglichkeit bei der Verwendung zugesprochen.

Wenn Sie diese Qualitätssicherungsmittel jetzt in die Grundfinanzierung überführen, was wird dann aus der Dynamisierung, und was wird aus der Mitsprachemöglichkeit der Studierenden? Einmal abgesehen davon, dass das kein frisches Geld ist, sondern das Geld nur anders veranschlagt wird, möchte ich gern wissen, wie Sie mit den bisherigen Zusagen umgehen.

Danke schön.

(Unruhe)

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Frau Abgeordnete, lassen Sie mich noch einmal bei der Frage beginnen: Macht ein Solidar-pakt im Grundsatz Sinn oder nicht? In der Tat hilft es autonomen und eigenständigen Einrichtungen, wenn sie über mehrere Jahre hinweg finanzielle Verlässlichkeit haben. Sie können strategisch agieren, sie können Rücklagen für Dinge, die sie wirklich brauchen, bilden; man erspart sich das sogenannte Dezemberfieber, man kann Schwerpunkte setzen.

Deswegen ist ein Solidar-pakt im Grundsatz richtig. Aber er ist nur dann richtig, wenn die Grundfinanzierung, die dazu geregelt ist, auskömmlich ist. Wenn man Verlässlichkeit im Mangel schafft, ist das kein hilfreiches Instrument. Das ist das, was in Baden-Württemberg passiert ist.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Über die außerordentlich langen Laufzeiten der beiden Solidar-pakte – über die letzten 18 Jahre betrachtet – haben wir in Baden-Württemberg de facto eine geringere Steigerung der Grundfinanzierung, eine geringere Dynamik, als dies in anderen Ländern der Fall war, die mit angemesseneren Laufzeiten zu einem früheren Zeitpunkt abbilden konnten, wie sich die Grundfinanzierung verändern muss.

Deswegen: Ich stehe zu dem Grundsatz eines Solidar-pakts. Die mehrjährige Sicherheit ist für autonome Einrichtungen wichtig, aber sie darf nicht absichern, dass man in einer Mangelwirtschaft „unterwegs“ ist, sondern sie muss absichern, dass man eine solide finanzielle Basis hat, die einen dann auch eigenständig handeln lässt.

Genau dies werden wir tun. Der nächste Pakt hat eine vernünftige Laufzeit von sechs Jahren.

(Zuruf der Abg. Sabine Kurtz CDU)

Sie wird es uns ermöglichen, auf mittlere Sicht entsprechend weiter anzupassen.

In der Tat haben die Hochschulen – das möchte ich noch einmal betonen – in den letzten Jahren nicht wenig Geld gesehen. Mit dem Programm „Hochschule 2012“ sind – das muss man deutlich unterstreichen – zusätzlich relevante Summen in unsere Hochschulen geflossen, mit dem zusätzlichen Bundesprogramm „Hochschulpakt 2020“ noch einmal. Zum Teil kam das Geld in so großen Schüben, dass es nicht zu verarbeiten war, weil z. B. die Wehrpflicht weggefallen ist. Ganz plötzlich bekommt man mitten im Jahr noch einmal einen Aufschlag obendrauf, der in einer solchen Jahresfrist überhaupt

(Ministerin Theresia Bauer)

nicht sinnvoll umzusetzen ist – schon gar nicht in Personalmaßnahmen.

(Zuruf des Abg. Heribert Rech CDU)

Deswegen ist es ganz entscheidend, dass wir den Charakter der Mittel, der Finanzvolumina verstehen, die in Form von Grundfinanzierung in die Hochschulen kommen. Es macht einen riesengroßen Unterschied, ob wir den Hochschulen entweder per Kassenanschlag zu Jahresbeginn Mittel aus dem Ausbauprogramm „Hochschule 2012“ für bestimmte Studienplätze, bestimmte Studiengänge, bestimmte Personalmaßnahmen zur Verfügung stellen – für etwas anderes aber nicht – und am Ende des Jahres, wenn die Dinge anders gekommen sind, die Mittel einkassiert und anders verteilt werden oder ob es eine Grundfinanzierung ist, über die man auch eine unbefristete Stelle schaffen kann, über die man langfristig in Personal investieren kann.

All das haben die bisherigen Ausbauprogramme wegen ihrer Kurzatmigkeit nicht zugelassen.

Deswegen: Lassen Sie uns das bitte nicht kleinreden. Die Aussage, dass wir uns von der Programm- und Projektorientierung ein Stück weit verabschieden, um die Grundfinanzierung relevant zu stärken, ist keine Selbstverständlichkeit und auch kein Kinkerlitzchen. Das ist eine ganz neue, eine viel bessere Möglichkeit für Hochschulen, mit ihren Ressourcen klug, strategisch, flexibel und verantwortlich umzugehen.

Deswegen liegt die große Chance darin, zunächst einmal und in erster Linie das Ausbauprogramm „Hochschule 2012“ in die Grundfinanzierung umzuwidmen. Das ist die erste Aufgabe, die wir zu bewerkstelligen haben.

Danach können wir über weitere Maßnahmen darüber hinaus sprechen. Wir werden im Laufe der Verhandlungen einfach sehen, wie viele Ressourcen wir den Hochschulen zusätzlich zur Verfügung stellen und wie viel wir über Umstrukturierungen erledigen können. Hierüber sind wir mitten in den Verhandlungen. Die Details liegen noch nicht fest.

Lassen Sie mich noch einmal betonen: Wir sind mit der Erarbeitung eines neuen Pakts völlig im Plan. Es gibt keine Verspätung, wir haben uns auch nicht verhakt.

Wir haben von Anfang an gesagt, dass bis Sommer – es ist noch nicht Sommer, auch wenn das Wetter so schön ist – die großen Linien klar sind, die Linien, die wir brauchen, damit der Doppelhaushalt 2015/2016 aufgestellt werden kann. Weitere Details der Verteilung unter den Hochschulen, weitere Regelungen zur Sicherung der Qualität werden wir im zweiten Halbjahr erarbeiten. Aber bis zum Sommer sind die Linien, auf die sich die Hochschulen verlassen können, klar, damit sie auch künftige Berufungsverhandlungen beginnen und Arbeitsverträge abschließen können. Das ist die Sicherheit, die sie brauchen.

Deswegen noch ein Letztes, was wirklich wichtig ist: Wenn wir sagen: „Das Land übernimmt Verantwortung und schafft Verlässlichkeit durch eine bessere Grundfinanzierung, übrigens auch durch größere Schritte beim Abbauen des Sanierungsstaus, den wir vorgefunden haben“, dann brauchen wir aber auch ganz dringend das Engagement und die Klarheit vonseiten der Bundesregierung. Dass der „Hochschulpakt

2020“ ab dem nächsten Jahr enorme Finanzierungslücken aufweist und völlige Unklarheit herrscht, wie es in den Jahren 2016 bis 2020 weitergeht, ist ein Skandal.

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Beantworten Sie doch meine Frage nach den Qualitätssicherungsmitteln!)

Als Frau Schavan noch im Amt war, hieß es immer: „Verlassen Sie sich darauf: Der ‚Hochschulpakt 2020‘ heißt so, weil die Finanzierung bis 2020 steht.“ Sie steht nicht, und das ist ein Grund, warum die Angehörigen der Hochschulen, der Universitäten heute auf die Straße gehen. Der Grund ist nicht, dass wir mit den Verhandlungen über die Nachfolge für den Solidarpakt im Verzug wären – wir sind im Plan –,

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Ich hatte eine Frage gestellt!)

sondern der, dass die Universitäten erleben, dass sie vonseiten des Bundes völlig im Unklaren gelassen werden,

(Abg. Winfried Mack CDU: Sehen das die Studenten auch so?)

wie es mit dem Hochschulpakt weitergeht. Für sie besteht völlige Unklarheit, wie es mit den Programmpauschalen weitergeht.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Winfried Mack CDU: Sie müssen endlich handeln! Nicht immer die Verantwortung weiterschieben!)

Da geht es um enorme Beträge. Wie kann es sein, dass im Koalitionsvertrag auf Bundesebene festgehalten ist, dass der „Hochschulpakt 2020“ kommt und dass schnell entschieden wird? Jetzt sind schon sieben Monate ins Land gegangen, und Sie haben immer noch keine Aussage darüber getroffen –

(Abg. Winfried Mack CDU: Die Studenten möchten konkrete Verbesserungen haben! – Glocke der Präsidentin)

– Sie haben noch die Möglichkeit, eine Frage zu stellen. Bitte lassen Sie mich ausreden, und dann stellen Sie Ihre Frage. Ich freue mich darauf.

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Ich hatte eine gestellt! Beantworten Sie sie doch bitte!)

– Sie haben drei Fragen gestellt, und ich bin jetzt gerade bei der Beantwortung der dritten Frage angekommen.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Ich bin auch bei der Beantwortung der drei Fragen, die Sie gestellt haben, ganz ordentlich im Plan.

(Zuruf der Abg. Sabine Kurtz CDU)

– Entschuldigung, ich kann bei diesen vielen Zwischenrufen weder gut hören noch gut reden. Vielleicht möchten Sie die Frage, die Sie für nicht beantwortet halten, noch einmal stellen.

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Ja, gern!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Schmidt-Eisenlohr.

(Zuruf der Abg. Sabine Kurtz CDU)

Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Frau Ministerin, ich greife ergänzend noch einmal auf: Die größte Sorge an den Universitäten ist die Unklarheit über die hohen Mittel von der Bundesebene. Ich denke, es ist angebracht, dass Sie in Richtung Frau Wanka noch einmal darauf hinweisen, dass da klare Ansagen notwendig sind, damit das auch bei uns im Land weiter bearbeitet werden kann.

Aber ich will an dieser Stelle einfach noch einmal sagen, dass wir da in einem Spannungsfeld zwischen dem Ausbauprogramm des Landes und dem des Bundes sind und das natürlich unterschiedliche Auswirkungen hat. Einen Teil davon haben Sie schon angesprochen. Vielleicht können Sie noch einmal zwei, drei Anmerkungen dazu machen, welche Konsequenzen sich aus diesen neuen Zahlen ergeben.

Ein anderer Aspekt, den Sie auch schon angesprochen hatten – aber nur ganz kurz –, ist die Frage: Wie sind diese neuen Zahlen auch hinsichtlich der Erwartung des Arbeitsmarkts einzuschätzen? Es geht also um die Frage: Wie gehen wir mit einer erhöhten Studierwilligkeit und einer höheren Akademikerquote um? Vielleicht können Sie zu diesen Themen noch etwas sagen. Denn das drückt sich ein Stück weit auch in diesen Zahlen aus.

Vielen Dank.

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Zu der Frage der Ausbauprogramme und der Zahlen, die dahinterstehen: Das Ausbauprogramm „Hochschule 2012“ umfasst derzeit ein Finanzvolumen von jährlich 204 Millionen €. Das ist eine relevante Summe. Es ist notwendig, auf dieser Basis auch in den nächsten Jahren zu agieren. Wir müssen in den Verhandlungen darüber sprechen, wie, zu welchen Anteilen und in welchen Schritten wir dies in die Grundfinanzierung übertragen können. Es geht darum, wie wir Verlässlichkeit herstellen können und Möglichkeiten schaffen können, im Bereich Personal und Beschäftigungsverhältnisse zu qualitativen Verbesserungen zu kommen.

In Bezug auf den „Hochschulpakt 2020“ haben wir für das nächste Jahr eine finanzielle Unklarheit in Höhe von 139 Millionen €, von denen wir nicht wissen, ob sie nach Baden-Württemberg fließen oder nicht. Für den weiteren Zeitraum der Aufnahmekohorten 2016 bis 2020 geht es um ein Finanzvolumen in Höhe von 8,8 Milliarden € bundesweit. Für Baden-Württemberg sind es 1,1 Milliarden €. Auf diese Mittel haben wir uns verlassen, auf diese Mittel haben sich auch die Hochschulen verlassen.

Deshalb möchte ich noch einmal unterstreichen: Die Unruhe ist nicht erfunden; die Unruhe ist sehr real, weil nicht klar ist, ob diese Mittel im nächsten Jahr und in den kommenden Jahren zur Verfügung stehen. Daran hängen Arbeitsverträge. Daran hängt die Frage: Machen wir einen Arbeitsvertrag mit einer Laufzeit von sechs Monaten, oder trauen wir uns, einen Arbeitsvertrag mit einer Laufzeit von drei Jahren oder ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis einzugehen?

Daher bitte ich beide Partner der Großen Koalition in Berlin, beim Punkt „Hochschulpakt 2020“ sehr deutlich zu werden und auch nicht dem Märchen aufzusitzen, das immer wieder erzählt wird, man müsse dazu die Verfassung ändern. Die Mittel für den Hochschulpakt kann man schlicht freigeben. Ich kenne kein Land, das dagegen wäre, dass diese Mittel ausgezahlt werden. Wir haben Konsens zwischen allen Ländern, und deshalb hängt es in dieser Frage ausschließlich an der Bundesregierung, diese Mittel freizugeben, und das bitte möglichst zügig.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Jetzt zur Frage nach dem Arbeitsmarkt: Ich habe kurz darauf hingewiesen: Wir haben in Baden-Württemberg so gut wie keine Akademikerarbeitslosigkeit. Wir haben in Baden-Württemberg in diesem Bereich eine Arbeitslosenquote von 1,5 %. So etwas nennt man Vollbeschäftigung.

Uns wurde von der Agentur für Arbeit ganz aktuell ein Fachkräftemonitor vorgestellt, bei dem es um die Frage geht: In welchen Bereichen haben wir einen Fachkräftemangel? Es wurden 16 Bereiche ausgemacht, in denen es einen Fachkräftemangel gibt. Zehn davon sind Bereiche für akademische Fachkräfte, die betroffen sind, sechs weitere davon sind im Bereich der dualen Ausbildung. Die Schwerpunkte liegen ganz klar in den MINT-Fächern. Die Beispiele reichen von Elektrotechnik über Softwareentwicklung bis zu Informatik. Es gibt sehr deutliche Rückmeldungen, dass genau die Stärken, die wir in Baden-Württemberg in einer besonderen Weise abbilden, die sind, die wir auch in Zukunft brauchen.

Wenn es darum geht, wie sich der Arbeitsmarkt bei uns aus demografischen Gründen verändert, muss man sehen, dass die starken Akademikerkohorten, die in den 1960er- und den 1970er-Jahren eingestellt wurden, jetzt das Erwerbsleben verlassen. Im Jahr 2001 gab es noch eine Rate der über 55-Jährigen unter den erwerbstätigen Akademikern von 14 %; jetzt sind wir schon bei 20 % derjenigen angekommen, die bald das Erwerbsleben verlassen und durch neue Akademiker ersetzt werden müssen. Deswegen sind wir auf der richtigen Spur, wenn wir, wie die Landesregierung es angeht, sowohl die Akademiker gut ausbilden als auch alles dafür tun, dass junge Menschen qualifiziert und erfolgreich Ausbildungsangebote der dualen Ausbildung annehmen können und durchlaufen.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch: Wir tun alles dafür, jungen Menschen klarzumachen: Der Weg zu einem Studium muss nicht direkt nach dem Abitur beginnen. Wir tun alles dafür, die Wege zur Weiterbildung und auch die Wege in Richtung duales Studium zu stärken. Wir wollen klarmachen: Es gibt keine alternative Entscheidung zwischen dualer Ausbildung und Hochschulausbildung. Man kann immer wieder etwas draufsatteln, man kann sich umorientieren. Deswegen muss man nicht aus Unsicherheit oder wegen eines fehlenden Überblicks darüber, was man zukünftig einmal machen will, die Hochschule besuchen. Wir werden die Wege eröffnen, sowohl durch ein berufs begleitendes Bachelorstudium als auch durch ein berufs begleitendes Masterstudium die Durchlässigkeit im Hochschulbereich erhöhen und deswegen Druck aus dem Hochschulsystem herausnehmen.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Wacker.

Abg. Georg Wacker CDU: Sehr geehrte Frau Ministerin, ich habe eine kurze Frage. Die Kürze der Zeit lässt auch nur eine kurze und präzise Antwort zu. Aber ich bin sicher, Sie werden es schaffen, sehr kurz und präzise auf meine Frage einzugehen.

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Sehr schön! Ja!)

Erstens: Frau Ministerin, Sie haben gesagt, die Solidarpaktverhandlungen sind jetzt auf der Zielgeraden. Bis zum Sommer sind es noch acht Wochen, die man für präzise, zielorientierte Gespräche nutzen muss. Sie haben auch auf die Problemlagen hingewiesen.

Dabei sind folgende Dinge wichtig: Die Grundfinanzierung sprechen Sie vor dem Hintergrund der Verlässlichkeit an. Aber wir sind uns doch darüber einig, Frau Ministerin, dass für eine verlässliche Finanzierung der Hochschulen nicht nur die anstehenden Bundesmittel maßgebend sind. Voraussetzung ist eben, dass auch die Landesfinanzierung eine Verlässlichkeit gewährleistet. Bei Ihren Antworten sind Sie darauf nicht eingegangen. Deswegen lautet meine konkrete Frage, inwieweit Sie bereit sind, hierfür verlässliche Mittel aus dem Landeshaushalt zur Verfügung zu stellen.

Zweite Frage – in aller Kürze; aber ich denke, Sie schaffen es, mir auch diese Frage zu beantworten –: Der Hochschul- und Forschungsbereich steht hier in Konkurrenz zum Bildungsbereich. Das wissen Sie. Mit Bildung meine ich in diesem Fall den schulischen Bereich. Denn die 6 Milliarden €, die in Kürze seitens des Bundes zur Verfügung gestellt werden, stehen ja nicht nur für den Hochschul- und den Forschungsbereich, sondern auch für den schulischen Bereich zur Verfügung. Sie wissen, dass Ihr Kabinettskollege Stoch bereits sehr viele Mittel beim Bund reklamiert hat. Wie gehen Sie damit um, damit der Hochschulbereich auch daran partizipieren kann? Haben Sie sich mit dem Kultusminister diesbezüglich geeinigt?

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Erstens: Zur Frage der Grundfinanzierung habe ich sehr präzise geantwortet – ich möchte es wiederholen –: Wir werden die Grundfinanzierung unserer Hochschulen nach 18 Jahren erheblich und substanziell verbessern. Das leisten wir mit Mitteln des Landes. Wir sind zuständig für die Grundfinanzierung, und wir werden dies umsetzen. Zahlen werden geliefert, wenn die Paktverhandlungen abgeschlossen sind. Aber es wird eine substanzielle und bedeutende Verbesserung der Grundfinanzierung aus Landesmitteln geben.

Zweitens: Das Rechenproblem, das die Große Koalition hat, kann ich leider nicht stellvertretend lösen. Wenn man für frühkindliche Bildung, für Schule, für Hochschule 6 Milliarden € zur Verfügung stellt und darüber hinaus finanzielle Lücken aufreißt, indem man bestimmte Finanzierungslinien, die gebraucht werden, nicht weiter ausfinanziert – ein Beispiel ist der Hochschulpakt –, dann muss diese Rechnung, muss diese Quadratur des Kreises von der Großen Koalition selbst gelöst werden. Denn es ist nach allem, was ich von außen sehen kann, nicht wahr, dass Minister Stoch und ich oder die entsprechenden Kollegen anderer Länder untereinander irgendwelche Schwierigkeiten hätten, sich zu einigen.

Das Problem ist, dass in den 6 Milliarden €, die über eine Laufzeit von vier Jahren vorgesehen sind – nur damit man Klarheit über die Dimensionen hat – – Jährlich investieren Sie

10 Milliarden € in die Bewältigung der Vergangenheit und in die Rententhematik, aber für den gesamten Bildungsbereich nehmen Sie auf Bundesebene nur 2 Milliarden € in die Hand.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das ist doch keine Bundesaufgabe! – Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Das sind die Relationen. Dass Sie eine solche Rechenaufgabe nicht lösen können, ist nicht das Problem von Landesministern, sondern da muss die Bundesregierung sich wirklich outen, wie sie die Lücken schließen will und wie sie die Zusagen, die sie gemacht hat, nämlich den „Hochschulpakt 2020“ zu finanzieren, einhalten will. Das ist keine Frage, die Minister Stoch und ich hier klären könnten, sondern diese Frage muss in der Großen Koalition selbst geklärt werden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Georg Wacker CDU: Immerhin, die Zeit hat sie eingehalten!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Danke schön, Frau Ministerin.

Die für die Regierungsbefragung vorgesehene Zeit ist abgelaufen. Deswegen beenden wir jetzt den Tagesordnungspunkt 5: Regierungsbefragung.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung der Gesetze zur Ausführung des Zwölften und des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und zur Ausführung der Aufgaben nach § 6 b des Bundeskindergeldgesetzes – Drucksache 15/5166

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat festgelegt, dass in der Ersten Beratung keine Aussprache geführt wird. Die Landesregierung verzichtet auf eine mündliche Begründung des Gesetzentwurfs.

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 15/5166 zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren zu überweisen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Punkt 4 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Europa und Internationales zu der Mitteilung der Landesregierung vom 23. März 2014 – Bericht über aktuelle europapolitische Themen – Drucksachen 15/4990, 15/5011

Berichtersteller: Abg. Dr. Wolfgang Reinhart

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aussprache eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt.

Das Wort für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Stratthaus.

(Zuruf von der CDU: Dr. Stratthaus? – Abg. Rosa Grünstein SPD: Ohne „Doktor“!)

– Stratthaus, ohne „Doktor“.

(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch)

(Abg. Gerhard Stratthaus CDU: Haben Sie mich promoviert? – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU zu Abg. Gerhard Stratthaus CDU: Das hast du dir verdient! *Honoris causa!*)

– Entschuldigung, Herr Abg. Stratthaus, ich habe Sie „zum Doktor gemacht“. Das nehme ich sofort zurück.

(Abg. Walter Heiler SPD: Das kann ja noch werden!)

Abg. Gerhard Stratthaus CDU: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute schon mehrfach über Europa gesprochen. Wir haben über den vorliegenden Bericht auch schon im Ausschuss für Europa und Internationales gesprochen, und eigentlich waren alle damit einverstanden.

Gestatten Sie mir deswegen, dass ich mich jetzt etwas allgemeiner fasse, auch deswegen, weil seit dem Entstehen dieses Berichts fast ein Vierteljahr vergangen ist und sich in dieser Zeit viel getan hat und bei uns zudem bereits in vier Tagen – ich glaube, in Großbritannien schon morgen – Wahlen zum Europäischen Parlament stattfinden. Lassen Sie mich deswegen einige wenige allgemeinere Ausführungen machen.

Ich habe den Eindruck, dass Europa bei den Europäern in den letzten Jahren sehr stark an Ansehen verloren hat. In allerjüngster Zeit hat das Ansehen angeblich wieder zugenommen, aber in den letzten Jahren ist es zurückgegangen. Dies hing natürlich sehr stark mit den verschiedenen Wirtschaftskrisen zusammen, durch die wir in den letzten Jahren gehen mussten. Die nördlichen Geberländer – so will ich einmal sagen – waren überzeugt, dass sie in eine Haftungsunion hineingetrieben werden, während viele in den südlichen Ländern der Überzeugung sind, dass ihre missliche wirtschaftliche Lage nicht auf die Politik des eigenen Landes zurückzuführen ist, sondern auf den Euro und den Eintritt in die Eurozone. Ich möchte mich damit etwas beschäftigen.

Eines ist klar: Das Entstehen der europäischen Einigung nach dem Zweiten Weltkrieg stand sehr stark mit Wirtschaftsfragen in Verbindung. Man könnte hierzu lange reden. Interessant war, dass die erste Gründung in diesem Bereich die Montanunion war. Man wollte Deutschland wieder stark werden lassen, wollte es aber einbinden. Deswegen hat man angefangen, die Bereiche Kohle und Stahl, die damals die wichtigsten Wirtschaftszweige für das Militär waren, zu kontrollieren. So ging es weiter mit der Schaffung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, der Einrichtung des Europäischen Binnenmarkts und schließlich der Einführung des Euro.

Aber, meine Damen und Herren, obwohl die Wirtschaftsfragen so entscheidend sind, sollten wir festhalten: Die Wirtschaft allein macht Europa nicht aus, und Europa ist mehr als der Euro. Ich glaube, das ist ganz wichtig. Das müssen wir heute einmal betrachten.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Europa ist zweifellos auch eine Wertegemeinschaft, die der Welt schon sehr viel gegeben hat. Deutschland hat schreckliche Kriege geführt. Das Schlimmste in der neueren Geschichte Deutschlands waren die Machtergreifung Hitlers, das Dritte Reich und der Zweite Weltkrieg. Das alles waren ganz gro-

ße Katastrophen. Dennoch hat Europa der Welt sehr viel gegeben. Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaat sind Erzungenschaften, die letzten Endes aus dem europäischen Geist entstanden sind.

In letzter Zeit ist öfter einmal die berühmte Aussage des früheren Bundespräsidenten Heuss zitiert worden, dass Europa zweifellos auf der christlich-jüdischen Überlieferung, der griechischen Philosophie und dem römischen Staatsverständnis aufbaut. Weil das so ist, haben wir übrigens nicht ganz verstanden, wieso Herr Schulz unbedingt von Europa aus das Kreuz in öffentlichen Räumen verbieten will.

(Beifall bei der CDU)

Diese Frage sollte jedes einzelne Land für sich entscheiden. Denn die Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern in ihrem Verhältnis zum Christentum und zur Kirche sind sehr groß.

Meine Damen und Herren, wenn Sie die täglichen Meldungen – auch heute Morgen ist dies wieder im Radio zu hören gewesen – über Diktaturen, über Menschenrechtsverletzungen, über Misshandlungen und Verfolgungen von Frauen hören, werden Sie mir zustimmen: Europa mit seinen Wertevorstellungen wird auch in Zukunft in dieser Welt gebraucht werden.

(Beifall der Abg. Thomas Blenke und Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Wirtschaftliche Probleme bestehen natürlich auch. Da wird sehr häufig der Euro zum Schuldigen erklärt. So einfach ist es nicht, meine Damen und Herren. Ich will das etwas erläutern.

Selbstverständlich hat der Euro zu den Ursachen der Probleme beigetragen; ihm ist aber nicht die Schuld zu geben. Denn zweifellos rührten die Probleme, die wir in den letzten Jahren hatten, daher, dass sich Staaten, Private und Unternehmen in manchen Ländern maßlos verschuldet haben. Diese maßlose Verschuldung war in vielen dieser Länder nur möglich, weil der Euro eingeführt worden ist. Woran liegt das? Bevor z. B. Griechenland in die Eurozone aufgenommen wurde, musste das Land 16 % Zinsen für zehnjährige Anleihen zahlen. Als der Euro eingeführt worden ist, hat sich die Zinsverpflichtung innerhalb weniger Wochen auf nur 4 bis 5 % verringert, obwohl sich in wirtschaftlicher Hinsicht gar nichts verändert hat. Weiter sagte man, das Währungsrisiko bestehe nicht mehr. Vor allem gilt – das hängt mit Basel II und III zusammen –, dass eine Geschäftsbank für jeden Kredit eine gewisse Summe an Eigenkapital hinterlegen muss, während Staatskredite als risikolos angesehen werden, sodass hierfür kein Eigenkapital hinterlegt werden muss.

Es gab schon immer Länder, die sich schlechter als andere entwickelt haben. Wenn Sie 20 Jahre vor der Einführung des Euro nach Italien gefahren sind, haben Sie sich gefreut, weil Sie für Ihre D-Mark mehr Lira als im Vorjahr bekommen haben. Aber vor Ort haben Sie gemerkt, dass Ihnen das gar nichts genutzt hat, weil nämlich diese Länder, deren Produktivität sich schlechter entwickelt hatte, einfach ihre Währung abgewertet haben. So sind in den letzten 20 Jahren vor der Einführung des Euro z. B. die griechische Währung um nahezu 100 % und die italienische Währung um rund 50 % abgewertet worden.

(Gerhard Stratthaus)

Man hat dieses Problem gesehen – übrigens ist das auch hier im Landtag in den Neunzigerjahren manchmal diskutiert worden –, als der Euro eingeführt worden ist. Man hat gesagt: Da die Möglichkeit der Anpassung über den Wechselkurs nicht mehr besteht, muss sich die Realwirtschaft anpassen. Das heißt, Länder, die sich schlechter entwickeln, müssen dafür sorgen, dass die Löhne und die Preise langsamer steigen.

Um das wirklich durchzusetzen – denn man wusste, nur durch eine starke Verschuldung im Ausland kann ein Land über seine Verhältnisse leben –, hat man die Maastricht-Kriterien eingeführt, wodurch man die Verschuldung der Staaten begrenzen wollte, und sich zugleich darauf verständigt: Wenn es ernst wird, wird kein Staat einen anderen heraushauen. An alle diese Vorgaben hat sich niemand gehalten, insbesondere auch die Deutschen nicht. Deutschland hatte bereits im Jahr 2003 diese Kriterien überschritten.

Was ist jetzt zu tun? Da gibt es eine Partei – heute Morgen ist das schon einmal thematisiert worden –, die die Eurozone einfach auseinanderfallen lassen will. Das wäre die größte wirtschaftliche, aber auch politische Katastrophe, die man sich vorstellen könnte.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen, der SPD und der FDP/DVP)

Ich will auch das begründen, damit es nicht einfach so im Raum stehen bleibt: Auch wenn die Währungsunion aufgelöst würde, würden rechnerisch alle Schulden in Euro fortbestehen; die D-Mark würde aufgewertet, die meisten anderen Währungen würden abgewertet.

Das würde bedeuten, dass z. B. für Griechenland, aber auch für Italien die Schulden im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt noch größer wären als vorher. Die Schulden wären nominal gleich hoch, gemessen an der Wirtschaftsleistung aber noch größer. Die Forderungen Deutschlands wären hingegen geringer. Sie wissen, dass wir über unser Bankensystem – das sind die sogenannten Target-Kredite – Forderungen gegenüber anderen Ländern in Höhe von einigen Hundert Milliarden Euro haben. Dieses Geld wäre in der Tat weg. Die anderen Länder könnten nichts mehr bezahlen, Deutschland würde nichts mehr bekommen. Darüber hinaus wäre der ganze Vereinigungsprozess auseinandergefallen. Deswegen sage ich: Das darf auf keinen Fall passieren.

Was wir machen müssen – und das geschieht auch –, ist, die Zahlungsfähigkeit dieser schwächeren Länder aufrechtzuerhalten. Ich muss Ihnen aber offen sagen: Von Eurobonds halte ich überhaupt nichts,

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

und zwar ganz einfach aus folgenden Gründen:

Zum einen würden die Bürger in unserem Land das nicht mittragen. Zum anderen hat der Zins natürlich auch eine Aufgabe: Er soll den Fluss des Kapitals steuern. Wenn der Zins zu niedrig ist, dann entstehen Blasen. So gab es in Irland, in Spanien usw. Immobilienblasen, die dann irgendwann geplatzt sind. Das hängt alles damit zusammen.

Wir müssen meines Erachtens – das ist heute Morgen auch schon gesagt worden – die Wirtschafts- und Finanzpolitik viel

besser aufeinander abstimmen und auch in der Steuerstruktur einiges vergleichbarer machen – aber nicht etwa die Steuersätze. Auch die Bankenunion ist ein Fortschritt – ohne jede Frage. Dadurch ist garantiert, dass unser System stabiler wird.

Das Entscheidende ist: Die schwächeren Länder müssen einfach wettbewerbsfähig werden, und das können sie nur selbst. Sie müssen selbst Produkte entwickeln. Wir können durchaus Forschung und Entwicklung unterstützen. Das sollten wir sogar. Diese Länder müssen aber privatisieren, sie müssen für eine vernünftige Staatsverwaltung sorgen. Das sollten wir gerade noch einmal hier im Landtag sagen. Ein funktionierender Staat ist für die Wirtschaft ungeheuer wichtig. Der Staat ist in seiner Bedeutung für die Wirtschaft immer wieder kleiner geworden. Selbst Professor Erhard hat bei jeder Gelegenheit gesagt: „Eine freie Wirtschaft braucht einen starken Staat“, der sich allerdings nicht in das laufende Geschäft einmischen soll, sondern der Gesetze erlassen und dafür sorgen soll, dass diese Gesetze auch eingehalten werden.

Meine Damen und Herren, Europa soll aber nicht nur aus wirtschaftlichen, sondern auch aus anderen Gründen zusammenwachsen. Deutschland allein, England allein, Frankreich allein werden in 20, 30 Jahren einfach zu klein sein, um in der Welt noch eine Rolle zu spielen. Denken Sie an die BRIC-Staaten. Wir können wieder für die Welt vieles leisten, wie das in der Vergangenheit auch geschehen ist – nicht wir, sondern Europa. Demokratie, Rechtsstaat, Menschenrechte – ich habe schon darauf hingewiesen –, aber auch Klimapolitik, Umweltschutz und Energiepolitik sind bei uns stärker entwickelt als in den USA oder gar in China.

Wir sollten aber bei allem nicht eine Gleichmacherei betreiben. Wir sollten die kulturelle und die soziale Vielfalt, die Europa hat, unbedingt pflegen.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der FDP/DVP)

Gestern war eine Diskussion zwischen Herrn Juncker und Herrn Schulz im Fernsehen, und beide haben das Gleiche auch gesagt. Auf kulturellem und auf sozialem Gebiet sollen sich die Länder weiterentwickeln. Die Vereinigten Staaten von Europa wird es in den nächsten 50 Jahren meines Erachtens nicht geben, aber eine engere Zusammenarbeit ist unbedingt notwendig. Europa muss in der Außenpolitik, in der Wirtschaftspolitik, in der Finanzpolitik und auch in der Steuerpolitik enger zusammenwachsen, wie ich vorhin gesagt habe. Das alles ist absolut notwendig. Aber Europa wird auch in der kulturellen Vielfalt weiter bestehen.

Ich möchte damit schließen, dass ich sage: Deutschland wird auch in 20 Jahren noch unser Vaterland sein, aber Europa ist unsere Zukunft.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Abg. Frey.

Abg. Josef Frey GRÜNE: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Herzlichen Dank an die Landesregierung für den europapolitischen Bericht. Ich möchte daraus drei Punkte herausgreifen, die mir wichtig scheinen.

(Josef Frey)

Erstens: Es ist bemerkenswert, dass im europäischen Kontext zum wiederholten Mal der hohe Leistungsbilanzüberschuss Deutschlands thematisiert wird, der bei 7,3 % des BIP liegt und auch ausdrücklich als Stabilitätsrisiko genannt wird. Ich denke, wir müssen uns von der ausländischen Nachfrage weniger abhängig machen und den eigenen Binnenmarkt stärken. Herr Stratthaus hat es gesagt: Unser Export würde zusammenbrechen, wenn wir die D-Mark einführen würden. Auch das Land Baden-Württemberg mit seinem hohen Anteil an Exporten in die EU wäre da am Boden zerstört. Deswegen muss man hier Vorsichtsmaßnahmen treffen und den Binnenmarkt stärken. Die Bundesregierung muss hier noch nachsitzen.

Zweitens: Das Thema Rechtspopulismus haben wir heute Morgen schon diskutiert. Die Schweiz hat sich da in eine missliche Lage gebracht. Das wird auch im Bericht der Landesregierung erwähnt. Die Initiative „Gegen Masseneinwanderung“ war aber kein Argument gegen plebiszitäre Elemente oder gegen plebiszitäre Demokratien. Diese Argumentation greift zu kurz. Denn das Problem in der Schweiz ist – das ist bei uns eigentlich ganz ähnlich –, dass die Politik den Bürgerinnen und Bürgern die EU viel zu wenig begreifbar und deutlich gemacht hat.

Die Schweiz ist mit über 120 bilateralen Verträgen mit der EU verbunden. Das ist aber den wenigsten Schweizerinnen und Schweizern, auch wenn sie teilweise darüber abgestimmt haben oder in Bündeln abgestimmt haben, bewusst. Mit einem guten Marketing der SVP, dieser rechtspopulistischen Partei, konnte dann dieses Wahlergebnis erzielt werden, wohl auch deshalb, weil diejenigen, die eigentlich die EU befürworten, gedacht haben: Das findet sowieso keine Mehrheit, und wir bleiben bei dieser Abstimmung daheim.

Aber es ist von der Landesregierung deutlich dargestellt worden, dass die Freizügigkeit nicht zur Debatte steht und auch für unsere Landesregierung nicht verhandelbar ist, egal, wer diese Unterwanderung versucht, sei es aus dem Ausland oder sei es durch Bestrebungen aus dem Inland.

Der dritte Punkt steht in Zusammenhang mit dem Entschließungsantrag, den die SPD und die Grünen hier eingebracht haben: Die Landesregierung formuliert deutliche Skepsis zum Thema „Freihandelsabkommen USA/EU“. Wir legen Ihnen diesen Entschließungsantrag nicht deshalb vor, weil wir grundsätzlich gegen eine Freihandelszone wären. Aber wenn eine Freihandelszone zu einer Belastungszone wird, dann müssen wir hier unser subsidiäres Recht wahrnehmen und zu dieser Art von Verhandlungen klar Nein sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

Denn es geht ja nicht nur um die Absenkung von Standards, sondern auch um einen Angriff auf die Demokratien in Europa, in der EU, wenn die weitere Entscheidungsfähigkeit der Demokratien in der Europäischen Union betroffen ist. Umweltstandards, Verbraucherschutzstandards, Schutzrechte im Bereich des geistigen Eigentums, Lebensmittelsicherheit und Gentechnik, gefährliche Finanzprodukte – über all das soll hinter verschlossenen Türen gesprochen werden. Zum ersten Mal wurden jetzt, bei der fünften Verhandlungsrunde, auch Dokumente offiziell veröffentlicht, aber es hat erst des star-

ken öffentlichen Protests der Zivilgesellschaft und einiger Politiker bedurft, damit hier mehr Transparenz erzielt wurde.

(Abg. Matthias Präfrock CDU: Ganz normales Verfahren!)

Da ist noch einiges zu tun.

Selbst wenn dabei aber Standards nicht abgesenkt würden, so mauert sich die Demokratie doch ein. Denn die Regeln für unseren Europäischen Binnenmarkt müssen demokratisch veränderbar bleiben, ohne dass wir die USA um Erlaubnis fragen müssen, wenn wir später einmal an den Regeln etwas ändern wollen.

Wir Grünen sind entschieden für die Europäische Union, weil nur Europa die Chance bietet, in der Globalisierung tragfähige soziale, ökologische und verbraucherfreundliche Regeln zu erhalten und auszubauen. Die Chance auf ein soziales und ökologisches Europa dürfen wir nicht für ein paar Silberlinge an ein Freihandelsabkommen verkaufen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Matthias Präfrock CDU)

Völlig inakzeptabel sind die Regeln zum Investorenschutz, bei dem Konzerne Staaten auf Schadensersatz verklagen können, wenn diese soziale oder ökologische Regeln verschärfen und so Gewinne mindern. Verhandelt wird das dann außerhalb von normalen Gerichten vor Schiedsgerichten, deren Entscheidungen von Investitionsexperten getroffen werden und nicht anfechtbar sind.

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Bei jedem Schiedsverfahren ist das so üblich!)

So wird Deutschland zurzeit von Vattenfall auf Zahlung von 3,5 Milliarden € verklagt, die der Atomausstieg Vattenfall kosten würde. Das stellt die Idee von sozialer Marktwirtschaft doch auf den Kopf.

Wir fordern daher einen Stopp der Verhandlungen und ein neues Verhandlungsmandat, das alle demokratiepflichtigen Bereiche aus dem TTIP herausnimmt. Es ist doch aber völlig unglaubwürdig – das sage ich auch in Richtung CDU –, wenn Herr Juncker und seine Fraktion mit großen Mehrheiten Handelsabkommen nach TTIP-Muster zustimmen, er sich gestern Abend aber dann doch wieder kritisch äußert.

Herr Juncker und seine EVP-Fraktion stimmten für das Verhandlungsmandat zu TTIP inklusive Investorenschutzklagen und Geheimhaltung während des Verhandlungsprozesses. Sie begleiteten das Thema Investorenschutzklagen gemeinsam mit der Bundesregierung als problemlos bei den ausverhandelten EU-Kanada- und EU-Singapur-Abkommen.

Die ganzen fünf Jahre über war die Handelspolitik unter den Proeuropäern im Europaparlament umstritten. Konservative und Liberale waren nicht nur im Europaparlament immer wieder bereit, Umwelt- und Sozialstandards stärker dem Handel unterzuordnen. Diese Wendehalspolitik, meine Damen und Herren, schadet Ihrer Glaubwürdigkeit und macht die Bürgerinnen und Bürger berechtigterweise misstrauisch.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der Abg. Rita Haller-Haid SPD)

(Josef Frey)

Mit unserem Entschließungsantrag soll die Landesregierung gestärkt werden, um auf Bundesebene eine Kurskorrektur bei der Haltung der Bundesregierung zu TTIP zu erzielen. Jeder Punkt des Freihandelsabkommens muss in den USA im Kongress einzeln abgestimmt und in der EU von jedem Mitgliedsstaat angenommen werden.

Im Lichte des Subsidiaritätsprinzips bin ich zuversichtlich, dass die baden-württembergische Landesregierung den Willen dieses unseres Parlaments im Bundesrat vertritt und die bisher bekannten Inhalte des Abkommens so nicht akzeptieren wird.

Ich bitte Sie um Unterstützung für diesen Entschließungsantrag, über den nachher abgestimmt wird.

Danke.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Frau Abg. Haller-Haid.

Abg. Rita Haller-Haid SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Erst einmal einen ganz herzlichen Dank an die Landesregierung dafür, dass sie so regelmäßig und auch so ausführlich über europäische Themen berichtet. Wenn man an die Diskussion von heute Morgen denkt, weiß man, dass es richtig und notwendig ist, auch positive Botschaften zu Europa herüberzubringen und Europa im Bewusstsein der Bevölkerung stärker zu verankern. Diese positiven Botschaften, die wir in Baden-Württemberg eigentlich zuhauf haben, sind notwendig. Baden-Württemberg steht gut da, hat gute Erfolge. Eigentlich müsste bei uns eine Europabegeisterung vorhanden sein. Gott sei Dank ist dies bei einem Teil der Bevölkerung der Fall.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Ich erlebe sehr häufig, wie europabegeistert junge Leute sind und wie sehr sie bereit sind, sich für Europa zu engagieren. Das ist eine gute Sache.

Aber es gibt natürlich auch die andere Seite: Wir stehen in Europa vor neuen Herausforderungen. Als Stichworte will ich bloß Integration, Globalisierung und Zuwanderung nennen. Neue Herausforderungen begeistern eben nicht nur, sondern sie machen auch Angst, und Angst verstärkt bei vielen Menschen die sowieso schon vorhandene Skepsis.

Europa gilt als bürokratisches Monster, in dem Entscheidungen über die Köpfe und die Bedürfnisse der Bürger hinweg getroffen werden. Wie weit die Kommission in Brüssel von den Menschen weg ist, wird derzeit im Wesentlichen am Freihandelsabkommen festgemacht, das von Herrn Frey gerade schon angesprochen worden ist. So ziemlich alles, was schief läuft, wird daran festgemacht, übrigens von Europagegnern genauso wie von Europabefürwortern. Es heißt, das Abkommen höhle die Demokratie noch weiter aus, es stärke die Macht der Konzerne. Vor allem befürchten die Verbraucher, das Abkommen senke die heimischen Standards bei Lebensmitteln und insbesondere im Umweltbereich.

Das amerikanische „Chlorhühnchen“ wird so praktisch zum Symbol für das Freihandelsabkommen, und das ist auch des-

halb so, weil die Bürgerinnen und Bürger darüber sehr wenig wissen, obwohl bereits seit einem Jahr verhandelt wird. Das ist ganz entscheidend. Die Bürger fühlen sich nicht informiert.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen
– Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Pröfrock?

Abg. Rita Haller-Haid SPD: Von mir aus. Ja.

(Unruhe)

Abg. Matthias Pröfrock CDU: Frau Kollegin, könnten Sie uns einmal erklären, was sich hinter dem Begriff „Chlorhühnchen“ verbirgt?

(Zuruf des Abg. Martin Rivoir SPD)

Abg. Rita Haller-Haid SPD: Ich glaube nicht, dass das bei der Diskussion über das Thema Europa ein wichtiger Punkt ist.

(Zurufe)

Die Hühnchen werden mit Chlor oder sonst was behandelt.

(Zuruf von der SPD: Meister Propper!)

Davon lassen sich die Bürgerinnen und Bürger abschrecken.

Es geht im Wesentlichen darum, dass in der Öffentlichkeit eine Reihe von Vorurteilen vorhanden sind, die auch deshalb auftreten, weil die Bürgerinnen und Bürger nicht ausreichend informiert sind. Das ist der entscheidende Punkt.

(Unruhe)

Der Vorwurf der Intransparenz trifft meiner Meinung nach voll und ganz zu. Zumindest ist die Kommission so gestartet. Je mehr Geheimniskrämerei betrieben wird, desto mehr Verschwörungstheorien entstehen dann auch.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Josef Frey GRÜNE – Abg. Matthias Pröfrock CDU: Sie wissen also nicht, wovon Sie reden?)

Deshalb ist es gut, dass wir uns heute im Landtag mit diesem Thema beschäftigen. Vielleicht können wir auch ein bisschen zu mehr Klarheit und Transparenz beitragen.

Jeder von uns – hoffentlich auch alle, die zurzeit an Wahlkampfständen stehen – bekommt mit, wie sehr dieses Thema die Menschen bewegt. Es bewegt die Menschen wie fast kein anderes Thema und eigentlich fast noch stärker als die Ereignisse in der Ukraine.

Jeder von uns spürt, dass eine riesige Erwartung auch an uns Landtagsabgeordnete vorhanden ist, nämlich dass wir aus unserer Zuschauerrolle herauskommen und selbst zu Akteuren werden, die ihre Erwartungen an ein solches Abkommen auch formulieren. Die Bürgerinnen und Bürger haben dies bereits mit 500 000 Unterschriften getan. Ich glaube, es gab bei keiner anderen Onlinepetition so viele Unterschriften wie bei dieser. Es gibt also so etwas wie eine richtige Massenbewegung.

(Rita Haller-Haid)

Ich glaube, das ist auch ein Beweis dafür, dass von Anfang an Fehler gemacht wurden; ansonsten wäre das nämlich nicht so.

Mehr Transparenz ist die Voraussetzung dafür, dass wir in dieser Sache überhaupt vorankommen. Durch den politischen Druck und die 500 000 Unterschriften wurde bereits etwas erreicht. So hat die EU-Kommission im März eine öffentliche Konsultation zu dem Verhandlungsentwurf des Abkommens zum Aspekt Investitionsschutz eröffnet, bei der sich Bürgerinnen und Bürger noch bis zum 21. Juni einbringen können. Die Verhandlungen sollen erst danach fortgesetzt werden.

Worum geht es dabei? Der Hauptstreitpunkt ist die Investitionsschutzklausel. Streitigkeiten von Unternehmen mit Staaten sollen vor einem eigens dafür installierten Schiedsgericht geregelt werden, das weder – das ist entscheidend – demokratisch legitimiert noch kontrolliert wird. Die Unternehmen könnten damit praktisch außerhalb staatlicher Rechtssysteme unbegrenzt Schadensersatzansprüche geltend machen. Der Fall Vattenfall wurde angesprochen und lässt grüßen.

(Zuruf des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU)

So etwas können wir überhaupt nicht wollen, und dies ist im Übrigen auch außerhalb unseres Rechtssystems.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Zumindest in diesem Punkt kann man den Kritikern also zustimmen, wenn sie sagen: „Das Abkommen ist ein Einfallstor einzig und allein für Unternehmensinteressen und vernachlässigt alle sonstigen Aspekte.“

Dabei – das möchte ich auch sagen – ist die eigentliche Zielsetzung des Abkommens durchaus zu begrüßen, nämlich zollfreier Handel und gemeinsame Standards. „Gemeinsame Standards“ kann auch bedeuten: Man übernimmt den Standard des jeweils anderen, sofern dieser höher als der eigene Standard ist. Es ist auch nicht so, dass nur immer wir in Europa die höheren Standards hätten. Gelegentlich haben auch die USA höhere Standards.

Allerdings – das möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich sagen – schneiden wir in Europa bei den Arbeitnehmerrechten eindeutig besser ab als die USA. Es kommt auch nicht von ungefähr, dass der amerikanische Gewerkschaftsbund auf eine Übernahme unseres Standards hofft und deshalb dem Abkommen sehr positiv gegenübersteht.

Wir werden es deshalb natürlich auch nicht zulassen, dass unsere hart erkämpften Errungenschaften im Arbeitsrecht überhaupt angetastet werden.

(Zuruf des Abg. Matthias Präfrock CDU)

Dafür haben die Gewerkschaften in Europa gekämpft. Das muss für uns absolut tabu sein.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Es kommt also wesentlich darauf an, die Chancen und die Risiken gegeneinander abzuwägen. Das allerdings kann man nur tun, wenn man alles offenlegt. Die SPD-Fraktion ist keineswegs gegen ein Freihandelsabkommen. Aber unserer Meinung nach kann es auch nicht ein Abkommen um jeden Preis geben.

Es gibt sehr viele unterschiedliche Studien und Prognosen, die von einem hohen Wirtschaftswachstum durch das Freihandelsabkommen ausgehen. Die Rede ist z. B. von 20 000 neuen Arbeitsplätzen, 500 € mehr für jeden Haushalt. Ich halte von diesen Zahlenspielen nichts, gehe aber davon aus, dass es zu einem Wirtschaftswachstum kommen kann. Ich sage aber noch einmal – Herr Stratthaus hat es angesprochen –: Nicht nur ökonomische Argumente zählen, sondern in den Verhandlungen müssen wir auch unsere europäischen Werte mit einbringen und unsere Rolle definieren. Vor allem müssen wir das auch nach außen sichtbar machen – deshalb der heutige Entschließungsantrag.

Aus der Sicht Baden-Württembergs ist es wichtig, umfassend über den Fortgang der Beratungen informiert zu werden. Unsere Errungenschaften besonders im Bereich der Sozialgesetzgebung genauso wie im Umweltbereich und beim Datenschutz dürfen nicht angetastet werden. Es darf zu keiner Absenkung der Standards kommen.

(Abg. Matthias Präfrock CDU: Wie war es zuvor?)

Vielmehr kommt es darauf an, die jeweils höheren Standards zu übernehmen.

Wir begrüßen, dass es keine Aufweichungen im Kulturbereich geben soll, und hoffen in diesem Zusammenhang noch auf Nachbesserung beim Urheberrecht. Wir wollen, dass bei den Verhandlungen insbesondere auch die Interessen der Gewerkschaften und der zivilgesellschaftlichen Verbände stärker berücksichtigt werden.

Deshalb bitte ich Sie alle: Stimmen Sie unserem Entschließungsantrag zu. Die Bevölkerung in diesem Land erwartet von uns, dass wir ihre Anliegen und ihre Interessen aufgreifen und diese nach Brüssel transportieren. Demokratie, liebe Kolleginnen und Kollegen, wächst bekanntlich von unten. Das sollten wir gerade vor einer Europawahl auch gegenüber Brüssel klar sagen, und wir sollten schauen, dass dieser Gedanke bei der Kommission in Brüssel endlich ankommt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Grimm das Wort.

Abg. Leopold Grimm FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Um die Frage des Kollegen Präfrock nach dem „Chlorhühnchen“ richtig zu beantworten: Das gerupfte Huhn kommt in eine Chlorlauge. Der Unterschied zwischen Deutschland und den USA ist: Wenn es aus der Lauge herauskommt, würde man es in Deutschland mit Trinkwasser abspülen, während es in Amerika bleibt, wie es ist. Guten Appetit!

(Abg. Matthias Präfrock CDU: So ist es! Das ist alles Panikmache! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE:
Ich wünsche gesegneten Appetit!)

Ein „Chlorhühnchen“ entsteht so ähnlich wie die Kuchenstücke, die man zum Teil in amerikanischen Konditoreien sieht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auf der Tagesordnung steht der Europabericht der Landesregierung. Ich habe

(Leopold Grimm)

zwei Punkte herausgenommen, die vielleicht interessant sind: „Inner-Circle-Sitzungsformat in den EU-Ministerräten“ und „Vertiefte Überprüfung der EU-Kommission zur Ermittlung makroökonomischer Ungleichgewichte“. Beide Themen stehen im Bericht; sie sind wichtig, das ist uns klar. Ich glaube aber nicht, dass sie bei der bevorstehenden Europawahl am kommenden Sonntag für die Entscheidung der Menschen bedeutsam sind.

Europa ist das Fundament unserer Politik und der Friedensgarant für unser Land. Das war in der Vergangenheit so und wird auch in Zukunft so sein. Wir können unsere Interessen, unseren Lebensstil und unseren Wohlstand in dieser sich wandelnden Welt nur als Europäer gemeinsam behaupten – erst recht als Baden-Württemberger, die ganz besonders von Europa profitieren.

Genauso wissen wir aber auch, dass Europa durch die Staatsschuldenkrise der vergangenen Jahre in einer Bewährungsprobe ist. Es wäre in dieser Situation leichter gewesen, die europäische Idee zu relativieren oder ganz aufzugeben. Wir haben uns aber in Regierungsverantwortung in Deutschland und in parlamentarischer Verantwortung in Europa nicht für diesen leichten Weg entschieden. Wir haben dafür gekämpft, dass aus der Schuldenunion wieder eine Stabilitätsunion wird: in Europa und in Deutschland. Wir haben von hier aus, von Deutschland aus, dafür gesorgt, dass mit dem Stabilitätspakt alle Euroländer Schuldenbremsen in ihre nationalen Verfassungen aufnehmen.

Bedauerlich in diesem Zusammenhang ist, dass ein Land wie Baden-Württemberg trotz unverändert guter Wirtschaftsdaten den Spitzenplatz bei der Neuverschuldung einnimmt. Von solider Haushaltsführung spricht nur noch der Verantwortliche, der es in der Hand gehabt hätte, dies zu ändern.

Wenn andere auf die Strukturprobleme Europas mit Skepsis oder Romantik reagieren, sagen wir, dass Europa für seine Zukunft nicht mehr Skepsis oder mehr Romantik, sondern vor allem mehr Realismus und mehr Bürgernähe braucht.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wir wollen Marktwirtschaft statt Schulden, Bürger statt Bürokratie. Wir wollen Einheit, aber in Vielfalt. Das braucht Europa, ein Europa, das bei den großen strategischen Fragen handlungsfähig ist, aber nicht zu einer alles regelnden Superbehörde wird. Die Kommission muss sich wieder auf das Wesentliche beschränken, statt darüber nachzudenken, die Olivenölkännchen auf den Restauranttischen zu verhindern.

Die großen Aufgaben in Europa liegen auf der Hand: etwa Bürgerrechte und Datenschutz. Deutschland allein wird nichts erreichen. Das haben auch die Gespräche der Kanzlerin in den USA gezeigt. Wir brauchen eine europäische Initiative, um auf Augenhöhe mit den Vereinigten Staaten über bürgerliche Freiheiten zu sprechen.

Die Energiepolitik wird für Europa von zentraler Bedeutung werden. Heute entscheiden in ungleich größerem Maß als damals die Energiekosten über den jeweiligen Unternehmenssitz, den Produktionsstandort, über die Frage, ob Wachstum möglich ist oder nicht. Wir brauchen in Europa und insbesondere in Deutschland eine Agenda für bezahlbare und sichere

Energie. Es macht keinen Sinn, an Autarkie zu denken – physikalisch nicht, weil die Netze europäische Netze sind. Da in Spanien die Zahl der Sonnenstunden doppelt so hoch ist wie bei uns, sollte die dortige klimatische und topografische Lage genutzt werden.

Es macht aber auch ökonomisch keinen Sinn, nur auf Deutschland zu schauen. In acht europäischen Ländern ist die Energieversorgung unverändert komplett in staatlicher Hand. Schon im Jahr 2012 hätten die europäischen Energieverbraucher 13 Milliarden € Kosten sparen können, wenn sie zu einem europäischen Anbieter ihrer Wahl hätten wechseln dürfen und nicht an ihren eigenen nationalen Anbieter gebunden gewesen wären. Wir müssen die provinzielle Planwirtschaft der Bundesregierung überwinden und auch in der Energiepolitik zu einer europäischen Marktwirtschaft kommen. Das ist im Interesse der Menschen. Wir sollten ihnen das nicht länger vorenthalten.

Das letzte europäische Thema, das ich ansprechen möchte – auch Herr Stratthaus hat es schon aufgegriffen –, ist die Stabilisierung unserer gemeinsamen Währung, des Euro. Wir haben in den vergangenen Jahren Fortschritte gemacht. Die ersten Länder haben den Rettungsschirm verlassen. Die Leistungsbilanzsalden in Europa zeigen eine gewisse Entspannung an. All das ist kein Grund zur Entwarnung; aber es sind Fortschritte sichtbar. Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass diese Fortschritte damit zusammenhängen, dass die Rettungsschirme kombiniert sind mit den eingeforderten Reformanstrengungen aller Länder, die Solidarität in Anspruch nehmen.

Darüber wacht nicht die Politik, sondern eine Troika aus Internationalem Währungsfonds, Europäischer Zentralbank und Europäischer Kommission. Die machen sich zwar nicht immer beliebt, sorgen aber dafür, dass die Programme tatsächlich durchgesetzt werden. Das wird mitunter kritisch gesehen. Nicht nur in den betroffenen Ländern, sondern auch bei uns wird die Troika für die harten Auflagen, die sie zum Teil macht, kritisiert.

Deshalb fordern immer mehr Politiker einen stärkeren politischen Einfluss auf die Rettungspolitik in Europa. Aber wenn nicht mehr die unabhängigen Instanzen der Troika hart orientiert an der Sache entscheiden, führt das dazu, dass letztendlich die strukturelle Mehrheit der Nehmerländer in Europa über die Geberländer entscheidet. Das wäre so wie beim Länderfinanzausgleich und würde nicht zu einer strikten Haushaltsdisziplin und sicheren Finanzen in Europa führen.

Unser Land hat sich in den letzten Jahren aufgrund einer marktwirtschaftlichen Politik exzellent entwickelt. Das Ergebnis sind stabile öffentliche Haushalte, volle Sozialkassen, Rekordzahlen am Arbeitsmarkt. Die marktwirtschaftliche Politik in Deutschland hat sich also als richtig herausgestellt. Das haben mittlerweile auch die Franzosen festgestellt.

Aber was macht die Bundesregierung? Sie beschließt die Rente mit 63,

(Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE: Gott sei Dank!)

mehr Subventionen, höhere Sozialabgaben. Sie senkt nicht die kalte Progression, belastet also, nimmt wirtschaftliche Freiheit zurück. Ich denke, das sind die falschen Signale.

(Leopold Grimm)

Nehmen Sie die Rentenpolitik: Da sprechen wir bis zum Jahr 2030 über 160 Milliarden €. Das ist mehr als die maximale Haftungssumme Deutschlands beim europäischen Rettungsschirm. Der Betrag geht mal eben so über den Tisch: 160 Milliarden €. Dann sagt der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, nach der nächsten Legislaturperiode, nach 2017, könne man das nicht mehr mit dem Geld der Beitragszahler finanzieren. Da müsse man dann neu überlegen. In dieser Legislaturperiode plündert die Große Koalition die Sozialkassen, und in der nächsten Legislaturperiode kommen dann höhere Schulden oder höhere Steuern. Das ist ein Wortbruch der Union mit Ansage.

Die Bürgerinnen und Bürger wissen, wie verantwortungslos das ist. Die Große Koalition mag im Bundestag eine 80-prozentige Mehrheit haben – das spürt man derzeit in den Debatten –, trotzdem kann sie nicht entscheiden, wie die Weltkonjunktur läuft. Sie kann den demografischen Wandel nicht aufhalten. Deshalb müssten gerade jetzt die Weichen richtig gestellt werden. Es dürfte keine Gefälligkeitspolitik auf Pump gemacht werden.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wir brauchen solide Finanzen statt teurer Wahlgeschenke. Wir wollen, dass Kinder und Enkel nicht in der Zukunft belastet werden, sondern dass heute in Wettbewerbsfähigkeit und Innovation investiert wird. Das ist unser Angebot an die Menschen: eine Politik mit klarer europäischer Identität, die aber auch weiß, dass Europa mehr Marktwirtschaft, mehr Bürgernähe und mehr Verantwortung braucht, um Zukunft zu haben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Friedrich das Wort.

Minister für Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten Peter Friedrich: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der europapolitische Bericht der Landesregierung liegt in der Tat schon eine Weile zurück, und der Berichtszeitraum noch ein bisschen länger – es ging um das erste Quartal. Insofern geht es hier im Landtag als stete Übung auch jetzt wieder darum, die Europapolitik insgesamt zu diskutieren, also auch die Entwicklung, die es in der Zwischenzeit gegeben hat. Das ist auch gut so.

Zu drei Punkten, die auch hier in der Debatte eine Rolle gespielt haben und zum Teil im Bericht angesprochen werden, möchte ich etwas sagen: zum einen zu der Entwicklung der EU insgesamt, zum Zweiten zu dem Thema „Euro und Stabilisierung der Euroländer“ und zum Dritten zu dem schon angesprochenen Thema „Transatlantisches Freihandelsabkommen“ – TTIP – bzw. zum Thema Freihandel insgesamt.

Zum ersten Thema, zur Entwicklung der Europäischen Union insgesamt: Meine Damen und Herren, am 1. Mai dieses Jahres hat sich die EU-Osterweiterung zum zehnten Mal gejährt. Am 1. Mai 2004 traten zehn neue Länder der EU bei. Von Estland im hohen Norden bis hin nach Slowenien an der Mittelmeerküste wurde die EU um viele Länder größer; dazu gehören auch Polen, Litauen, Lettland, die Tschechische Re-

publik, die Slowakische Republik und Ungarn. Vor sieben Jahren traten zwei weitere Länder der EU bei, nämlich Rumänien und Bulgarien. Im letzten Jahr kam noch Kroatien dazu.

Natürlich fällt uns vieles ein, was wir noch kritisieren können und müssen, was uns noch nicht gefällt, was noch nicht gelungen ist und was noch der Aufarbeitung und der Bewältigung harret. Trotzdem können wir heute – gerade aus der baden-württembergischen Perspektive – sagen: Die EU-Osterweiterung ist eine große Erfolgsgeschichte, eine große Bereicherung der Europäischen Union. Auch unser wirtschaftlicher Aufschwung der letzten Jahre wäre ohne die EU-Osterweiterung nicht denkbar gewesen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Ja!)

Schauen wir uns die Länder, um die es geht, im Einzelnen an: Polen hat eine sensationelle Erfolgsgeschichte zu verzeichnen. Bulgarien hat in den letzten sieben Jahren sein Bruttoinlandsprodukt vervierfacht. Der Außenhandel mit Rumänien hat eine beachtliche Größenordnung erreicht. In Rumänien gibt es inzwischen bei deutschen Unternehmen, die dort investiert haben, 300 000 Arbeitsplätze. Über die Slowakei, ein Land, das sozusagen durch einen Betriebsunfall damals aus der Tschechoslowakischen Republik entstanden ist und 1993 unabhängig wurde, haben alle gesagt, es sei das Armenhaus Europas. Das dortige Durchschnittseinkommen hat von ursprünglich 50 % des EU-Durchschnittseinkommens inzwischen 80 % erreicht. Das weltweit produktivste Werk des VW-Konzerns steht in Bratislava und hat viele baden-württembergische Firmen als Zulieferer.

Bei all diesen Ländern fallen uns natürlich Punkte ein, die noch nicht gelungen sind. Wir können aber heute sagen: Es ist ein großer Erfolg, dass die Erweiterung insgesamt gelungen ist. Wenn wir uns die aggressive imperiale Politik Russlands anschauen, möchte ich mir gar nicht vorstellen, in welchen Diskussionen wir heute wären, wenn Länder wie Polen, Rumänien oder Bulgarien nicht zur Europäischen Union gehören würden.

Deswegen war es damals richtig, die Möglichkeit zur Erweiterung zu nutzen. Bei aller Kritik, die wir immer noch an vielem haben, was noch nicht so ist, wie wir es uns vorstellen, können wir sagen: Die Osterweiterung war eine historisch richtige Entscheidung. Dies zeigt auch, dass Europa mehr ist als nur das Einhalten von Regeln und die Vergemeinschaftung von Politik. Europa ist ein großes Friedens- und Integrationsprojekt für unseren ganzen Kontinent.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir profitieren davon ganz unmittelbar, auch in Baden-Württemberg. Deswegen ist es gut, dass wir, was die weiteren Beitrittswünsche angeht, weiterhin daran arbeiten, dass die Länder, insbesondere die auf dem Westbalkan, eine europäische Perspektive haben.

Ich war sehr beeindruckt, als der bulgarische Staatspräsident am Europatag bei seiner Europarede hier in Stuttgart sehr deutlich gemacht hat, wie wichtig es gerade für diese Länder ist, dass auch wir, die wir hier im historischen Herzen Europas daheim sind, Europa nicht unter dem Stichwort „Zentrum und Peripherie“ diskutieren, sondern dass es sich bei allen 28

(Minister Peter Friedrich)

Mitgliedsstaaten um gleichberechtigte Mitgliedsstaaten handelt.

Gerade bei der Frage, wie wir mit Spannungen und einer Krise wie beispielsweise auf der Krim und in der Ukraine umgehen, ist es wichtig, dass wir deutlich machen, dass Europa eine Gemeinschaft aus 28 gleichberechtigten Mitgliedern ist. Wir sortieren nicht nach EU-Bürgern erster und zweiter Klasse. Wir sortieren auch nicht nach Ländern erster und zweiter Klasse. Wir sind vielmehr eine Wertegemeinschaft, die gemeinsam dafür kämpft, dass auch die Länder, die jetzt noch jenseits der Grenze der Europäischen Union liegen, eine Perspektive für die Europäische Union haben. Darauf möchte ich hinweisen.

Herr Stratthaus, herzlichen Dank für Ihre Rede und auch meinen Glückwunsch dazu. Ich finde es gut, dass wir hier im Landtag immer wieder auch grundsätzlich über die europäische Dimension diskutieren, weil Baden-Württemberg als Herzland Europas ein großes Interesse hat, das Zusammenwachsen Europas zu ermöglichen.

Wir sind die Hauptgewinner Europas. Niemand hat so viel davon wie wir, und nirgendwo funktioniert Europa so gut wie bei uns. Deswegen ist es wichtig, dass wir am Sonntag bei der Wahl einen Beitrag dazu leisten, dass Europa weiterhin gut als demokratische Gemeinschaft funktioniert.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der FDP/DVP)

Nun möchte ich noch auf das angesprochene Thema „Finanzkrise und Bankenregulierung“ eingehen. Ich finde es gut, dass wir dieses Thema hier im Landtag und auch im Europaausschuss immer wieder in großer Übereinstimmung diskutiert haben. Ich bin froh, dass es nach der fünf Jahre andauernden Verhandlung jetzt gelungen ist, eine Bankenunion auf den Weg zu bringen. Genauer gesagt soll ein Haftungsmechanismus geschaffen werden, der nicht auf Dauer ganze Volkswirtschaften oder die Steuerzahler der Europäischen Union quasi zu Gefangenen, sozusagen zu den Letzthaftnern für die Übertreibungen, die auf den Finanzmärkten stattfinden, macht.

Wir dürfen es nie wieder zulassen, dass durch Spekulation und übersteigerte Geldgeschäfte, die an den Finanzmärkten getätigt werden, die Realwirtschaft so in den Abgrund gerissen wird, wie wir das 2008, 2009 erlebt haben. Während wir in Deutschland sehr schnell durch ein Investitionsprogramm wieder aufholen konnten, hat es andere Länder sehr viel länger in der Krise gehalten.

Wir sind noch weit davon entfernt, in ganz Europa wieder einen Aufschwung zu erleben. Wir sind weit davon entfernt, allen jungen Menschen Beschäftigung, Ausbildung und eine Perspektive in Europa bieten zu können. Zumindest was die Bankenunion angeht, sind wir jedoch einen großen Schritt vorgekommen, damit es nicht wieder vorkommt, dass die Banken ganze Nationalstaaten in den Abgrund reißen. Ich glaube, das ist ein großer Erfolg. Es ist auch ein großer Erfolg für die Politik der Europäischen Union und des Europäischen Parlaments, dass wir endlich eine Haftungslösung haben, wonach in erster Linie die Banken für sich selbst haften müssen, indem ihre Anteilseigner herangezogen werden, sodass erst ganz zuletzt die Steuerzahler tatsächlich dafür einstehen müssen;

im Haftungsfall müssen zuvor erst alle anderen zur Verantwortung gezogen werden.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Darüber hinaus möchte ich offen sagen, dass ich äußerst skeptisch bin, wenn jetzt bejubelt wird, dass einige Länder an den Finanzmarkt zurückkehren. Wenn unter der Zusage von Herrn Draghi, dass alles Notwendige getan werde, damit kein Land pleitegeht – dass der Euro zusammengehalten wird, eine ausreichende Staatsfinanzierung zur Verfügung steht und auch jede Staatsanleihe von der EZB ausreichend abgesichert wird –, die gleichen Banken, die wir vor zwei Jahren mit viel Geld aus dem Rettungsschirm – und, mit Verlaub, Herr Grimm, der Rettungsschirm war deutlich größer, als Sie gesagt haben; auch der deutsche Anteil an der EFSF und am ESM war deutlich größer, es waren nämlich über 270 Milliarden € –, aus der Krise sozusagen herauskaufen mussten, wieder anfangen, Griechenland Geld zu leihen – und zwar mit der Gewissheit, dass für sie ohnehin kein Risiko besteht –, dann ist das kein wirklicher Erfolg. Es zeigt vielmehr, dass wir eine weitgehende Normalisierung erreicht haben. Wir sind jedoch noch weit davon entfernt, dass der griechische Staat allein handlungsfähig ist.

Noch viel weiter sind wir davon entfernt, dass die Kreditvergaben tatsächlich wieder den privatwirtschaftlichen Investitionen in Beschäftigung sowie in neue Produkte zugutekommen können. Nach wie vor ist es meiner Meinung nach eines der größten Probleme, dass diese ganzen Rettungspakete nicht den gewünschten Erfolg gebracht haben, nämlich insofern, als es – was normal wäre – keine Kreditvergabe an die Realwirtschaft und den Mittelstand gibt. Das ist die große gemeinsame Aufgabe, vor der wir noch stehen.

Wir versuchen, auch dazu einen Beitrag zu leisten, beispielsweise im Hinblick auf die Fragen: Wie können Förderbanken in diesen Ländern entwickelt werden? Was können wir im Bereich der Ausbildung tun? Was können wir bei Investitionen in die Infrastruktur – auch mit europäischen Fonds – machen? Wir brauchen jedoch eine Wiederbelebung der Realwirtschaft bei gleichzeitigem Zurückdrängen der reinen Spekulationswirtschaft, damit Europa gelingt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Des Weiteren wurde das Thema TTIP angesprochen. Auch ich möchte hierzu ein paar Worte sagen. TTIP lädt allein aufgrund des sehr intransparenten Verhandlungsverlaufs von Beginn an zu allen möglichen Spekulationen bis hin zu Verschwörungstheorien ein. Zu der Frage, welche demokratischen Regeln oder europäischen Standards in diesem Zusammenhang angeblich desavouiert werden sollten, gibt es fast nichts, was ich noch nicht gehört hätte. Deswegen ist es wichtig, auf Folgendes hinzuweisen: Es gibt ein Verhandlungsmandat, das von Parlament und Rat beschlossen ist. Dieses Verhandlungsmandat geht manchen von uns in einigen Punkten zu weit. Deswegen muss man darüber diskutieren, was in den dortigen Verhandlungen geschieht.

Es gibt aber auch ein paar Aspekte, bei denen wir sagen: Wir sind froh, dass dieses Verhandlungsmandat so besteht.

TTIP ist in der Tat eine zweiseitige Angelegenheit. Auf der einen Seite besteht natürlich die Gefahr, dass Standards

(Minister Peter Friedrich)

unter Umständen auf dem Verhandlungsweg reduziert werden. Aber es geht im Kern nicht um die Angleichung von Standards, sondern um deren wechselseitige Anerkennung. Das ist ein wichtiger Unterschied.

(Beifall des Abg. Matthias Pröfrock CDU)

Deswegen müssen wir dafür sorgen, dass mit Blick auf die Verbraucherschutzstandards und die ökologischen Standards insbesondere in der Landwirtschaft und für Lebensmittel gewährleistet wird, dass keine Produkte einen europäischen Marktzugang erhalten, die nicht den europäischen Schutzstandards entsprechen. Dies muss einem Freihandelsabkommen zugrunde gelegt werden.

Es ist wichtig und gut, dass dies inzwischen in der öffentlichen Debatte deutlich geworden ist. Denn das Wichtigste in der ganzen Diskussion um TTIP ist, dass dies keine politisch neutrale Veranstaltung ist, und diese Debatte kann auch nicht an Verhandlerkreise oder Beiräte oder Ähnliches outgesourct werden, sondern muss als politische Debatte geführt werden. Deswegen bin ich froh, dass wir die Verhandler auch zu einer Veranstaltung in Baden-Württemberg begrüßen können. Morgen werde ich zudem im Bundsratsausschuss Kommissar De Gucht zu diesem Thema hören können.

Das heißt, wir, die Landesregierung, sind aktiv damit beschäftigt, die bestehenden Bedenken, dass Standards unterminiert werden könnten, genau zu adressieren und der Kommission, auch in den öffentlichen Konsultationen zur Verhandlung, die Frage mit auf den Weg zu geben: Was wollen die Menschen, und was wollen sie nicht?

Ich warne aber davor, so zu tun, als lebten wir schon in der besten aller möglichen Welten, und zu sagen: Es sind nur unsere Standards, die – durch die Amerikaner – unterminiert werden können. Ich möchte Ihnen ein kleines Beispiel geben: In dieser Woche hatte ich ein Gespräch mit den Edelmetall verarbeitenden Betrieben in Baden-Württemberg. Ich meine die Metallscheiden, wie es sie z. B. in Pforzheim und auch anderswo gibt. In den USA bestehen sehr viel höhere Standards bei der Zertifizierung von Mineralien. Dies betrifft die Frage, woher die Edelmetalle stammen und ob es sich möglicherweise um sogenannte Konfliktmineralien handelt. Hierdurch wird gewährleistet, dass keine Metalle verarbeitet werden oder in den Markt eindringen können, die aus Konfliktgebieten oder Kriegsgebieten stammen oder die in Ausbeutungsverhältnissen geschöpft und geschürft werden. In dieser Hinsicht haben die Amerikaner höhere Standards als wir. Deswegen gibt es momentan Schutzzölle auf Produkte, die z. B. aus Baden-Württemberg, aus Europa stammen. Diese Produkte kommen daher nicht auf den amerikanischen Markt. Das ist nur ein Beispiel.

Auch in der Verhandlungsrunde in Arlington stehen die Fragen auf der Tagesordnung: Wie können wir die Anerkennung solcher Standards erreichen? Wie können wir auch die Industrie in Europa in diesem Bereich verpflichten, diese Standards zum Schutz vor der Verbreitung von sogenannten Konfliktmineralien und -metallen anzuerkennen?

Das ist nur ein Beispiel von vielen. Deswegen hilft es wenig, wenn von öffentlicher Seite gerufen wird: „Jetzt stoppt TTIP!“ oder „Brecht es ab!“ oder sonst etwas. Die Freihandelsabkom-

men sind vielmehr der beste Weg, dafür zu sorgen, dass wir die Sicherheit, die sozialen Standards, die ökologischen Standards und die Verbraucherschutzstandards gemeinsam diskutieren. Am Ende wird man schauen, ob bei den Verhandlungen genug herausgekommen ist, um dem auch tatsächlich zustimmen zu können. Das ist aber eine notwendige Voraussetzung. In diesem Zusammenhang muss auch die EU-Kommission ihre Position revidieren.

Ich glaube, wir brauchen nicht nur die Ratifizierung im Europäischen Parlament und im Rat, sondern auch in den nationalen Parlamenten, damit eine entsprechende demokratische Legitimation für ein solches Freihandelsabkommen gegeben ist. Wir haben sehr erfolgreiche Verhandlungen zu Freihandelsabkommen in anderen Bereichen der Welt geführt. Ich sehe deshalb überhaupt keinen Grund dafür, warum dies mit den USA nicht gelingen sollte. Aber es ist weder ein Automatismus, dass dies gelingt, noch ist es ein Automatismus, dass es misslingt. Es ist ein politischer Prozess, den wir, glaube ich, durch eine intensive Debatte und auch durch den heutigen Antrag gut begleiten können.

Um es deutlich zu sagen: Ich glaube, dass im Bereich des Investitionsschutzes sowohl die USA als auch die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union ein gut funktionierendes, unabhängiges Rechtssystem haben. Deswegen bedarf es keines zusätzlichen Investitionsschutzabkommens. Wir haben Hunderte dieser Investitionsschutzabkommen, insbesondere mit Ländern, in denen es keine vergleichbare Unabhängigkeit der Justiz, kein funktionierendes Justizwesen gibt. Für die USA und Europa können wir uns ein Investitionsschutzabkommen schlicht und ergreifend sparen, weil es funktionierende Rechtswege gibt. Auch die Bundesregierung und der Bundesminister für Wirtschaft und Energie haben gesagt: „Lasst uns diesen Bereich aus den Verhandlungen herausnehmen. Wir brauchen es nicht. Deswegen lassen wir es besser bleiben.“

Ich sage es jedoch noch einmal: Das Exportland Baden-Württemberg ist besonders daran interessiert, gemeinsame und gute Standards mit den USA zu verwirklichen. Auf diese Weise bringen wir, die Landesregierung, uns ein. So verstehe ich auch den Antrag, und zwar als eine Aufforderung, genau in diese Richtung weiterzuverhandeln, nicht abzustoppen, sondern zu überlegen, wie wir die Verhandlungen so gestalten und uns in dieser Konstellation beteiligen können, dass am Ende für alle eine sinnvolle Lösung herauskommt.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit und die weitere Beratung.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Europa und Internationales, Drucksache 15/5011. Der Ausschuss für Europa und Internationales schlägt Ihnen vor, von der Mitteilung der Landesregierung, Drucksache 15/4990, Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen zu. Es ist so beschlossen.

Darüber hinaus haben wir über den Entschließungsantrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD zum Transatlan-

(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch)

tischen Freihandelsabkommen TTIP, Drucksache 15/5221, abzustimmen. Von der CDU-Fraktion wurde getrennte Abstimmung gewünscht. Über die Buchstaben a und b von Ziffer 1 des Antrags soll zusammen abgestimmt werden. Anschließend soll über Buchstabe c abgestimmt werden. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer den Buchstaben a und b von Ziffer 1 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit sind die Buchstaben a und b einstimmig beschlossen.

Ich lasse nun über den Buchstaben c von Ziffer 1 des Entschließungsantrags der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD abstimmen. Wer Buchstabe c zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Buchstabe c mehrheitlich angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Ziffern 2 bis 6 des Entschließungsantrags Drucksache 15/5221. Sind Sie damit einverstanden, dass ich die Abstimmung über diese Ziffern zusammenfasse? – Das ist der Fall.

Wer den Ziffern 2 bis 6 des Entschließungsantrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Den Ziffern 2 bis 6 ist mehrheitlich zugestimmt.

Punkt 6 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Innenministeriums – EU-Fördermittel für Städte, Gemeinden und Landkreise in Baden-Württemberg – Drucksache 15/4663

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort zur Begründung durch die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Haller.

(Zurufe: Heiler! – Abg. Hans-Ulrich Seckerl GRÜNE:
Unser Walter! – Vereinzelt Heiterkeit)

– Heiler. Heidenei!

Abg. Walter Heiler SPD: Der Kollege Haller und ich werden ab und zu einmal verwechselt. Ich empfinde es jedoch als Ehre, mit „Herr Haller“ angedredet zu werden.

(Vereinzelt Beifall – Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das ist Wertschätzung!)

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände – Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag und Deutscher Städte- und Gemeindebund – hat im Hinblick auf die Wahlen zum Europaparlament am 25. Mai vor wenigen Tagen, am 13. Mai 2014, eine gemeinsame Presseerklärung herausgegeben und dabei verschiedene Forderungen an das EU-Parlament eingebracht. Die Bundesvereinigung weist darauf hin, dass die

Kommunen „engagierte Wegbereiter und Partner für ein bürgernahes Europa“ sind. Weiter heißt es:

Wir fordern das EU-Parlament auf, das Recht auf die kommunale Selbstverwaltung weiter zu stärken.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Des Weiteren wird in dieser Pressemitteilung darauf hingewiesen, dass Europapolitik heute über weite Strecken in die Kommunalpolitik hineinwirkt – ich darf zitieren –:

Mittlerweile haben etwa 70 % der vom Europäischen Parlament verabschiedeten Richtlinien und Verordnungen Auswirkungen auf die Kommunen. Wir wollen eine bürgernahe EU, in der die Kommunen als vollwertige Partner anerkannt werden. Die Vielfalt der Kommunen

– so heißt es in der Presseerklärung weiter –

mit ihren unterschiedlichen Traditionen und Kulturen ist eine besondere Stärke des geeinten Europas.

Die Kommunen sind „eine besondere Stärke des geeinten Europas“, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Als Kommunalr füge ich hinzu: Dazu brauchen wir Geld; dazu brauchen wir entsprechende finanzielle Hilfen.

Damit bin ich beim Thema. Wir haben diesen Antrag eingebracht, weil Städte und Gemeinden, weil viele Landkreise in Baden-Württemberg, weil Hochschulen, Wissenschaft sowie viele andere Bereiche – Wirtschaft, Landwirtschaft etc. – in vielfältiger Weise von den unterschiedlichen Förderprogrammen der Europäischen Union profitieren. Ziel unseres Antrags ist es, die diversen Fördermöglichkeiten und deren Nachfrage vonseiten Baden-Württembergs zu beleuchten und gleichzeitig aufzuzeigen, wo gegebenenfalls noch Informations- und Handlungsbedarf besteht, damit die auf EU-Ebene vorhandenen Fonds und Förderkulissen von potenziellen Antragstellern auch tatsächlich abgerufen bzw. möglichst optimal ausgeschöpft werden können.

Ich darf deshalb zu Beginn dem in diesem Fall zuständigen Innenministerium mit Herrn Minister Gall an der Spitze sehr herzlich für die außerordentlich umfangreiche Stellungnahme danken. Sie stellt ein hervorragendes Instrument für alle Bürgermeister, Oberbürgermeister, Landräte, Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, Stadträtinnen und Stadträte dar.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Ortschaftsrätinnen und Ortschaftsräte!)

Ich kann nur empfehlen, diese Stellungnahme sorgfältig zu lesen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Herzlichen Dank, Herr Innenminister!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Da meine Redezeit leider begrenzt ist

(Oh-Rufe – Abg. Martin Rivoir SPD: „Leider“!)

(Walter Heiler)

– das sage ich –, darf ich nur auf einige wenige Punkte hinweisen:

Wir, unsere Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen, haben für die nächste Förderperiode 2014 bis 2020 schon viel erreichen können. Es gibt eine Steigerung in allen Bereichen der Fördermittel, insbesondere auch bei INTERREG und EFRE. Das zeigt, dass die Landesregierung mit diesem Thema Ernst macht.

Wie es beispielsweise schon mit dem Pakt mit den Kommunen der Fall ist, versuchen wir weiter – und verzeichnen hier auch bereits Erfolge –, die Kreise und Städte in Baden-Württemberg zu fördern und viel finanzielle Last von den kommunalen Schultern zu nehmen. Das wollen wir, meine Damen und Herren, auch weiterhin tun.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Gerade INTERREG steht dabei für den europäischen Gedanken: grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit regionalem Bezug, transnationale Zusammenarbeit in den jeweiligen Förderräumen Nordwesteuropa, Mitteleuropa, Alpenraum und Donaauraum, interregionale Zusammenarbeit, europäische Netzwerke der Regionalpolitik usw. Es werden dabei Projekte unterstützt und gefördert, die allen Einwohnerinnen und Einwohnern in den betroffenen Regionen zugutekommen.

Ich nenne nur folgende Stichworte: Verbesserungen im Nahverkehr, grenzüberschreitende Stadtentwicklungen, nachhaltige Energieeinsparungen und Reduzierung des Ausstoßes von Treibhausgasen, Maßnahmen zur Stadtentwicklung und zur Landschaftsentwicklung, Förderung der regionalen Landwirtschaft, Projekte im Bereich Kinder- und Jugendarbeit. All dies und noch viel mehr wird durch EU-Fördermittel in Baden-Württemberg möglich. Ich bin froh, dass wir in dieser Debatte Gelegenheit haben, all diese positiven Aspekte endlich einmal in aller Deutlichkeit öffentlich darstellen zu können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Einen außerordentlich wichtigen Punkt in Sachen EU-Förderungen stellen der Europäische Integrationsfonds und der Europäische Flüchtlingsfonds dar. Tatsache ist, dass wir im letzten Jahr 13 853 Asylsuchende und damit 6 000 Personen mehr als im Vorjahr aufgenommen haben – eine Steigerung von 75 %. Gleichwohl wurden die Fördermittel nicht voll in Anspruch genommen.

Zu den Fördermitteln will ich eines noch klar sagen, weil wir in Bezug auf die Anzahl der Flüchtlinge mit einem weiteren Zuwachs rechnen müssen: Es ist nicht allein mit Unterkünten, mit Gemeinschaftsunterkünten getan – entsprechende Diskussionen gibt es zurzeit in vielen Landkreisen, in vielen Städten und Kommunen –; vielmehr brauchen wir auch Plätze in Kindergärten und Schulen. Dafür benötigen wir eine angemessene Förderung über EU-Mittel – um dies einmal so pauschal zu sagen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Ein anderes Thema, das ich noch anschneiden möchte: Baden-Württemberg ist eine der führenden Wirtschaftsregionen in Deutschland und Europa; das haben wir heute bereits mehrfach gehört. Es gibt hierüber auch eine sehr große Übereinstimmung in diesem Haus. Im Land gibt es weltweit agieren-

de Großunternehmen, Tausende erfolgreich arbeitende kleine und mittelständische Betriebe sind hier beheimatet. Wir können stolz auf diese Betriebe sein, die sehr viele Arbeitsplätze schaffen und die vielfach übrigens weltweite Marktführer in ihren jeweiligen Produktsegmenten sind.

Aus dem Europäischen Sozialfonds wurden kleine und mittlere Unternehmen mit Förderangeboten zur betrieblichen Innovation, zur Unternehmensübergabe sowie zur Fachkräftegewinnung und zur Sicherung des Fachkräftenachwuchses unterstützt. Das wollen wir, meine Damen und Herren, auch weiterhin einfordern.

Es gäbe noch vieles zu sagen. So verweise ich beispielsweise noch auf die staatlichen Hochschulen, für die wir Förderungen erreichen konnten. Ich nenne EFRE. Wir haben für die kommende Förderperiode eine Aufstockung der Fördermittel erreichen können. Damit können gezielt neue Projekte gefördert werden. Forschungsvorhaben in Baden-Württemberg werden weiter gestärkt.

Das alles können Sie sehr gut in der Drucksache nachlesen, deren Lektüre ich, wie gesagt, sehr empfehle.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Die grün-rote Landesregierung ist 2011 mit dem Ziel angetreten, Baden-Württemberg fit für die Zukunft zu machen. Zu dieser Zukunft gehört auch ein Umdenken in der Frage der nachhaltigen Mobilität, der Umwelttechnologien und der Ressourceneffizienz. In Zeiten schwindender fossiler Energieträger und schwindender natürlicher Ressourcen sowie daraus resultierender steigender Energiekosten und Rohstoffpreise sind Innovationen gefragt. Hierzu wurde ein Programm im Bereich Umwelt- und Klimapolitik aufgelegt, das ebenfalls gezielt von der EU gefördert wird. Gleiches gilt auch im Bereich Land- und Forstwirtschaft; hierzu werden wir von Herrn Minister Bonde später sicherlich noch einiges hören.

Wir sehen, dass Europa sehr viel für unsere Kommunen tut. Man kann natürlich in manchen Bereichen immer noch mehr tun – hier strengen wir uns auch an, dass in dieser Richtung etwas geschieht –, damit wir unsere Aufgaben vor Ort ordentlich erledigen können. Wir müssen uns immer wieder bemühen, die notwendige Aufklärungsarbeit zu leisten, damit die im Rahmen der Förderprogramme zur Verfügung gestellten Mittel auch entsprechend abgerufen werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Europa muss jeden Tag neu vermittelt werden. Deshalb bin ich sehr dankbar, dass wir heute viele europäische Themen hier im Landtag behandelt haben. Ich denke, mit unserem Antrag und vor allem mit der Stellungnahme dazu konnte nachgewiesen werden, dass es hervorragende europäische Förderungen für die Kommunen gibt.

Ich möchte in Richtung Herrn Kollegen Stratthaus etwas sagen. Wenn ich ihn richtig verstanden habe, hat er am Ende seiner Rede gesagt: „Deutschland wird auch in 20 Jahren noch unser Vaterland sein, aber Europa ist unsere Zukunft.“ Ich möchte, um wieder zum Anfang meiner Rede zu kommen, hinzufügen: Aber ohne kommunale Selbstverwaltung wird es keine Zukunft in Europa geben.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Klein das Wort.

Abg. Karl Klein CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Am kommenden Sonntag finden in den meisten europäischen Staaten Wahlen für ein neues EU-Parlament statt. Gut, dass wir heute hier im Landtag in ganz unterschiedlichen Zusammenhängen über Europa diskutieren und dass wir vor allem parteiübergreifend ein eindeutiges Signal an die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland, insbesondere auch in Baden-Württemberg geben.

Europa ist weit mehr – darauf hat Kollege Stratthaus schon hingewiesen –, als sich in Euro und Cent bemessen lässt. Europa ist in der Tat eine gewachsene Wertegemeinschaft, ein Stabilitätsfaktor für Frieden und Freiheit. Europa steht aber auch für Wohlstand und soziale Sicherung in den europäischen Staaten. Gerade die Krise in der Ukraine und vor allem die Annexion der Krim führen uns wieder einmal sehr deutlich vor Augen, was Frieden und Freiheit in Europa bedeuten.

Auch wenn, ausgelöst durch die Finanz- und Wirtschaftskrise, einige europäische Länder unsere finanzielle Unterstützung brauchten und wir vielleicht so manches bürokratische Monster aus Brüssel beklagen – Europa ist ein Erfolgsmodell für die Menschen in unserem Land und muss dies auch in Zukunft bleiben. Dazu sollen nicht nur die Zahlungen an die EU, sondern vor allem auch die Zahlungen der EU an das Land und an die Städte und Gemeinden in unserem Land in Form von zahlreichen Förderprogrammen beitragen.

Die Bilanz der Förderperiode 2007 bis 2013 hat gezeigt, dass insgesamt ca. 5,7 Milliarden € EU-Mittel in das Land Baden-Württemberg geflossen sind, hauptsächlich im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik, insbesondere für die Direktzahlungen an die Landwirte, aber auch für die Entwicklung des ländlichen Raums, zur Stärkung des regionalen Wettbewerbs und der Beschäftigung sowie für überregionale Fördermaßnahmen in den Bereichen Forschung, Arbeit, Soziales und Wirtschaft und für vieles mehr.

In der Förderperiode 2014 bis 2020 sprechen wir von insgesamt 14 Förderprogrammen und zusätzlich fünf direkten Programmen, die über die Europäische Kommission auch Mittel nach Land Baden-Württemberg fließen lassen. Die EU gewinnt deshalb zunehmend an Bedeutung für das Land Baden-Württemberg. Deshalb hat auch die alte, CDU-FDP/DVP-geführte Landesregierung frühzeitig eine Landesvertretung in Brüssel aufgebaut und eingerichtet, hat diese bedarfsgerecht ausgebaut und hat dafür gesorgt, dass über die Regierungspräsidien die Städte, die Landkreise und die Gemeinden im Land informiert und bei Antragstellungen beraten und entsprechend begleitet werden, sodass sie alle Programme optimal nutzen und die zur Verfügung gestellten Gelder abrufen können.

Zwischenzeitlich ist für die Kommunen im Land Baden-Württemberg diese Aufgabe so wichtig geworden, dass sie in Brüssel sogar eine eigene Geschäftsstelle eingerichtet haben, um von dort aus informiert zu werden und so auf politische Einflüsse rechtzeitig reagieren zu können.

Diese erfolgreiche Politik für unser Land fortzusetzen ist der Anspruch an die neue, grün-rote Landesregierung, auch in der Förderperiode 2014 bis 2020, die jetzt vor uns liegt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, wie wichtig es ist, dass das Land Baden-Württemberg für die einzelnen Förderprogramme rechtzeitig die entsprechenden Kofinanzierungsanteile zur Verfügung stellt und dass insbesondere die finanzielle Grundausrüstung der Universitäten und der anderen Hochschulen zeitnah so ausgestaltet wird, dass auch dort die Förderprogramme der EU in Anspruch genommen werden können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Zum Schluss: Lieber Walter, wir sind uns vollkommen einig, dass wir sehr darauf achten müssen, dass die Selbstverwaltung der Kommunen im Land Baden-Württemberg gestärkt und nicht durch Europa geschwächt wird. Hier sind wir uns in diesem Hohen Haus einig. Ich hoffe, dass wir nach wie vor in die gleiche Richtung zielen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Böhlen das Wort.

Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte, liebe Kolleginnen und Kollegen! EU-Politik zielt auf eine Annäherung gemeinsamer Lebensbedingungen für fast 500 Millionen EU-Bürgerinnen und -Bürger. Viele Maßnahmen und Regelungen der EU-Förderung setzen auf regionaler Ebene an oder haben lokale Auswirkungen. Nicht immer ist allerdings so deutlich für die Bürgerinnen und Bürger zu erkennen, welche lokalen Auswirkungen dies hat. Hier sind die Landräte, Bürgermeister und Oberbürgermeister aufgerufen, noch offensiver eine proeuropäische Freudenarie anzustimmen, wenn europäische Fördergelder in vielfältiger Weise das kommunale Handeln in Baden-Württemberg unterstützen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Im „Badischen Tagblatt“ von heute lautet beispielsweise eine Überschrift: „Überall steckt EU-Geld drin“. Ich denke, man darf vor den Europawahlen den Bürgerinnen und Bürgern durchaus noch einmal zeigen, was Europa alles zahlt. Allerdings darf – da sind wir völlig einer Meinung – die kommunale Selbstverwaltung in Baden-Württemberg auf gar keinen Fall angetastet werden.

Der Antrag der Fraktion der SPD sowie die Stellungnahme sind der Schrift gewordene Beweis für die Vielfalt der Fördermöglichkeiten – übrigens ein sehr gelungener Beitrag für das Verständnis der europäischen Förderpolitik. Zurzeit stellen verschiedene Ressorts die Operationellen Programme für die Förderperiode 2014 bis 2020 unter Beteiligung der lokalen Akteure, Verbände, Kommunen und NGOs zusammen. Vieles ist in Bewegung geraten, auch auf der Ebene der kommunalen Landesverbände – bei den Menschen in den LEADER-Regionen, in den regionalen Arbeitskreisen des ESF; um nur zwei Beispiele zu nennen.

In beiden Fällen haben übrigens die beiden zuständigen Minister, Ministerin Altpeter und Minister Bonde, für unser Land

(Beate Böhlen)

Baden-Württemberg in Berlin hervorragende Verhandlungsergebnisse erreicht.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich möchte Ihnen jetzt allerdings ein Beispiel für eine gelebte neue LEADER-Antragskulisse nennen. Inzwischen ist der Nationalpark eingerichtet worden. Rund um den Nationalpark haben sich jetzt der südliche Teil des Landkreises Calw, der gesamte Landkreis Rastatt, der Stadtkreis Baden-Baden und der nördliche Ortenaukreis zusammen auf den Weg gemacht, um eine LEADER-Kulisse zu erstellen. Aktionsgruppen sind unterwegs; sie treffen sich, sie erarbeiten Programme für diesen Raum, um zusammen mit dem Nationalpark die ganze Region attraktiver zu machen. Es ist einer der großen Vorteile der europäischen Fördergelder, dass das hier zusammen ablaufen kann.

Des Weiteren hat INTERREG auch für unsere Region am mittleren Oberrhein noch viel zu bieten. Im Rahmen von INTERREG IV konnte der öffentliche Personennahverkehr zwischen Basel und Straßburg grenzüberschreitend ausgebaut werden; zwischen Straßburg und Karlsruhe gibt es nichts Entsprechendes.

Deswegen ist es umso wichtiger, dass im Rahmen der INTERREG-V-Programme die Mobilität ganz stark gewichtet wird. Wir können nicht einerseits sagen: „Wir möchten, dass junge Menschen grenzüberschreitend in Ausbildung kommen“, und andererseits den Menschen keine Möglichkeiten bieten, die Grenzen zu überschreiten, ohne auf den Individualverkehr zurückzugreifen.

Wir brauchen einen ÖPNV im Gebiet des mittleren Oberrheins; wir brauchen einen ÖPNV für Frankreich und Deutschland. Dafür bietet INTERREG die besten Voraussetzungen.

(Beifall bei den Grünen)

INTERREG V bietet aber noch mehr. INTERREG V bietet dem gesamten PAMINA-Raum die Möglichkeit, zusammenzuwachsen. Das geschieht seit vielen Jahren.

Wer nicht aus einer Grenzregion kommt, kann es vielleicht nicht ganz nachvollziehen. Ich nenne die Donauraumstrategie als Beispiel: Die Menschen kommen zusammen, Europa wird gelebt und gefühlt.

Mit Blick auf die gesamten Anträge, die vonseiten Baden-Württembergs im Rahmen der EU-Förderprogramme gestellt wurden, sage ich: Baden-Württemberg ist Europa und lebt Europa.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Dr. Goll das Wort.

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Kollegin Böhlen, Sie haben letztes freundlicherweise gesagt, Sie würden gern einmal bei einer Rede von mir applaudieren. Möglicherweise bietet sich gleich die Gelegenheit.

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Beate Böhlen GRÜNE:
Ich bin gespannt!)

Allerdings wird dies keine lange Rede.

Vor uns liegt ein Antrag, dessen Behandlung von großer Einigkeit geprägt ist. Wir haben heute auch schon viel über Europa gesprochen. Wenn ich davon nichts wiederhole, dann tue ich dies in dem Bewusstsein, dass die Themen nicht noch einmal wiederholt werden müssen, um ihre Bedeutung zu unterstreichen. Im Zusammenhang mit dem vorliegenden Antrag sind bereits viele Details genannt worden. Deswegen darf ich mich hier auf wenige Worte beschränken.

Der Antrag Drucksache 15/4663 hebt natürlich die Bedeutung der Kommunen hervor, über die wir uns in Baden-Württemberg im Besonderen im Klaren sind. Er hebt den Umstand hervor, dass erhebliche Mittel aus der EU an uns zurückfließen. Auch das verdient es, noch einmal hervorgehoben zu werden; das betrifft ja nicht nur große Themen, sondern geht auch ein bisschen nach dem Motto „Kleinvieh macht auch Mist“. Hier kommen erhebliche Beträge zusammen.

Die vielen Programme, die vielen Angebote, die es gibt, gilt es zu nutzen. Wenn man diese Angebote optimal nutzen will, muss man informiert sein. Dazu haben der Antrag und die Stellungnahme zu diesem Antrag einen wichtigen Beitrag geleistet.

Ich kann mir vorstellen, dass diese Stellungnahme in den Kommunen, in den Landkreisen und in den Hochschulen intensiv studiert wird, um keine Fördermöglichkeiten zu übersehen; denn – davon kann man ausgehen – viele Kommunen und Einrichtungen wissen gar nicht, welche Möglichkeiten es gibt. Dafür leistet diese Stellungnahme sicher einen nützlichen Dienst. Das kann man auch aus unserer Sicht nur betonen. Das war insgesamt eine hilfreiche Aktion.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP, Abgeordneten der CDU und der SPD sowie der Abg. Beate Böhlen und Josef Frey GRÜNE)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Landesregierung darf ich Herrn Minister Bonde das Wort erteilen.

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! In keinem anderen Bundesland sind die Kommunen so stark – auch so stark in ihrer Finanzkraft – wie bei uns in Baden-Württemberg. Die Kommunen in Baden-Württemberg haben im Vergleich aller Flächenländer die geringsten Schulden. Sie haben ein überdurchschnittliches Steueraufkommen. Dieses liegt beispielsweise 18 % über dem Durchschnitt der Flächenländer und damit auch weit über dem Steueraufkommen der bayerischen Kommunen.

Wir haben hier in den vergangenen drei Jahren weitere Maßnahmen getroffen, um die Kommunen zu unterstützen: den Pakt mit den Kommunen im Bereich der frühkindlichen Bildung und Erziehung, aber auch die Unterstützung, was die Schulsozialarbeit angeht, und vieles andere mehr.

Wir haben starke Kommunen, aber es ist auch wichtig, diese Stärke mit einer aktiven Strukturpolitik voranzubringen. Die

(Minister Alexander Bonde)

verschiedenen Programmmöglichkeiten, die die Europäische Union anbietet, sind dafür eine wichtige Unterstützung. Die Kommunen in Baden-Württemberg profitieren strukturell von der Förderung durch die Europäische Union. Das ist ein Segen für Baden-Württemberg. Wir sind froh, dass wir starke Kommunen haben, die diese Chancen in der Fläche aktiv nutzen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Mit den verschiedenen Förderprogrammen kommt der europäische Gedanke vor Ort an. Für den Einzelnen und die Einzelne ist das nicht immer sichtbar, aber die Auswirkungen sind mittelbar und unmittelbar zu spüren.

Beispielsweise hilft der Europäische Sozialfonds hier in Baden-Württemberg den Einzelnen dabei, ihre Lebenssituation zu verbessern und neue Perspektiven zu erhalten.

Die Auswirkungen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung werden meist nicht direkt gespürt. Aber indem wir darüber Innovationsförderung oder technologische Weiterentwicklung vornehmen, leisten wir einen wichtigen Beitrag für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg. Davon, dass mit europäischer Unterstützung investiert wird, profitieren alle, gerade in den Kommunen.

Zum ELER: Die Europäische Union fördert den ländlichen Raum und die Landwirtschaft. Das sieht man bei uns in der Fläche daran, dass über Programme wie LEADER eine aktive Aufrechterhaltung der Kulturlandschaft erfolgt. Dies wird über eine Landschaftspflegeberichtlinie aktiv unterstützt. Mit Agrarumweltmaßnahmen können die Landwirte in Baden-Württemberg mit dazu beitragen, dass die Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg, dass die Natur- und Kulturlandschaften erhalten bleiben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Egal ob ESF, EFRE, ELER oder wie die Programme abgekürzt alle heißen: Über die europäischen Programme erhalten wir wichtige Gestaltungsmöglichkeiten für uns in der Fläche.

Es ist aber auch eine Aufgabe, diese Programme bedarfsgerecht anzuwenden. Die Anforderungen künftiger Entwicklungen müssen aufgenommen und die Förderkulissen entsprechend aufgestellt werden. Wir gestalten in den Ministerien gerade die Programme für die neue Förderperiode.

Ich will am Beispiel des Regionalentwicklungs- und Innovationsprogramms EFRE deutlich machen, dass wir Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen; es geht darum, wirklich zielgenau zu arbeiten und konsequent in die Zukunft gerichtete Themen ins Blickfeld zu nehmen. Gemeinsam mit der Europäischen Union wollen wir in diesem Bereich das Thema „Innovation und Energiewende“ angehen. Dabei stehen Forschung und Innovation in der Fläche unseres Landes im Vordergrund.

Auch daran sehen wir, dass die Europäische Union eine wichtige Stütze für uns ist, für eine wettbewerbsfähige Wirtschaftsstruktur, für das Erreichen der Energiewende und für mehr Investitionen in die Erforschung neuer Technologien.

Auch hier spielen die Kommunen eine wichtige Rolle über den – das ist europäisches Neudeutsch – Bottom-up-Ansatz,

also die Entwicklung von unten. Hier sind Teilprogramme wie RegioWIN ein wichtiger Beitrag, damit die Gemeinde, die Menschen vor Ort, die Akteure in diesem Prozess sind.

(Beifall bei den Grünen)

Die Regionen im Land nehmen sich über RegioWIN, LEADER und andere Programme der Zukunftsthemen an und entwickeln diese von unten. Die Europäische Kommission nennt dies bei EFRE das Gegenstromprinzip. Das gilt auch für die anderen Programme. Hier treffen Programmangebote der EU – von oben – mit der Entwicklung in den Regionen – von unten – zusammen.

Was machen wir damit in der neuen Förderperiode? Zentrum für angewandte Forschung an den Hochschulen gerade im ländlichen Raum, spitze auf dem Land, gezielte Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen im ländlichen Raum mit dem Potenzial zur Technologieführerschaft. Rund ein Drittel der Programmmittel bei EFRE kommen direkt in die Gestaltungsmöglichkeit von Kommunen und Regionen, kommen dort vor Ort an, wo Entwicklungskonzepte gemeinsam erarbeitet werden, wo vor Ort die dafür notwendigen Maßnahmen definiert werden, wo sich die Beteiligten selbst aktiv einklinken.

Die Programme in Baden-Württemberg bekommen eine kommunalfreundliche, bürgerfreundliche und zukunftsorientierte Ausrichtung, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Walter Heiler SPD)

Auch im Sozialfonds, im ESF, wird das Regionalprinzip gestärkt. Es werden regionale Arbeitskreise eingerichtet, die sich auch bei RegioWIN, LEADER und anderen Fonds einbringen sollen, um gezielt eine engere Verzahnung der Fonds zu ermöglichen.

Auch im Bereich der Landwirtschaft, die bei ELER eine wichtige Bedeutung hat, gelingt es in der neuen Förderperiode noch stärker, auf die Belange der kleinen und mittleren, familiengeprägten Höfe einzugehen, die bei uns in Baden-Württemberg die bäuerliche Land- und Forstwirtschaft prägen. Dabei geht es auch darum, genau denjenigen, die hier mit viel Verantwortung für das Kommunalwesen in der Fläche wirtschaften, die notwendigen Bedingungen zu geben. Ökologie, Erhalt der Artenvielfalt, Regionalität, aber auch Förderung von Tierwohl haben hier Priorität. Auch dabei sind wir froh, dass uns das die Europäische Union mit der Förderlandschaft ermöglicht.

Insofern, meine sehr verehrten Damen und Herren: Mit den Möglichkeiten, die Europa zur Verfügung stellt, mit den Priorisierungen, die wir, die Landesregierung, in allen EU-Fonds getroffen haben, sind wir überzeugt: Die Profiteure sind die Kommunen, sind die Menschen, ist ganz Baden-Württemberg. Dies zeigt, wie eine aktive Landespolitik eng mit Europa zusammenarbeiten kann, dass Europa vor Ort das Leben der Menschen verbessert und dass es gerade auch bei uns in einer wirtschaftsstarke Region für die Menschen und für die Kommunen besser ist, dass wir gemeinsam im europäischen Konzert unterwegs sind.

Ich glaube, die Programme und ihre Umsetzung vor Ort machen eines deutlich: Wir brauchen mehr Europa. Wir brauchen

(Minister Alexander Bonde)

ein Europa, das an Europa glaubt, und kein Europäisches Parlament, in dem rechte und linke Europagegner das Sagen haben, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 15/4663. Der Antrag ist ein reiner Berichtsantrag und kann für erledigt erklärt werden. – Sie stimmen dem zu.

Damit ist Punkt 7 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft – Duale Ausbildung stärken – Meisterbrief darf nicht weiter entwertet werden! – Drucksache 15/4687 (Geänderte Fassung)

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort zur Begründung durch die Fraktion der CDU erteile ich Herrn Abg. Dr. Löffler.

Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Finger weg vom deutschen Meisterbrief, liebe Brüsseler Bürokraten! Der Meisterbrief steht für Qualität, Verbraucherschutz, gute Ausbildung, für Wertschöpfung und Verlässlichkeit. Er ist eine Ikone der dualen Ausbildung und ein Transmissionsriemen für Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum.

Die Probleme auf den Arbeitsmärkten vieler europäischer Länder werden nicht durch eine Senkung der Qualitätsstandards bei uns gelöst, sondern vielmehr dadurch, den Meisterbrief als europäisches Modell zu adeln. Der Meisterbrief ist kein Relikt mittelalterlicher Zunftherrlichkeit. Vielmehr ist es unsere duale Ausbildung, die den jungen Menschen Beschäftigung gibt und Qualifikationen vermittelt, die ihnen mehr Perspektiven bei Arbeits- und Unternehmensmöglichkeiten bieten.

Europa hat seine Hausaufgaben nicht gemacht. Die Bestandsaufnahme der Europäischen Kommission zur Wachstumsstrategie Europa 2020 von April dieses Jahres liest sich fast wie ein Offenbarungseid. Das ehrgeizige Ziel der Europäischen Union, Europa zum dynamischsten und wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum der Welt zu machen, wie es die Lissabon-Strategie forderte, wurde verfehlt. Auch die Dienstleistungsrichtlinie hatte keinen durchschlagenden Erfolg. Grenzüberschreitende Dienstleister sind bei uns offenbar im Stau stecken geblieben.

Bei manchen Brüsseler Apparatschiks herrscht der Irrglaube, je weniger Hürden es für Berufe gibt, desto besser sei es für Wirtschaft und Wettbewerb. Die EU-Kommission argumentiert, was reglementiert werde, baue Beschränkungen und Marktzutrittsschranken auf und behindere die Öffnung des Dienstleistungssektors. Ursächlich für Fachkräftemangel, Ar-

beitslosigkeit, fehlendes Wachstum sei ein komplizierter Zugang zum Beruf. Deshalb soll alles, was nach Regulierung riecht, evaluiert werden.

Dabei ist schon klar: Es wird nicht bei den Handwerksberufen bleiben. Auch andere Dienstleister und reglementierte freie Berufe, z. B. im Bildungs- und im Gesundheitsbereich, Berufe wie Apotheker oder Psychotherapeut, stehen auf dem Prüfstand der EU-Kommission.

Die Strategie der Deregulierungspolitik Europas führt in eine Sackgasse, in der der kleinste gemeinsame Nenner das Maß der Dinge ist. Für meine Fraktion ist es unverzichtbar, bestehende Qualifizierungsanreize im Handwerk zu stärken, weil sie Garant für Ausbildungsgüte zur Sicherung der Fachkräfterversorgung sind. Wir sind der Auffassung, dass jedes Verwässern von Standards das Bildungsniveau der Ausbildung senkt, den Schutz der Verbraucher mindert und die globalen Wettbewerbschancen verringert. Wir brauchen keine Billigheimer, Nippesbuden und Ramschläden mit Geschäftsmodellen, die auf Niedrigstlohnbasis konkurrieren. Mit ihnen lässt sich weder die europäische Wirtschaft sanieren noch der Arbeitsmarkt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Wer Standards senkt, muss wissen, dass damit auch die Wanderung in Sozialsysteme attraktiver wird. Davon profitieren werden Parteien mit extremen Tendenzen. Auch das gehört zur Wahrheit.

Die Regierung Schröder hat 2004 die Handwerksordnung geändert. Nur noch gefahrengeneigte Berufe bleiben Meisterberufe. Der Fliesenleger gehört nicht mehr dazu, der Friseur schon. Haare schneiden ist eine gefahrengeneigte Tätigkeit. Wenn ich mich so umsehe, vermag ich Rot-Grün nicht zu widersprechen.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Fakt ist: Fehlt die fundierte Qualifikation, wächst die Wahrscheinlichkeit unternehmerischen Scheiterns. Die Statistiken belegen es. So haben sich 2004 nach der Änderung der Handwerksordnung bei 53 der bis dahin zulassungspflichtigen Handwerksberufe zu zulassungsfreien Handwerkern keine positiven Effekte gezeigt. Es stieg zwar die Zahl der Fliesenlegerbetriebe, doch die Verweildauer auf dem Markt von vielen Ich-AGs war kaum länger als die Zeitspanne zwischen Tageschau und Wetterkarte.

Ein nur am Preis orientierter Wettbewerb ist auf Dauer nicht erfolgreich. Wettbewerb läuft über Qualität und Vertrauen. Dafür bürgen bei uns die Handwerksmeister, die ihr Wissen in der dualen Ausbildung weitergeben und dafür sorgen, dass Innovation und Kreativität ein Markenkern des deutschen Handwerks mit seinen 5,32 Millionen Beschäftigten bleiben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Das Handwerk ist ein Herzstück unseres Mittelstands, das wir schützen müssen. Deshalb muss der Meisterbrief ein Standard bleiben, den es zu verteidigen gilt. Wer gut ausgebildet ist, kann sich auf dem Arbeitsmarkt europaweit behaupten. Das

(Dr. Reinhard Löffler)

ist der Schlüssel zum wirtschaftlichen Erfolg und zur beruflichen Perspektive. Wer einen Meisterbrief in der Tasche hat, der kann etwas; der hat auch gelernt, einen Betrieb zu führen. Einem Meister können die Verbraucher vertrauen. Im Interesse unseres Handwerks und im Interesse der arbeitenden Menschen dürfen wir eine Aushöhlung oder gar Abschaffung des Meisterbriefs nicht zulassen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Auf der Handwerksmesse in München sagte der Generaldirektor der EU-Kommission, Daniel Crespo: „Der Meisterbrief ist eine der Säulen der deutschen Wirtschaft.“ Ich will ihm da gar nicht widersprechen, sondern ihm zurufen: Das muss auch so bleiben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Ich erteile Frau Abg. Lindlohr für die Fraktion GRÜNE das Wort.

Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Europa steht heute im Mittelpunkt unserer Beratungen im Landtag von Baden-Württemberg, und das ist gut so. Der Europäische Binnenmarkt ist ein entscheidender Faktor für den Wohlstand, den wir heute in Baden-Württemberg haben. Er bringt Exportchancen – das wissen wir alle –, und er bringt den Wettbewerb um die besten Ideen. Das ist grundsätzlich gut für die Unternehmen sowie für die Verbraucherinnen und Verbraucher in Baden-Württemberg.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Kollege Löffler, Sie haben in Ihrem Beitrag mit den klassischen Abwehrbegriffen „Apparatschiks“ und „Bürokraten“ ein gewisses Zerrbild der Europäischen Union gezeichnet. Das sehen wir nicht so. Wir haben Subsidiaritätsprinzipien in Europa, und es gilt, die Chancen, die das Subsidiaritätsprinzip bietet, zu nutzen, damit wir hier unsere Regelungen treffen können.

Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen: In diesem Binnenmarkt muss der Meisterbrief im Handwerk seinen Platz haben. Dafür sollten wir uns hier und sollte sich der Bund einsetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Denn das Handwerk ist eine besondere Art der Dienstleistung. Das Handwerk leistet viel, und vieles davon sieht man nicht. Für den Kunden ist es schwer ersichtlich, ob der Elektriker die Strominfrastruktur im Haus so installiert hat, dass sie auf viele Jahre sicher ist. Der Verbraucher hat kaum ein Instrument in der Hand, um die Arbeit eines Dachdeckers zu beurteilen, bevor er die Rechnung – hoffentlich pünktlich – überweist.

Das ist überall in der Welt so, und in Deutschland haben wir mit dem Meisterbrief ein gutes Instrument, damit Handwerkerinnen und Handwerker ihre besondere Qualität ausweisen können. Dieses Qualitätssiegel behindert den Markt nicht,

sondern bringt den Wettbewerb um die beste Qualität voran. Darum wollen wir den Meisterbrief beibehalten.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Nun stellt die Kommission die Frage, in welchen Berufen es weiter eine Meisterpflicht für die selbstständige Ausübung von Gewerken geben soll. 41 Gewerke sind dies aktuell. Wir finden, bei diesen Gewerken kann Deutschland gut begründen, warum es hier besondere Regeln gibt. Zum einen sind diese Gewerke nämlich gefahrgeneigt, und zum anderen erbringen sie eine besonders hohe Ausbildungsleistung. Darum erwarten wir von der Bundesregierung unbedingt, dass sie sich auf europäischer Ebene für das Handwerk hier einsetzt. Die grün-rote Koalition tut dies ebenfalls, und dabei ist uns die duale Ausbildung besonders wichtig.

Nehmen wir das Unterrichtsdefizit an den beruflichen Schulen. Unter Grün-Rot belief es sich im Schuljahr 2013/2014 auf 2,2 %, während es unter Schwarz-Gelb im Schuljahr 2010/2011 noch 4,4 % waren –

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Da hatten wir auch mehr Schüler!)

doppelt so viel. Wir haben das Defizit halbiert, und Grün-Rot macht hier den Unterschied.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD
– Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Viel mehr Schüler!)

Nehmen Sie die Ausbildungsbotschafter. Für die duale Ausbildung muss man eben nicht nur bei den Betrieben, sondern inzwischen auch bei den Schülerinnen und Schülern werben, die das System oft gar nicht mehr so gut kennen. Seit Herbst 2011 gibt es hier in Zusammenarbeit mit den Kammern die Ausbildungsbotschafter, junge Erwachsene, die im dualen System ihren Weg machen und damit an die Schulen gehen.

(Zuruf des Abg. Claus Paal CDU)

Diese Landesinitiative und diese jungen Leute wurden gestern für die Bildungsidee bei „Deutschland – Land der Ideen“ ausgezeichnet. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer stehen bleibt, verliert schnell den Anschluss. Die Handwerksbetriebe in unserem Land wissen das, und sie erleben, wie schnell sich die Technologien, mit denen sie arbeiten, und das Marktumfeld, in dem sie sich behaupten müssen, verändern.

Dem hat auch der Gesetzgeber auf Bundesebene immer wieder Rechnung getragen. Es gab 1994, 1998 und 2004 Novellen der Handwerksordnung. Den Elektriker, den ich vorhin erwähnt habe, gibt es eigentlich gar nicht mehr. Das ist heute der Elektroniker, Fachrichtung Energie- und Gebäudetechnik, und dies, weil sich die Anforderungen verändert haben und das Handwerk da immer auf dem aktuellen Stand bleiben muss.

Dem muss sich der Gesetzgeber stellen. Darum ist es richtig, dass wir heute die Landesregierung durch einen gemeinsamen Beschluss ersuchen wollen, sich auf Bundesebene für eine

(Andrea Lindlohr)

Evaluierung der Handwerksordnung einzusetzen. Dies steht sowohl im vorliegenden Antrag der CDU-Fraktion als auch in dem dazu von Grünen und SPD eingebrachten Änderungsantrag.

Ein Beispiel ist etwa die Altgesellenregelung, die 2004 neu dazukam. Dann ist ja schon lange klar, dass neben dem Meisterbrief bei den zulassungspflichtigen Handwerken auch die berufliche Erfahrung bei der Einzelentscheidung, ob hier ein Betrieb zugelassen wird, eine Rolle spielen muss. Die Altgesellenregelung besagt: Nach sechs Jahren selbstständiger Tätigkeit eines Gesellen, einer Gesellin – davon vier Jahre in leitender Position – kann dies gemacht werden.

Uns interessiert z. B.: Hat dies auch Frauen geholfen, eine selbstständige Tätigkeit aufzunehmen und einen Betrieb aufzubauen? Das ist eine wichtige Frage.

Das Handwerk hat viele Chancen und viele neue Felder, auf denen es sich umtut. Die Energiewende bietet vor Ort verschiedenen Handwerksgebeten als regionalen Netzwerken viele Chancen, Dienstleistungen in den regionalen Wirtschaftskreisläufen an die Frau und an den Mann zu bringen.

Die Herausforderungen durch die Kommunikationstechnologien eröffnen auch viele Chancen, dass sich Betriebe umstellen und auf dem Markt neue Dinge anbieten. Das gilt gerade auch für die gewerkeübergreifenden Dienstleistungen, die, glaube ich, eine große Chance sind, damit sich das Handwerk weiter steigert.

Bei diesen Herausforderungen unterstützen wir das Handwerk, damit die Betriebe ihren guten Weg weitergehen können.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Ich erteile Herrn Abg. Storz für die SPD-Fraktion das Wort.

Abg. Hans-Peter Storz SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt wahrscheinlich niemanden hier im Haus, der an der Bedeutung unseres dualen Ausbildungssystems für eine gute und erfolgreiche Wirtschaft zweifelt. Auch wenn wir herausstellen, dass eine gute Ausbildung der beste Schutz gegen Arbeitslosigkeit ist, wird niemand hier widersprechen.

Die Landesregierung führt in ihrer Stellungnahme zu dem Antrag der CDU-Fraktion die Belege dazu klar auf. Aber, ehrlich gesagt, die Erkenntnisse, die in der Stellungnahme stehen, sind nicht ganz neu. Denn wir tragen in den wirtschaftspolitischen Diskussionen sowohl hier im Haus als auch vor Ort bei vielen öffentlichen Terminen die Argumente immer wieder vor.

Etwas gewundert habe ich mich über den Titel des Antrags und über einzelne Aussagen. Wenn Sie im Titel Ihres Antrags schreiben: Der „Meisterbrief darf nicht weiter entwertet werden!“, unterstellen Sie, dass dies ein stetiger Prozess ist. Wir sollten aber feststellen: Der Meisterbrief ist viel wert, sowohl für die einzelnen Handwerkerinnen und Handwerker als auch

für unsere Wirtschaft als Ganzes. Der Minister für Finanzen und Wirtschaft, Nils Schmid, und der Mittelstandsbeauftragte der Landesregierung, Peter Hofelich, werden nicht müde, dies nach außen zu betonen und gegenüber Brüssel auch für den Erhalt des Meisterbriefs zu kämpfen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Die Erfolgsbilanz der meistergeführten Handwerksbetriebe ist klar. Werden Handwerksbetriebe von Meistern gegründet oder übernommen, haben sie wesentlich größere Chancen, die schwierigen Gründungsjahre zu überstehen. Denn der Meisterbrief bietet eben nicht nur fachliches, sondern auch kaufmännisches Rüstzeug, um am Markt bestehen zu können.

Die Ausbildungsbilanz ist eindeutig. Nur wenn es genügend Meister gibt, kann das Handwerk seine starke Ausbildungsleistung aufrechterhalten. Diese Leistung für die ganze Wirtschaft können wir nicht hoch genug einschätzen. Handwerksbetriebe, die gut und zukunftsorientiert ausbilden, engagieren sich tatkräftig für den Fachkräftenachwuchs in unserer Wirtschaft.

Ich möchte auch besonders auf den Aspekt der guten Arbeit hinweisen. Vor einigen Wochen sorgte die Feststellung, dass viele Selbstständige keinen Mindestlohn erhalten, für Aufsehen. Das hat mehr mit der Handwerksordnung zu tun, als man auf den ersten Blick annimmt.

Seit der Öffnung des Handwerks im Jahr 2004 ist bei den Fliesenlegern oder den Raumausstattern der Meisterbrief keine Voraussetzung mehr. Wir haben schon gehört: 60 % der zulassungsfreien Neugründungen finden sich in diesen Gewerken – zumeist als Einzelunternehmer. Diese finden oft nur als Subunternehmer Zugang zum Markt. Selbstständigkeit bedeutet hier dann nicht unternehmerische Freiheit oder Schaffung von mehr Wettbewerb und Wohlstand, sondern Selbstständigkeit bedeutet hier vor allem wachsende soziale und wirtschaftliche Unsicherheit. Niemand, der über einen halbwegs klaren ökonomischen Verstand verfügt, wird daher den Meisterbrief abschaffen wollen.

Meine Damen und Herren, unser Land zeichnet sich durch eine dynamische Wirtschaft aus. Märkte wandeln sich nicht nur im Bereich der Industrie. Auch das Handwerk verändert sich immer schneller. Neue Materialien erfordern neue Bearbeitungstechniken. Berufsbilder verschmelzen, neue Berufsbilder entstehen. All das muss sich im rechtlichen Rahmen auch für das Handwerk widerspiegeln.

Daher kann es nicht darum gehen, die bestehende Handwerksordnung oder kurz den Meisterbrief einfach nur gegen Regulierungen zu verteidigen. Es geht darum, sie so weiterzuentwickeln, dass sie dem Handwerk einen vernünftigen Rahmen für seine Zukunft gibt.

Regulierungen greifen in den Wettbewerb ein. Dafür brauchen wir gute Gründe. Die Leistungen meistergeführter Handwerksbetriebe für die Ausbildung habe ich schon genannt. Verbraucherschutz und Garantie einer fachgerechten Ausführung insbesondere von gefahrgeneigten Arbeiten gehören ebenfalls dazu. Daher haben wir gegenüber der Bundesregierung und der Europäischen Union gute Argumente, für den Meisterbrief zu stimmen.

(Hans-Peter Storz)

Wir stimmen deswegen auch gern Ihrem Antrag zu. Wir bitten Sie allerdings, in Abschnitt III Ziffer 2 unserem Änderungsantrag zuzustimmen, der Ihr Anliegen einer Evaluation aufgreift, aber den Fokus erweitert und die Handwerksordnung insgesamt in den Blick nimmt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich das Wort Herrn Abg. Grimm.

Abg. Leopold Grimm FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Schön wäre es gewesen, die Haltung der die grün-rote Regierungskoalition tragenden Fraktionen zum Meister wäre schon im Jahr 2004 die gewesen, die Gewichtigkeit des Meisters anzuerkennen.

Der Antrag der CDU-Fraktion zur Zukunft des Meisterbriefs kommt zum richtigen Zeitpunkt. Denn in wenigen Tagen finden die Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Die Zukunft des Meisterbriefs und der dualen Ausbildung ist mittlerweile auch ein europäisches Thema geworden.

Anlass für diese Debatte ist die Mitteilung des EU-Kommissars Barnier an alle Mitgliedsstaaten, europaweit 740 reglementierte Berufe zu überprüfen. Regulierung heißt bei uns, dass die Meisterqualifikation überprüft werden soll, was nach der Handwerksordnung jetzt noch 41 Gewerke betrifft. Aus vielen Reaktionen von Handwerksbetrieben und Handwerksverbänden weiß ich, dass die Sorge groß ist, durch die EU werde hier versucht, das Meisterniveau zu zerschlagen oder zumindest abzusenken.

Die Handwerksberufe mit Meisterpflicht garantieren bei uns – das wurde auch schon öfter gesagt – ein hohes Niveau beim Verbraucherschutz und hochwertigen handwerkliche Leistungen. Doch das ist nicht alles. Meisterbetriebe gewährleisten die Qualität und den Erhalt der dringend nötigen Ausbildungsplätze und gewährleisten eine solide kleinbetriebliche Struktur in unserem Land. Diese Vorteile bilden einen unschätzbaren wichtigen Faktor bei der Bewältigung konjunktureller Schwächen und Krisen der vergangenen Jahre. Deutschland ist gerade wegen seines Mittelstands und seiner Meisterbetriebe besser durch die Krise gekommen. Das werden Sie sicherlich auch nicht vergessen haben.

Der Prüfauftrag der EU darf nicht dazu führen, den deutschen Meisterbrief oder gar das duale Ausbildungssystem infrage zu stellen. Für uns, die FDP/DVP-Fraktion, steht fest: Die vorliegenden Zahlen belegen, dass dieses System eine dauerhaft niedrige Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland gewährleistet. Nicht umsonst bemühen sich viele Länder derzeit intensiv darum, das deutsche System bei sich einzuführen. Gerade daran sehen wir, wie wichtig das Meisterprinzip für die Ausbildung ist. In vielen Ländern ist gar nicht die erforderliche Betriebsstruktur vorhanden, um eine duale Ausbildung nach deutschem Vorbild umzusetzen. Dies wird nämlich von den Meisterbetrieben getragen.

Der internationale Vergleich zeigt: In Ländern mit Meisterbrief und dualer Ausbildung ist die Jugendarbeitslosigkeit niedriger. In Deutschland liegt die Quote bei 7,4 %, in Österreich bei 8,9 %, in der Schweiz und in den Niederlanden, die

vergleichbare Meisternachweise haben, sind es 10,4 % bzw. 11,3 %. In Dänemark sind es 12,9 %. Besonders auffällig ist die Situation in Italien: Während das Land mit 41,6 % eine der höchsten Jugendarbeitslosenquoten in Europa aufweist, sind es in Südtirol, wo eine mit der unseren vergleichbare Handwerksgesetzgebung gilt, gerade einmal 11,5 %.

Gleichzeitig müssen wir in Deutschland feststellen, dass die Novellierung der deutschen Handwerksordnung durch die rot-grüne Bundesregierung im Jahr 2004 – auch das wurde schon öfter angesprochen – zwar zu Neugründungen deregulierter Betriebe geführt hat, dass in diesen Betrieben jedoch keine Ausbildungs- und Arbeitsplätze geschaffen werden und keine Ausbildung mehr stattfindet. Das kommt nicht von ungefähr. Schließlich bedeutet die Ausbildung zum Meister auch die Ausbildung zum Ausbilder. Dass dies auch zur Anwendung kommt, sichert den Berufsnachwuchs.

Aus all diesen Angaben und den vorliegenden Zahlen ist zu entnehmen, dass das duale Ausbildungssystem und die Meisterqualifikation von niemandem infrage gestellt werden kann, der sich für eine solide Gewerbestruktur einsetzt. Das deutsche Handwerk braucht keine Überprüfung zu fürchten. Die anstehende Evaluation wird den Sinn der bisherigen Ordnung verdeutlichen. Alle Augen richten sich dabei natürlich auf das zuständige Ministerium in Baden-Württemberg, von dem hier Koordination und Führung verlangt wird. Ich denke, dass wir hier alle eine echte Meisterleistung verlangen können.

Gleichzeitig möchte ich aber auch davor warnen, sich zulasten Europas profilieren zu wollen. U. a. die CDU organisiert hier einen großen Opernchor, der gemeinsam nach Richard Wagner singt:

Verachtet mir die Meister nicht, und ehrt mir ihre Kunst.

Hier wird der Eindruck erweckt, als ob Europa das deutsche Erfolgsmodell beschädigen will. Bei aller Sorge um das duale Ausbildungssystem: Es handelt sich um einen Prüfauftrag. Das duale Ausbildungssystem wird in keiner Weise zur Debatte gestellt. Gesetzlich verpflichtende Regelungen sind nicht vorgesehen.

Wie ich vorhin bereits ausgeführt habe und wie dies bei der heutigen Debatte auch schon mehrfach betont wurde, ist das System der beruflichen Ausbildung ein Erfolgsmodell, zu dem der Meister dazugehört. Viele Landtagsfraktionen in ganz Deutschland sind emsig bemüht, Treueschwüre dazu abzugeben. Sie sind aber nicht die Einzigen, die sich für dieses System einsetzen; das zeigt diese Debatte. Gerade jetzt in der heißen Phase des Europawahlkampfes tun wir alle gut daran, wenn wir uns vor Überhitzungen in Acht nehmen. Ein Praktikum bei den Kälteanlagenbauern täte manchem Kollegen oder mancher Kollegin ganz gut.

(Heiterkeit des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU)

Auch das ist übrigens ein Meisterberuf.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Norbert Beck CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Staatssekretär Rust.

Staatssekretär Ingo Rust: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, es gibt derzeit wenige Themen, bei denen wir parteiübergreifend so viel Einigkeit erfahren dürfen wie beim Thema „Meisterbrief im Handwerk“. Es freut mich, dass alle Fraktionen ihr Bekenntnis dazu abgegeben haben und dass wir damit auch Einigkeit aus Baden-Württemberg in Richtung Bund und auch in Richtung Europa ausstrahlen können.

Diese Einigkeit gilt auch im Bund. Auch im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD findet sich ein klares Bekenntnis zum Meisterbrief. Davon ist auch ein starkes Signal an unsere Partner im Handwerk ausgegangen. Deshalb auch eine klare Ansage an alle, die den Meisterbrief immer wieder infrage stellen: Mit uns wird es dazu keine Kompromisse und keine Aufweichung dieses weltweit anerkannten Gütesiegels geben.

(Beifall bei der SPD)

Das haben wir auch in der Vergangenheit schon deutlich gemacht. Minister Dr. Schmid hat im vergangenen November in Brüssel mit dem EU-Kommissar für Beschäftigung, Soziales und Integration László Andor gesprochen und die Bedeutung des Meisterbriefs für die Ausbildung, für den Verbraucherschutz und für die hoch qualifizierte Arbeit deutlich gemacht. Auch unser Beauftragter für Mittelstand und Handwerk Peter Hofelich hat das bei einem zweitägigen Besuch des Generaldirektors Daniel Calleja Crespo im November 2013 intensiv getan.

Hochrangige Vertreter der EU-Kommission haben wiederholt dargestellt: Die EU-Initiative zur Überprüfung der EU-Berufszugangsregelung stellt den deutschen Meisterbrief nicht infrage. Der zuständige Binnenmarktkommissar Michel Barnier hat erst im März den Meisterbrief als erfolgreich bezeichnet – auch das ist ein klares Signal der EU –, und er hat die Bitte an das Handwerk gerichtet, den Mehrwert des Meisterbriefs auch anderen Ländern Europas zu erklären. Man kann solche Äußerungen durchaus als Bekenntnis zum Meisterbrief interpretieren.

Die Frage ist allerdings: Soll der Meisterbrief auch künftig noch Voraussetzung für einen selbstständigen Handwerker sein oder nur ein Qualitätsnachweis, den man freiwillig erwerben kann? Diese Freiwilligkeit gibt es schon – das wurde schon mehrmals angesprochen – bei den zulassungsfreien Handwerksberufen seit der letzten Handwerksnovelle im Jahr 2004.

Das hatte Konsequenzen. Die Zahl der Gesellenprüfungen und der Meisterprüfungen in ebendiesen Berufen ist insgesamt um mehr als die Hälfte zurückgegangen. Das heißt, die Tendenz zur Gründung ohne fachliche Vorqualifikation ist gestiegen. Dadurch ist die Zahl der Betriebe, z. B. – dies wurde angesprochen – im Fliesenleger-, im Gebäudereiniger- und im Parkettlegerhandwerk, sprunghaft gestiegen. Ebenfalls sprunghaft gestiegen ist aber auch die Zahl der Betriebe, die wieder aus dem Markt ausscheiden. Der Rückgang pro Jahr beträgt hier 14 % bei den Betrieben im zulassungsfreien Handwerk, verglichen mit 5 % im zulassungspflichtigen Handwerk. Das ist, finde ich, schon ein ernst zu nehmender Unterschied, den man berücksichtigen muss, wenn man über zulassungsfreie und zulassungspflichtige Gewerke spricht.

Gleichzeitig ist damit für die Kunden das Risiko gestiegen, was ausstehende Leistungen, Gewährleistungen oder Schadensersatz angeht, wenn eine solche hohe Zahl von Betrieben wieder aus dem Markt verschwinden.

Über die Hälfte der Gründungen in diesem Bereich sind Einmannbetriebe; auch dieses Problem wurde schon angesprochen. Eine vernünftige und zielführende Ausbildung können viele dieser Einmannbetriebe nicht leisten. Auch hier sehen wir einen deutlichen Unterschied: Rund 25 % der Betriebe im zulassungspflichtigen Handwerk bilden aus, während es nur 4,5 % der Betriebe im zulassungsfreien Handwerk sind. Auch diese Zahlen sprechen für sich.

Das hat nicht nur Konsequenzen für das Handwerk, sondern auch für den Standort insgesamt. Schließlich trägt die hohe Ausbildungsquote im Gesamthandwerk von 11 % gegenüber 5 % in der übrigen Wirtschaft zu unserer Wettbewerbsfähigkeit im Land bei.

Diese Ergebnisse sollte man für die zukünftige Debatte im Hinterkopf behalten. Die Bundesregierung – das wurde schon angesprochen; der Änderungsantrag zielt auch genau darauf ab – wird in den nächsten zwei Jahren ein Evaluationsverfahren betreiben – erstens, weil die neue Berufsanerkennungsrichtlinie dies verlangt, und zweitens, weil man nur so auf die Ergebnisse Einfluss nehmen kann. Deutschland wird in diesem Verfahren die positiven Aspekte des Meisterbriefs als Voraussetzung für ein selbstständiges Handwerk klar aufzeigen. Die überragende Bedeutung für den Verbraucherschutz, für die Qualität der Leistung und für die duale Ausbildung ist da ganz besonders hervorzuheben.

Aus Sicht der EU-Kommission werden durch den Abbau von Berufszugangsregelungen Wachstum und wirtschaftlicher Aufschwung gefördert. Diesen Erwartungen will die Bundesregierung die Auswirkungen der Handwerksnovelle 2004 entgegenhalten. Dazu wurde aktuell ein Gutachten beim Volkswirtschaftlichen Institut für Mittelstand und Handwerk an der Universität Göttingen in Auftrag gegeben. Es soll aufzeigen, dass die damals erwarteten positiven Effekte des Abbaus der meisterpflichtigen Handwerke im Hinblick auf Aus- und Weiterbildung, Umsatz, zusätzliche Beschäftigung und Qualität der Beschäftigung im Wesentlichen nicht eingetreten sind.

Auch wir, die Landesregierung, werden gegenüber Brüssel weiterhin die Argumente pro Meisterbrief offensiv vertreten. Zur politischen Flankierung planen wir derzeit gemeinsam mit dem BWHT eine Informationsveranstaltung in Brüssel im Oktober/November, also dann, wenn das Evaluationsverfahren für die Handwerksberufe richtig angelaufen ist. Wir wollen dazu Mitglieder des Europäischen Parlaments, hochrangige Vertreter der EU-Kommission, Multiplikatoren aus anderen EU-Staaten und natürlich auch die Mitglieder des Europaausschusses des Landtags einladen, um dann gemeinsam unser Bekenntnis zum Meisterbrief zu unterstreichen.

Meine Damen und Herren, der Meisterbrief hat bis heute viel für Ausbildung, Wohlstand und Wertarbeit in unserem Land getan. Das breite Bekenntnis in diesem Haus zeigt: Das Land ist auch bereit, etwas für den Meisterbrief zu tun.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 15/4687 (Geänderte Fassung). Zu Abschnitt III Ziffer 2 dieses Antrags liegt der Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD, Drucksache 15/5232, vor, den ich später zur Abstimmung stelle.

Abschnitt I des Antrags Drucksache 15/4687 (Geänderte Fassung) begehrt eine Feststellung des Landtags. Sind Sie damit einverstanden, dass ich die Abstimmung über die Ziffern 1 bis 4 des Abschnitts I zusammenfasse? – Dies ist der Fall. Wer Abschnitt I zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Abschnitt I ist mehrheitlich zugestimmt.

Abschnitt II des Antrags Drucksache 15/4687 (Geänderte Fassung) ist ein Berichtsteil und kann für erledigt erklärt werden. – Sie stimmen zu.

Abschnitt III des Antrags Drucksache 15/4687 (Geänderte Fassung) ist ein Beschlussteil, der mehrere Handlungsersuchen enthält.

Wir kommen zunächst zur Abstimmung über Abschnitt III Ziffer 1. Wer Ziffer 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Abschnitt III Ziffer 1 ist einstimmig zugestimmt.

Ich lasse nun abstimmen über den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD, Drucksache 15/5232, der eine Neufassung von Abschnitt II Ziffer 2 des Antrags Drucksache 15/4687 (Geänderte Fassung) begehrt. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Änderungsantrag ist mehrheitlich zugestimmt.

Eine Abstimmung über die ursprüngliche Ziffer 2 des Abschnitts III hat sich damit erledigt.

Damit ist Punkt 8 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe die **Punkte 9 bis 11** der Tagesordnung gemeinsam auf:

Punkt 9:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Europa und Internationales zu der Mitteilung des Staatsministeriums vom 1. April 2014 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Bestandsaufnahme der Strategie Europa 2020 für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum – Drucksachen 15/5038, 15/5176

Berichterstatter: Abg. Joachim Köbler

Punkt 10:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Europa und Internationales zu der Mitteilung des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz vom 8. April 2014 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen – Drucksachen 15/5054, 15/5174

Berichterstatter: Abg. Karl Rombach

Punkt 11:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Europa und Internationales zu der Mitteilung des Innenministeriums vom 25. April 2014 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Ein offenes und sicheres Europa – Praktische Umsetzung – Drucksachen 15/5118, 15/5175

Berichterstatter: Abg. Josef Frey

Gemäß § 96 Absatz 5 der Geschäftsordnung stelle ich die Zustimmung entsprechend dem Abstimmungsverhalten in den Ausschüssen fest. – Es ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet morgen, Donnerstag, 22. Mai 2014, um 9:30 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die heutige Sitzung.

Schluss: 17:05 Uhr